

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Glänzende Zeiten

Den Rüstungskonzernen, berichtet die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 15. August, geht es nicht gut. In der Zukunft. Denn bislang laufen die Geschäfte. Krise? Die FAZ beschreibt eine wirtschaftliche Idylle: „Fast alle Unternehmen zeigen eine stabile Entwicklung von Umsatz, Gewinn oder Auf-

Kriegsminister und Kanzler. Franz-Josef Strauß und Helmut Schmidt setzten Maßstäbe. Der eine hätte fast die westdeutsche Hand am Atombombenknopf gehabt, der andere die Welt beinahe in wenigen Minuten pulverisiert. Wer „Lücke“ sagt, will „Nachrüstung“, also Hoch- und Totrügen,



Düsseldorf, 6. Mai 2017

tragseingang. Die Gelassenheit vieler Rüstungsmanager hat gute Gründe. Im Gegensatz zu Konsumgüterherstellern oder Maschinenbauern sind die Lieferketten ihrer Unternehmen ‚sicher‘. Zudem garantieren staatliche Auftraggeber regelmäßige Einnahmen und sorgen für hohe Auslastung in der Produktion. Vom pandemiebedingten Ausfall der Nachfrage oder Aussetzern in der Logistik kann hier also noch keine Rede sein.“ Aber Jammern gehört auch hier zum kapitalistischen Geschäft. Das geht ungefähr so: „Demnächst kauft uns keiner mehr etwas ab ... Wegen Corona sparen alle bei den Waffen ... Wenn die Bundeswehr nicht mehr und schneller Geräte anschafft, gerät sie ins Hintertreffen.“ Das ist schon nahe an der Lieblingsvokabel aller kapitalistischen Bomben- und Raketenhersteller: „Die Lücke“. Solange es die Bundesrepublik gibt, taucht daher die Atomwaffen-, Panzer- oder gar Raketen„lücke“ so regelmäßig auf wie das Ungeheuer von Loch Ness. Gemeint ist: Der Feind, also der Russe oder nun auch der Chinese, hat irgendein Gerät, das „wir“ nicht haben. „Die Lücke“ zu erkennen, gehört zum Pflichtprogramm der bundesdeutschen

und erreicht stets eine höhere Atomkriegsgefahr als seine Vorgänger. Das war in den 50er/60er Jahren so mit dem Drang der BRD, Atommacht zu werden, und wiederholte sich auf noch gefährlichere Weise in den 70er und 80er Jahren. In den 2020er Jahren steht daſelbe wieder an, wenn es nach BRD und NATO geht. Da ist dann auch keine Lüge groß genug, um die angeblich

drohende Gefahr, die wie immer nur aus dem Osten kommt, an die Wand zu malen: Putin hat heimlich neue Atomwaffen gebaut, hat die Krim annektiert und das Völkerrecht gebrochen, hat die Abrüstungsverträge aus Sowjetzeiten gekündigt usw. Unwidersprochen behaupten das die Regierungschefs der EU undder NATO und fassen einen „Nachrüstung“beschuß nach dem anderen. Es sind dieselben Herrschaften, die mitten in Europa 1999 Belgrad und jugoslawische Chemiewerke in verbrecherischer Absicht bombardierten, um das Kosovo nach Jahrhunderten von Serbien zu trennen. Die in Afghanistan seit fast 20 Jahren wüten, die Irak, Libyen und Syrien auf dem Gewissen haben. Die den Krieg im Jemen und die Aggressionen der Türkei gegen Nachbarstaaten mit Waffenlieferungen anheizen. Deutschland macht bei allem vorn mit und nur Donald Trump tut so, als ob er das nicht wüßte. Im August schickte Israel, von wo die Bundeswehr ihre Drohnen bezieht, erstmals Piloten zum gemeinsamen Üben mit der Bundesluftwaffe. Die zukünftigen deutschen Kriege erhalten so unter Hinweis auf Verzeihen für die Vernichtung der europäischen Juden das

endgültige moralische Gütesiegel: Ihr seid die Guten. Schlimmer kann das Andenken an die Ermordeten nicht besudelt werden.

Die Rüstungsindustrie geht also glänzenden Zeiten entgegen, d. h in einem EU- und NATO-Staat sind sie eigentlich immer mittedrin. So hat z. B. der britische Konzern BAE Systems (Kampffjets, Panzer, elektronische Systeme) laut FAZ in diesem Jahr bereits elf Prozent mehr Aufträge geholt. „Dank hoher Auslastung und stabiler Nachfrage“ soll sich das bis Jahresende fortsetzen. Rheinmetall (u. a. Kampfpanzer) hat den Umsatz im ersten Halbjahr 2020 um fast 20 Prozent gesteigert „dank der guten Auslastung mit Aufträgen der Bundeswehr“.

So werden die Pulverfässer der Welt gefüllt – unter Gejammer über die schlechte Geschäftslage oder die angeblich miese Ausstattung deutscher Soldaten. Kommt es dann zu Vorkriegssituationen wie in Belarus oder im östlichen und zentralen Mittelmeer, besteht plötzlich höchste Gefahr, daß das Teufelszeug auch benutzt wird.

Es ist das gesellschaftliche System, das die Menschheit immer wieder in diese Lage bringt, denn es geht um Maximierung von Profit und die Rüstungsindustrie bietet mit den höchsten. Ihre Enteignung muß fordern, wer Frieden will. Sie und ihre politischen Handlanger wollen Krieg, weil sie ihn brauchen.

Arnold Schölzel

Aus dem Inhalt



Strausberger Friedensappell	4
Lutz Jahoda: Sonntagsworte	4
Strategiedebatte	5
Corona und das Kapital	8
Boykotte und Sanktionen	10
Mali: Volksaufstand	12
Belarus: Regime change	13
US-Soldaten in Kolumbien	14
USA und Völkerrecht	16
Erklärung KP Libanon	17
Neues Gorbatschow-Buch	19
70 Jahre Koreakrieg	20
Geschichtsfälschung	21
Gründung der HfÖ	25
Der Maler Erhard Großmann	27
„RotFuchs“-Veranstaltungen	28
Leserbriefe	29

Kuba ist nicht allein – Unblock Cuba!

Künstler und Prominente starten Petition

Die EU-Ratspräsidentschaft, die Deutschland am 1. Juli übernommen hat, ist der Anlaß für eine Petition, die die Bundesregierung und die Europäische Union auffordert, sich endlich eindeutig gegen die US-Blockade zu positionieren und entsprechend zu handeln. Diese findet prominente Unterstützung. Zu den Erstunterzeichnerinnen und -unterzeichnern gehören die Musiker Jan Delay und Konstantin Wecker, die Regisseure Fatih Akin und Wim Wenders, die Schauspielerin Hanna Schygulla und ihre Kollegen Peter Lohmeyer und Rolf Becker sowie die ehemalige Justizministerin Herta Däubler-Gmelin und UN-Sonderberichterstatter Jean Ziegler. Auf den Weg gebracht hat die Petition der in Havanna lebende Filmemacher Hans-Peter Weymar gemeinsam mit fünf weiteren in Kuba lebenden Deutschen, die im Kultur- und Wissenschaftsbereich tätig sind. Auch

die DKP unterstützt die Initiative. „Dies ist genau der richtige Schritt in Zeiten, in denen Kuba vorbildlich und humanistisch in vielen Ländern der Erde gegen die Corona-Pandemie kämpft. Es gilt jetzt gemeinsam dafür zu streiten, daß die inhumane Blockade beendet wird“, erklärte deren Vorsitzender, Patrik Köbele.

Und dieser Schritt ist nötig. Unter Berufung auf die Blockade-Gesetze versucht Washington mittlerweile nicht nur, die solidarischen Hilfseinsätze kubanischer Mediziner zu diskreditieren, sondern will diese sogar stoppen. Der Trump-Regierung ist es ein Dorn im Auge, daß Ärzte der Brigade Henry Reeve während der Pandemie bereits 27 Länder tatkräftig unterstützt haben. Am 17. Juni brachten die der Republikanischen Partei angehörenden ultrarechten Senatoren Rick Scott (Florida), Marco Rubio (Florida) und Ted Cruz (Texas)

im Kongreß eine Gesetzesvorlage ein, um andere Länder zu zwingen, medizinische Hilfe aus Kuba abzulehnen. Da einige Staaten, wie es sich gehört, für den Einsatz von Ärztinnen und Pflegepersonal aus Kuba zahlen, sehen die USA die erwünschten Auswirkungen ihrer Blockade gefährdet.

Seit Monaten versucht Washington, die Insel nahezu komplett von der Versorgung mit Treibstoff abzuschneiden. Auch die Lieferung von Lebensmitteln, Medikamenten und medizinischen Geräten wird zunehmend blockiert. In der Corona-Krise sieht die US-Regierung eine Chance, den wirtschaftlichen Würgegriff gegen Kuba so zu verstärken, daß auch die Unterstützung durch China, Rußland, den Iran und das ebenfalls zum Opfer von US-Sanktionen gewordene Venezuela die Mängel nicht mehr ausgleichen kann.

Volker Hermsdorf in UZ vom 3. Juli

Neue Kuba-Solidaritätsaktion gestartet

Am 1. August informierte die Tageszeitung „junge Welt“ über eine Videokonferenzschaltung, zu der sich zwei Tage zuvor 26 Aktivistinnen aus 18 europäischen Ländern und aus Kuba getroffen hatten, um über eine gemeinsame europaweite Kuba-Solidaritätsaktion zu beraten. Eingeladen hatte das ICAP (Kubanisches Institut für Völkerfreundschaft), vorgestellt wurde das Aktionskonzept von Vertretern der „jungen Welt“. Schon im Sommer 2019 hatte sie gemeinsam mit 41 Kuba-Solidaritätsgruppen, Parteien, Vereinen und Medien die Aktion „Unblock Cuba“ initiiert. Mit Plakaten, Veranstaltungen und Kundgebungen wurde in der Schweiz, in Österreich und Deutschland die völkerrechtswidrige Blockadepolitik der USA öffentlichkeitswirksam angeprangert. Die Aktion lief im Vorfeld der UN-Vollversammlung im

November, bei der fast alle Länder der Welt die US-Politik gegenüber Kuba verurteilten. Für die Finanzierung der Aktion sorgten vor allem Leserinnen und Leser der „jungen Welt“ mit Spenden.

Die Lage in Kuba hat sich seither dramatisch verschärft. Verantwortlich ist neben den wirtschaftlichen Folgen der Coronapandemie vor allem die aktuelle US-Regierung, die ihre Wirtschaftssanktionen deutlich ausgeweitet hat. Deshalb sollte auch in diesem Jahr eine Solidaritätsaktion gegen die verbrecherische Handels-, Wirtschafts- und Finanzblockade durchgeführt werden. Um den Druck auf die USA, aber auch auf europäische Regierungen, die sich dem Blockadediktat widerspruchslos beugen, zu erhöhen, soll die Aktion zeitgleich in möglichst vielen europäischen Hauptstädten stattfinden. Bereits 57 Organisationen,

Medien und Gruppen aus 17 Ländern haben ihre Beteiligung zugesagt.

Allerdings wird der Höhepunkt der Aktion nicht, wie geplant, in den letzten beiden Oktoberwochen dieses Jahres stattfinden. Denn die UN-Vollversammlung, die sich mit der menschenverachtenden Blockadepolitik der USA beschäftigen wird, findet erst im Mai 2021 statt. Deshalb haben die beteiligten Gruppen auf der Videokonferenz vereinbart, die zentralen europäischen Aktionswochen auf April oder Mai des kommenden Jahres zu verlegen. Bis dahin sollen Kontakte und Vorbereitungen intensiviert und Spenden gesammelt werden, um in möglichst vielen europäischen Hauptstädten mit möglichst vielen Werbemitteln und Veranstaltungen präsent sein zu können.

Für ein Ende der Blockade gegen Kuba!

Wortlaut der Petition: Es ist unerträglich: Kubanische Ärzteteams unterstützen 27 Länder im Kampf gegen das Coronavirus – und die Trump-Administration verschärft weiterhin ihre völkerrechtswidrigen Sanktionen gegen Kuba! Wir sind eine Gruppe Deutscher, die im Kultur- und Wissenschaftsbereich in Kuba tätig sind, und seit Jahren mit ansehen müssen, wie das US-Embargo die Lebensbedingungen der Menschen hier ständig verschlechtert. Während internationale Medien das Land für seinen erfolgreichen Einsatz gegen die Pandemie loben – zuletzt auch die New York Times – und eine internationale Kampagne die kubanischen Ärztemissionen für

den Friedensnobelpreis vorschlägt, setzen die USA Kuba auf eine Liste von „Terrorstaaten“ und behindern massiv die Lieferungen von Medikamenten, Rohstoffen für die Impfstoffentwicklung sowie medizinischen Hilfsgütern an die kubanische Bevölkerung. Aber nicht nur das: Die US-Regierung versucht mit allen Mitteln, Kuba im Windschatten der Coronakrise in die Knie zu zwingen, indem sie Druck auf Länder ausübt, auf kubanische Ärztemissionen zu verzichten, und Geldüberweisungen der im Ausland lebenden Kubaner an ihre Familien unterbindet – die wichtigsten Devisenquellen, die der Insel noch verbleiben. Die kubanische Bevölkerung leidet seit 60 Jahren unter dieser längsten Blockade der

Geschichte. Die UNO und EU wie auch die Bundesregierung verurteilen sie seit langem als völkerrechtswidrig, ohne daß dies irgendwelche Konsequenzen hätte. Im Gegenteil: deutsche und europäische Banken wie Unternehmen unterwerfen sich den unmenschlichen US-Sanktionen, um ihre wirtschaftlichen Interessen in den USA nicht zu gefährden. Und nun will BMZ-Minister Gerd Müller laut Presseberichten auch noch die Entwicklungszusammenarbeit mit Kuba streichen – und damit die Blockadepolitik de facto verstärken.

Damit muß endlich Schluß sein! Helfen wir der kubanischen Bevölkerung, so wie ihre Ärzte und Wissenschaftler der Welt helfen!

Über alle parteipolitischen Grenzen hinweg ruft die US-Blockade gegen Kuba weltweit Empörung hervor. Immer mehr Staaten, Institutionen und Persönlichkeiten fordern die sofortige Einstellung der Sanktionen, darunter der UN-Generalsekretär António Guterres, die Hohe Kommissarin für Menschenrechte der UN Michelle Bachelet, der argentinische Präsident Alberto Fernández, Papst Franziskus, der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident

der EU Kommission Josep Borrell, US-Kirchenverbände, eine Expertenkommission des UN-Menschenrechtsrats sowie US-Senatoren und Kongreßabgeordnete beider Parteien. In diese weltweite Bewegung reißen wir uns ein und appellieren an die Bundesregierung, die Entwicklungszusammenarbeit mit Kuba nicht zu streichen und sich, insbesondere während ihrer EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020, aktiv für eine Aufhebung der illegalen Blockadepolitik

einzusetzen, europäische Akteure auf Kuba mit der EU-Verordnung von 1996 effizient vor US-Sanktionen zu schützen, und allen Kubanerinnen und Kubanern uneingeschränkten Zugang zum wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Austausch zu ermöglichen.

Die Petition kann im Internet unter www.change.org/Cuba unterzeichnet werden. Die Zahl der Unterzeichner betrug am 12. August mehr als 53 500.

Nie wieder Krieg!

Hiroshima und Nagasaki - nirgendwo!

Mitglieder des Arbeitskreises Frieden der Berliner VVN-BdA begrüßen den längst überfälligen Abzug US-amerikanischer Truppen aus Deutschland. Begrüßenswert wäre, wenn auch die verbleibenden Zweidrittel samt der atomaren Waffen demnächst folgen würden. Gleichzeitig verurteilen wir, daß der Abzug Berichten zufolge mit einer Ortsverlagerung eines Teils dieser Truppen an die Westgrenzen der Rußländischen Föderation einhergeht. Eine solche Gefährdung der unmittelbaren Sicherheitsinteressen Rußlands dürfte kaum ohne adäquate Gegenmaßnahmen hingenommen werden. Weitere Zuspitzung des ohnehin belasteten Verhältnisses des Westens gegenüber Rußland wäre die Folge und hätte fatale Auswirkungen für die Sicherheit in Europa und damit auch für Deutschland. Gesunder Menschenverstand regt an, alles Erdenkliche zu unternehmen, die Spannungen in der Welt abzubauen und

den Frieden zu sichern. Deshalb erwarten wir von der Bundesregierung, daß sie sich nicht länger von den USA und seinem Präsidenten erpressen läßt. Sie sollte dem Rüstungswahn eine unmißverständliche Absage erteilen und freiwerdende Mittel sinnvoll für Bildung, Gesundheit, Ökologie und Soziales einsetzen. Der folgenschwere Einsatz von Atombomben seitens der USA gegen die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki vor 75 Jahren mahnen zur Abrüstung der Arsenale von Massenvernichtungswaffen. Wir fordern die Bundesregierung auf, auf die Bewaffnung der Bundeswehr mit 45 „F-18“ Atombombentragenden Jets zu verzichten und den sofortigen Abzug der in Büchel gelagerten amerikanischen Atombomben zu veranlassen. Zur Abwendung vermeintlicher Kriegsgefahren stattdes Völkerrecht alle Regierungen der Welt mit bewährten nichtmilitärischen Mechanismen aus. Sie wirksam einzusetzen,

erfordert politischen Willen und das entsprechende Fachpersonal, um ergebnisorientierte Verhandlungen mit jenen auf Augenhöhe aufzunehmen, von denen angebliche Gefahren drohen. Möge die Bundesregierung politisch-diplomatische Friedensinitiativen nach dem Motto ergreifen: Besser ein Jahr verhandeln, als eine Stunde Krieg führen.

Frau Bundeskanzlerin, beauftragen Sie Außenminister Maas im UNO-Sicherheitsrat konkrete Abrüstungsvorschläge zu unterbreiten und werden Sie im EU-Format diesbezüglich selber aktiv, um dem Anspruch Deutschlands gerecht zu werden, in der Weltpolitik eine größere und zwar friedenserhaltende Rolle spielen zu wollen. Fordern Sie nachdrücklich: mit weniger Waffen mehr Frieden und mehr internationale Sicherheit zu ermöglichen.

Arbeitskreis Frieden
der Berliner VVN-BdA

Souverän und solidarisch

Erklärung der Lateinamerikanischen Koordinierung der Bauernorganisationen vom 27. Juli 2020

Wir Unterzeichner von Plattformen, Netzwerken, Vereinigungen und Organisationen schließen uns zusammen und rufen alle Volksschichten der Arbeiter und Arbeiterinnen, Bauern und Bäuerinnen, indigenen und afrostämmigen Gemeinschaften, Jugendlichen und Gemeinschaften der Farbiges Unseres Amerikas und der Welt zur Teilnahme an der Kampagne „Souveräne Völker, solidarische Völker“ in Solidarität mit Kuba, Venezuela und Nicaragua gegen die Aggression des Imperialismus auf. Der USA-Imperialismus, der Hauptfeind der Völker der Welt, strebt danach, in Komplizenschaft mit den einheimischen Eliten und den transnationalen Konzernen, den Völkern Lateinamerikas und der Karibik seine Politik der Bevormundung mittels Diffamierungskampagnen, diplomatischen Kriegen, Wirtschaftssanktionen, Blockaden und weiteren militärischen

und paramilitärischen Bedrohungen aufzuzwingen. Und das, obwohl in jedem der angegriffenen Länder die Antworten der Bevölkerung an den Wahlurnen, auf den Straßen, in den Volksorganisationen und sozialen Netzen beweisen, daß die Volkssouveränität stärker ist als irgendwelche Interessen der Ausplünderung und Unterwerfung. Inmitten dieses komplexen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhangs trifft 2020 die Pandemie Covid-19 die Welt. Die Erwidern vieler Regierungen auf diese Pandemie ist gescheitert, denn bedauerlicherweise sind in diesen Ländern die Gesundheitssysteme kollabiert. Die Anzahl der Erkrankten und Toten als Folge dieser Krankheit ist merklich angestiegen. Das zeigt einmal mehr den Individualismus, Egoismus und das Fehlen politischer Maßnahmen, um die

Gesundheit des Volkes im kapitalistischen System zu schützen. Zur gleichen Zeit erhöht die Regierung der USA den Druck auf Kuba, Venezuela und Nicaragua, die sogenannte Troika der Tyrannei. Die ihnen ungerechterweise aufgezwungenen Blockaden und internationalen Wirtschaftssanktionen gefährden die Gesundheit und das Leben vieler Menschen der drei heroischen Völker, die dafür kämpfen, eine gerechtere Gesellschaft zu gestalten. Kuba hat bewiesen, daß eine andere Welt möglich ist, daß ein zum Neoliberalismus alternatives Modell aufgebaut werden kann, das auf Solidarität, Zusammenarbeit, Würde, gerechter Verteilung der Erträge, gleichberechtigtem Zugang zu höherer Bildung, Sicherheit und Schutz der Bürger sowie vollständiger Befreiung der Menschen basiert. Die kubanische Revolution ist der Beweis dafür, daß ein fest vereintes Volk in

tiefgreifender Demokratie Herr seines Landes und seiner Institutionen sein kann. Es kann den Aggressionen und der längsten Blockade in der Geschichte siegreich widerstehen und in seiner Entwicklung voranschreiten. Trotz der Versuche des Imperiums, Kuba zu stoppen, schickt das Land weiterhin Ärztebrigaden in 28 Länder der Welt. Diese Mission führte zu einer internationalen Kampagne, die Brigade Henry Reeve für den Friedensnobelpreis vorzuschlagen. Der Aggressionsplan der USA gegen Venezuela ist eine Strategie großen Ausmaßes. Er sieht vor, die Blockade und die vielseitigen Zwangsmaßnahmen gegen Venezuela zu verschärfen. Das ist in jeder Hinsicht eine unmoralische, ungerechte, illegal und kriminelle Aktion der USA im Zusammenwirken mit ihren Verbündeten in der Region, die in ihrer Intensität weder anhalten noch nachlassen wird. (...) Venezuela bekräftigte den Willen seines Volkes, sich zu organisieren, um bei der Vertiefung der Demokratie, des Friedens und der Souveränität voranzuschreiten, seine

Errungenschaften zu verteidigen und für das zu kämpfen, woran es noch mangelt. In Nicaragua hat die Regierung der Versöhnung und Nationalen Einheit unter Führung des Präsidenten Comandante Daniel Ortega eine Alternative zum hegemonischen Entwicklungsmodell aufgezeigt, welches das nordamerikanische Imperium errichten wollte. Auf der Grundlage der Agrarreform und der Alphabetisierungskampagne der 80er Jahre, hat es die Regierung in der neuen Phase geschafft, unter anderem die Armut von 48 Prozent auf 24 Prozent, die extreme Armut von 17 Prozent auf 7 Prozent zu senken, eine Elektrifizierung des Landes von 98 Prozent zu erreichen, die besten Straßen Mittelamerikas zu bauen und mehr als 80 Prozent seiner Nahrungsgüter selbst zu produzieren. Das alles schaffte sie trotz des gescheiterten Putschversuches 2018, neuer Wirtschaftssanktionen und einer Kampagne von Falschmeldungen, die selbst viele Leute in den fortschrittlichen Gesellschaften dazu verführte, sich auf die Seite der USA zu stellen.

Wir, die betroffenen Völker Unseres Amerikas, können uns nicht aus den ungerechten Praktiken, denen unsere Brüder und Schwestern ausgesetzt sind, heraushalten. Deshalb reagieren wir einheitlich und solidarisch. Wir bekräftigen die Prinzipien der Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und des Rechts jeden Volkes, sein politisches System frei und in einer Atmosphäre des Friedens, der Stabilität und Gerechtigkeit zu wählen und aufzubauen. (...)

Kuba, Venezuela und Nicaragua im Kampf gegen die imperialistische Politik und Einmischung der Regierung der USA zu unterstützen, bedeutet, das Leben und die Einheit zu verteidigen, bedeutet Solidarität der Völker, bedeutet zu demonstrieren, daß eine andere Welt möglich ist. Deshalb sagen wir:

„Souveräne und solidarische Völker“

Quelle: tortillaconsal.com
Übersetzung aus dem Spanischen:
Wolfgang Hermann

Strausberger Friedensappell

Für eine friedlichere Welt ohne Kriege und atomare Bedrohung

Anlässlich des Weltfriedenstages 2020 fordern wir, Die Linke Kreisverband Märkisch-Oderland und Stadtverband Strausberg:

- **Waffenexporte verbieten, vor allem in Krisengebiete!**
- **Keine Erhöhung des Militäretats und keine europäische Armee!**
- **Europäische Entspannungspolitik statt Auslandseinsätze der Bundeswehr!**
- **Bekämpfung der Fluchtursachen, beginnend bei der Beendigung der militärischen Konflikte!**
- **Menschenrechte, Schutz vor Tod, Folter, Verfolgung und Diskriminierung gewährleisten!**
- **Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland!**

Der Corona-Situation geschuldet, kann das traditionsreiche Strausberger Friedensfest in diesem Jahr nicht wie gewohnt stattfinden. Mit diesem Appell anlässlich des Weltfriedenstages 2020 wollen die Veranstalter dennoch auf die zunehmende Gefährdung des Friedens aufmerksam machen. Da auch die geplante friedenspolitische Konferenz nicht durchgeführt werden kann, bitten sie einige der Teilnehmer um kurze Betrachtungen zur gegenwärtigen Situation.

Wir dokumentieren Auszüge:

Niels-Olaf Lüders, Vorsitzender des Kreisverbandes MOL und des Stadtverbandes Strausberg Die Linke:

Wir sind von tiefer Dankbarkeit erfüllt, daß den Völkern Mitteleuropas in den letzten 75 Jahren die schreckliche Erfahrung eines Krieges erspart geblieben ist. Darauf können wir aber nur deswegen zurückblicken, weil es den Menschen (Völkern) der von Hitlerdeutschland am 22. Juni 1941 überfallenen Sowjetunion mit der Unterstützung der Alliierten am 8. Mai 1945 nach langem und opferreichem Kampf gelungen war, den deutschen Faschismus zur Kapitulation zu zwingen. Dieses millionenfache Sterben und die Trauer um die Opfer dieses Irrsinns war den meisten der

befreiten Menschen eine Lehre: „Nie wieder Krieg!“ Aber sind deswegen die imperialistische Kriegstreiberei und die Hetze gegen andere Völker verschwunden? Nein, sie wurden durch die im Kern immer ausschließlich von wirtschaftlichen Interessen gesteuerten, verantwortungslosen Cliquen lediglich in Stellvertreterkriege an andere Plätze in der Welt verlagert, und auch in Europa wird inzwischen wieder gezündelt. Wir sind es aber den Opfern unserer Befreier und unseren Kindern schuldig, daß damit endlich Schluß gemacht wird.

Bettina Fortunato, Mitglied des Landtages Brandenburg, Die Linke:

Die wichtigste Konferenz zur Neuordnung Deutschlands und Europas nach der Befreiung vom Faschismus war ohne Zweifel die Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945. Das Potsdamer Abkommen zielte auf eine stabile friedliche Nachkriegsordnung, in der die Rolle der Vereinten Nationen als Konfliktvermittler gestärkt wurde. Dies ist eine Perspektive, die bis heute Bedeutung hat. Es wurden Kriterien für eine antifaschistische und friedliche Perspektive für Deutschland formuliert und dabei Grundsätze zur Behandlung Deutschlands festgelegt. Die

Forderungen nach Auflösung hegemonialer Wirtschaftsstrukturen, die Forderung nach wirklicher demokratischer Partizipation und Entmilitarisierung besitzt bis heute visionären Charakter. Durch den unmittelbar danach einsetzenden Kalten Krieg verlor das Potsdamer Abkommen schnell an Bedeutung für die Politik der Siegermächte. (...) Das macht noch einmal deutlich: Das Potsdamer Abkommen schuf schnell Fakten und bestätigte die Verantwortung der Siegermächte in der Anti-Hitler-Koalition für Deutschland über das Kriegsende hinaus. (...)

Dr. Alexander Neu, Mitglied des Bundestages, Die Linke:

Mit der Teilnahme am NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien 1999 war Deutschland gewissermaßen 50 Jahre nach der Kapitulation Nazi-Deutschlands der „Anti-Hitler-Koalition“ beigetreten: Slobodan Milošević war der von der NATO auserkorene Hitler und die deutsche Politik sowie die Medien befeuerten diesen Spin. Damit war Deutschland endgültig in der Eigenwahrnehmung ihrer Eliten rehabilitiert. Die „Rehabilitierung“ stellt die erste Stufe für neue Weltmachtansprüche dar. Die zweite Stufe besteht in der Geschichtsrevision der deutschen Elite, aber eben nicht

nur der deutschen: Diese Geschichtsrevision will die Ursachen und Geschehnisse des Zweiten Weltkrieges dahingehend umdeuten, daß Deutschland nicht die alleinige Verantwortung für die Entfesselung des Krieges trage, sondern auch die UdSSR – Stichwort: Hitler-Stalin-Pakt. Die verkürzte Wiedergabe dieses Paktes macht das heutige Rußland mitverantwortlich für den Zweiten Weltkrieg, womit Deutschland entlastet ist und Rußland in eine Art Schuld-Kontinuität gedrängt wird. Aus dieser Logik heraus ist Rußland bis heute Aggressor, weshalb die NATO hochrücken und umfassende Manöver wie Defender 2020 in Osteuropa zum Schutze gegen das aggressive Rußland führen müsse.

Özlem Alev Demirel, Mitglied des Europaparlaments, Die Linke:

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell und der EU-Industriekommissar Thierry Breton (zuständig für die EU-Rüstungsindustrie) erklärten: Europa müsse selbstbewußter in der Verteidigungspolitik werden. So müsse die „Softpower EU“ mit einer Militärmacht EU ergänzt werden. Was hinter derartigen Aussagen steht, liegt auf der Hand und ist brandgefährlich. Letztlich geht es hierbei nicht um Verteidigung, sondern um die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen. Bereits 2016 wurde mit der sogenannten Global Strategie

die Marschroute vorgegeben. Es geht um die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen und den Schutz wichtiger Handelsrouten – zur Not auch militärisch! Nach PESCO, der engeren militärischen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten, folgen nun weitere Schritte auf dem Weg zu einer Militärunion: Erstmalig sollen verschiedene Budgetlinien, die die Erforschung und Beschaffung von großem Kriegsgeschütz fördern, für militärisch nutzbare Weltraumprogramme sowie militärische Infrastrukturmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Hinzu kommt die sogenannte Friedensfazilität, die wenig mit Frieden zu tun hat und völlig intransparent ist. Wie schnell aus Handelskriegen, die derzeit mit harten Bandagen ausgetragen werden, echte Kriege entstehen, das wissen wir in Europa aus unserer eigenen Geschichte. Der derzeit von der EU eingeschlagene Kurs ist also altbekannt und brandgefährlich. Deshalb braucht es eine starke Friedensbewegung, in Deutschland und europaweit!

Dr. Sahra Wagenknecht, Mitglied des Bundestages, Die Linke:

Seit Mitte der 90er Jahre wird die Bundeswehr wieder in Auslandseinsätze geschickt, wird die NATO immer weiter nach Osten ausgedehnt. Die deutschen Waffenexporte boomen und es wird immer mehr Steuergeld in Rüstung

gesteckt. Zwar befürwortet eine Mehrheit in Deutschland den Abzug von US-Truppen, fordert ein Ende der Atomwaffenlagerung, lehnt höhere Rüstungsausgaben ab und will Frieden und Aussöhnung mit Rußland. Doch leider betreibt die Bundesregierung eine schädliche Konfrontations- statt Entspannungspolitik. 75 Jahre nach Kriegsende führt die NATO gefährliche Großmanöver an der russischen Grenze durch. Obwohl die Türkei in Syrien Krieg führt, liefert Deutschland dorthin immer mehr Waffen. Und trotz Coronakrise hält die Bundesregierung an irrsinnigen NATO-Aufrüstungszielen fest, womit sich die deutschen Rüstungsausgaben bis 2024 fast verdoppeln würden. Für zig Milliarden Euro will Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer neue Eurofighter und US-Kampffjets kaufen, die sogar mit Atomwaffen bestückt werden können. Dabei brauchen wir das Geld dringend für den Ausbau des Gesundheitswesens statt für todbringende Waffen. Allein der geschätzte Kaufpreis für die F-18-Atombomber würde reichen, um über 100 000 Pflegekräfte zwei Jahre lang zu finanzieren. Laßt uns den Weltfriedenstag nutzen, um gemeinsam gegen Aufrüstung, Waffenexporte und für einen Abzug der US-Atomwaffen zu kämpfen. Um eine Außenpolitik für die Mehrheit durchzusetzen, braucht es eine starke Friedensbewegung!



Sonntagsworte

zum 2. August 2020

Causa Wirecard vor dem Richter
Die Groko womöglich involviert
Wird das Beweisnetz immer dichter
Bing gepannt, wer gewinnt, wer verliert

Wire heißt Draht, und Card bedeutet Karte.
Äußerlich sauber, doch innen schmutzbefleckt.
Beides belebt mit „Starte und Entarte“,
Belegt bewegt aus deutscher Werte-Warte,
Gelobt, gefördert – nun peinlich angeeckt.

Inzwischen mehr als das, weil aufgegliedert
Rund einkommeneun Milliarden fehlen:
Manipulativ verborgen umfiedert.
Ein erschöpfter Fehlersucher erwidert:
„Selbst Algorithmen wollen nicht mehr zählen!“

So werden Anlegerkunden gefleddert.
Regierung bedauert. Was wird geschreddert?

Anhang in Prosa: Gegen den am 22. Juni 2020 fristlos entlassenen Chief Operating Officer Jan Marsalek wurde ein Haftbefehl erwirkt, dem der Beschuldigte mit einer Erklärung seines Anwalts begegnete, daß er sich der Münchener Staatsanwaltschaft stellen werde. Diesem Versprechen war Marsalek nicht nachgekommen und ist seitdem flüchtig.

Private Anmerkung: Der Name Marsalek erinnert mich an den tschechischen Schauspieler komödiantisch spaßiger Rollen, Vlasta Burian, der einst in einer Filmkomödie einen böhmischen Feldmarschall im Dienst der Österreich-Ungarischen Monarchie mimte und in einer Sequenz der Filmhandlung folgenden Marschtext sang:

„Já jsem ten Polní Maršálek,
Za Österreich dám hlavu na špalek!“

Ins Deutsche übersetzt: „Ich bin das Feldmarschällchen,
das seinen Kopf für Österreich auf den Richtblock legt!“
Das System der Habsburg-Monarchie nahm Ende Oktober 1918 den Hut.

Das System Betrug, auf Kosten der Weltgesundheit und Gerechtigkeit, hat ihre Hüte nur neu aufdämpfen lassen. So gesehen sind Jan Marsalek und Mitwirker nicht nur Täter, sondern auch Opfer.

Lutz Jahoda

Hier und Jetzt

Anmerkungen zum neuesten „Strategiedokument“ aus der Partei Die Linke

Unter dem Titel „Für eine soziale, ökologische und digitale Gesellschaft – Die Linke muß sich entscheiden!“ veröffentlichten am 3. August mehrere Politikerinnen und Politiker aus der Partei Die Linke ein 13seitiges „Strategiedokument“. Laut Mitautor Jan Korte kommen sie aus „dem erweiterten Reformerinnen- und Reformerlager“ und haben das Dokument „mit Blick auf den Parteitag im Herbst“ formuliert. Hierzu ein Kommentar:

Die Autorinnen und Autoren haben mit dem Text „Für eine soziale, ökologische und digitale Gesellschaft – die Linke muß sich entscheiden“ ein gerütteltes Maß an Prinzipienlosigkeit, das innerhalb

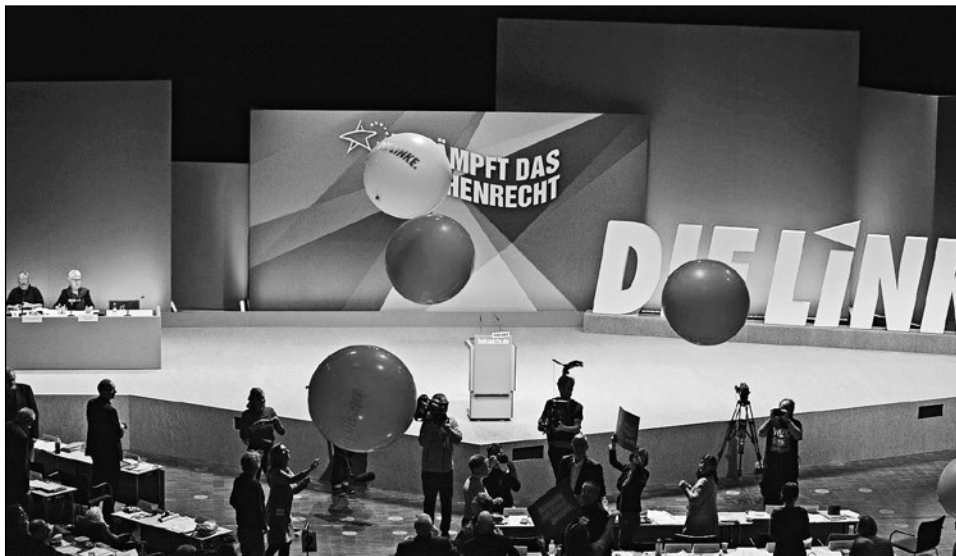
sein muß.“ Ist ja ganz neu, noch nie gehört, muß ich mir merken. „Das zwingt uns“, heißt es vollmundig, „zu einer zeitgemäßen Antwort, wie wir uns als Linke eine andere Gesellschaft vorstellen.“ Wie schön, dank Corona können wir schon mal das Kommunistische Manifest vergessen. Oder in den Worten des Dokuments: Die Krise habe „erneut gezeigt, daß auch in einem kapitalistischen System ein Mehr an Solidarität im Hier und jetzt möglich ist.“ Der Satiriker Wiglaf Droste hätte hier angemerkt, daß man das Hier und Jetzt den Eintagsfliegen überlassen möge. Höchst beeindruckt bin ich von der Aussage, daß der Kampf gegen den Neoliberalismus unmittelbar vor der eigenen Haus-

Sorge über das „Befördern von gesellschaftlichen Unsicherheiten und Ängsten“, die nur „den Rechten und nie der Demokratie“ in die Hände spielt, gegenstandslos.

Ja, und dann geht es wieder los: „Wir müssen immer wieder deutlich machen ...“ Wir müssen, wir müssen. Vor allem müssen wir eine „attraktive und gesellschaftlich diskursfähige Vorstellung einer progressiven linken Politik und Gesellschaft ermöglichen“. Allein, über diese Phrase kommen die Verfasser nicht hinaus. Denn statt eine politische Strategiedebatte mit analytischem Tiefgang anzustoßen, beklagen sie das „Außenbild der Partei“. Es sei ein „Flickenteppich von Einzelmeinungen ... Patchwork statt Partei“. Sie vermissen die Klärung der „entscheidenden grundsätzlichen inhaltlichen Fragen“. In dem Punkt haben sie allerdings recht. Nur, man erkennt die Absicht und ist verstimmt. Ihr Ziel ist eine Linke mit „Gebrauchswert“. Was dann folgt, ist ein Katalog von mehr oder weniger bekannten sozialpolitischen und ökologischen Forderungen, mit denen sie eine Schnur zur SPD und zu den Grünen als Koalitionspartnern spannen wollen. Die an Peinlichkeit kaum zu überbietende Phraseologie entlarvt sich dort, wo es um die Arbeit in den Parlamenten und um Regierungsverantwortung geht. Seit Lenin hat keine kommunistische Partei jemals die Bedeutung des Kampfes auf der parlamentarischen Bühne infrage gestellt. Auf welchen Sack prügeln also und mit welcher Absicht die Urheber des „Reform“papiers, wenn sie davor warnen, sich aus dem parlamentarischen System zurückzuziehen?

Die erbärmlichen Sätze zur „Republik Europa“ zu kommentieren, erspare ich mir (aber nur aus Platzgründen). Zur Außenpolitik hat Ellen Brombacher in der „jungen Welt“ vom 8. August in der gebotenen Kürze das Wesentliche gesagt. Es wäre aber zu wünschen, daß die Linke dem deutschen Außenminister zum Thema China/Hongkong Nachhilfe erteilt und ihm erklärt, was im völkerrechtlichen Kontext „Ein Land, zwei Systeme“ bedeutet (Die „junge Welt“ kann helfen: Siehe Sevim Dagdelen Artikel „Hauptfeind China“ am 8. Juli sowie „Zehn Wahrheiten“ am 15. Juli). Dann könnte sie Herrn Maas auch beibringen, daß es die sogenannte Demokratiebewegung in Hongkong ist, die genau dieses Prinzip infrage stellen will, nicht die Zentralregierung in Peking. Schlußpunkt: Wer in einem solchen Papier die Krieg-Frieden-Frage einschließlich ihrer geopolitischen Relevanz ignoriert, setzt letztlich jeden Kredit aufs Spiel, zumal offenkundig ist, daß diese Ignoranz ganz bewußt eingesetzt wird, um auf „Augenhöhe“ den Weg für ein „Narrativ“ (auch so ein in Mode geratener analyseferner Begriff) „nach Corona“ mit eingebildeten Weggefährten (SPD und Grünen) zu öffnen und sich alsbald mit ihnen zu versöhnen.

Hans Schoenefeldt



Linke-Parteitag 2019 in Bonn. 2020 wollen es die „Reformer“ wissen

bestimmter Strömungen in der Partei wuchert, bloßgelegt. Indem sie das Papier obendrein noch als Strategiedokument bezeichnen und nicht nur für den internen Diskurs, sondern offensichtlich auch als Gesprächsangebot für die SPD und die Grünen verfaßt haben, wollen sie die Partei ohne Einschränkungen auf die Schiene Richtung Regierungsbeteiligung setzen. Immerhin weiß ich jetzt, daß nicht von Verschwörungstheorien zu reden ist, sondern daß es auch eine Beschwörungspraxis gibt – unter dem Dirigat eines Reformflügels innerhalb der Linkspartei. Da ist stets in Bezug auf Corona (als ob davor alles seinen geregelten Gang gelaufen wäre) von einem „gesamtgesellschaftlichen Aushandlungsprozess“ – eine suboptimale Wortschöpfung – die Rede, in dem wir als „linke Partei eine besondere Verantwortung“ zu übernehmen hätten, um die „vielfältigen Ursachen von Krisen zu bekämpfen“. Na, dann mal los. Das Papier ist vollgepfropft mit Beschwörungsphrasen wie „wir sollten, ja wir müssen ... die Frage stellen, wie unser Land verfaßt

tür beginnen soll, um eine gesellschaftliche Transformation“ in Gang zu setzen. Gut, das wäre sicher eine Möglichkeit, sich an der Entsorgung von Reformphrasen zusammen mit dem Hausmüll zu beteiligen, ist aber wohl nicht erwünscht. Zumal diesem Vorhaben der angebliche wachsende „Wunsch nach einem beherrzt zupackenden starken Staat“ entgegensteht. Das wird als erfreulich eingestuft, um gleich im nächsten Satz einzuräumen, daß über die Rolle des Staats ziemliche Unklarheit herrscht. Die kritische Neuausgabe von Lenins „Staat und Revolution“ sei den Unterzeichnern wärmstens empfohlen, um einem eventuellem Schleudertraume auszuweichen.

Ziemlich verblüfft – vorsichtig ausgedrückt – hat mich der Satz: „Die Menschen haben ein klares Bild davon, was gesellschaftlich und auch finanziell möglich ist.“ Ja, wenn das so ist, dann könnten wir sogar mit ihnen auf ein und derselben Seite der Barrikade stehen. Das dem nicht oder noch nicht so ist, bekennen auch die Autorinnen und Autoren, sonst wäre die unmittelbar darauf benannte

Zutiefst menschlich

Karl Marx soll Rassist und Antisemit gewesen sein?

Marx zum Rassisten und Antisemiten zu stempeln, ist nicht neu. In der ARD-Sendung „Fakt“ wurde am 30. Juni der Beitrag „Umstrittener Karl Marx“ ausgestrahlt. Als Marx-Experte kam Wolfram Weimer, ein maßgeblich den bundesdeutschen Mainstream lenkender Publizist, mehrfach zu Wort. Er meinte, an Hand von Zitaten aus Marx' Feder nachgewiesen zu haben, daß Marx Antisemit und Rassist gewesen sei. In seinem kürzlich erschienenen Artikel „Marx – ein schamloser rassistischer „Nigger“-Verächter“ behauptete er gar, Marx hätte Juden und Schwarze in „erschreckend expliziter Weise“ gehaßt und sei in der Kategorie „Rassist“ weit vor Bismarck einzuordnen. Er räumt zwar ein, daß vieles nur aus der Zeit heraus verständlich werde, und man Figuren der Geschichte nicht immer mit heutigen Kategorien beurteilen könne. „Aber auf der anderen Seite, so rassistisch wie Marx war ein Goethe nie, einfach, weil er ein Menschenfreund war.“ Und aus den Schriften von Marx werde eklatant deutlich, daß er ein Menschenverächter war. Das „Riesendenkmal“ von Karl Marx, das die VR China Trier geschenkt hat, ist ihm da schon ein Skandal sondergleichen und „gehört postwendend zurückgeschickt“.

Der Nachweis des vermeintlichen Rassismus und Antisemitismus des Karl Marx wird im Wesentlichen an drei Zitaten festgemacht, die auch in der besagten ARD-Sendung – ohne konkrete Quellenangabe – deutlich ins Bild gesetzt wurden.

Marx-Engels-Werke (MEW), Band 1, Seite 372 aus dem Artikel „Zur Judenfrage“: „Welches ist der weltliche Grund des Judentums? Das praktische Bedürfnis, der Eigennutz.

Welches ist der weltliche Kultus des Juden? Der Schacher. Welches ist sein weltlicher Gott? Das Geld.“

MEW, Band 23, Seite 169, „Das Kapital“: „... in Wahrheit Geld, innerlich beschnittene Juden sind und zudem wundervolltätige Mittel, um aus Geld mehr Geld zu machen“.

Dieses Zitat, das nicht vollständig wiedergegeben wurde, lautet korrekt: „Der Kapitalist weiß, daß alle Waren, wie lumpig sie immer aussehen oder wie schlecht sie immer riechen, im Glauben und in Wahrheit Geld, innerlich beschnittene Juden sind ...“

MEW, Band. 30, Marx an Engels, 30. 7. 1862, Seite 257: „Der jüdische Nigger Lassalle ...“ sowie Seite 259: „Es ist mir jetzt völlig klar, daß er, wie auch seine Kopfbildung und sein Haarwuchs beweist, von den Negern abstammt, die sich dem Zug des Moses aus Ägypten anschlossen (wenn nicht seine Mutter oder Großmutter von väterlicher Seite sich mit einem Nigger kreuzte). Nun, diese Verbindung von Judentum und Germanentum mit der negerhaften Grundsubstanz müssen ein sonderbares Produkt hervorbringen.“

Daß diese drei Stellen – herausgenommen aus 42 Bänden mit jeweils knapp 1000 Druckseiten – Marx als Rassisten, Antisemiten und Menschenverächter ausweisen sollen, hat mit wissenschaftlicher Seriosität nichts zu tun. Es ist reinsten Eklektizismus, pure bürgerliche Demagogie und Propaganda.

Rudolf Hirsch und Rosemarie Schuder setzen sich gehaltvoll mit Marx' Auffassungen zum Judentum in ihrem beachtlichen Werk der „Der Gelbe Fleck“ (Rütten & Loening 1987/1989) auseinander.

Sie gehen davon aus, daß Marx im zweiten Teil des Essays zur Judenfrage „noch von der Verkettung Schacher – Wucher – Jude befangen“ sei. Aber stellen fest, daß er in der Schrift „Zur Judenfrage“ zum Schluß sehr weit von seinen antijüdischen Gedanken seiner Zeit abgeht, als er formulierte: „Aus ihren eignen Eingeweiden erzeugt die bürgerliche Gesellschaft fortwährend den Juden“ (MEW, Band. 1, Seite 374). Es geht Marx schon damals 1844 um das Kapitalverhältnis, das Ausbeutungsverhältnis, und zwar völlig unabhängig von Rasse und Glaube. Marx erkannte, daß die menschliche Emanzipation, eingeschlossen darin die des Juden, nur erreicht werden kann, wenn alles überwunden wird, was den Menschen von sich selbst entfremdet. In der berühmten Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie (MEW, Band. 1, Seite 378 ff.) fordert er, „... alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“. Das ist der rote Faden seines Lebens von Anfang an, seiner Werke und Schriften, seines Denkens und Handelns. Seine Haltung hat mit Rassismus, Antisemitismus oder gar Menschenverachtung nichts, aber auch gar nichts zu tun. Marx' Lebenswerk besteht in der Abschaffung der Voraussetzungen des Unmenschlichen. Das ist nicht unmenschlich, sondern zutiefst menschlich. Dem würde Goethe wohl nicht widersprochen haben, der sich in seinen letzten Lebensjahren mit den Ideen des Sozialismus befaßt und vielleicht auch angefreundet hat: „Auf freien Grund und mit freiem Volke stehen“ (Faust II) war ganz im Marxschen Sinne.

Dr. Hans-Jürgen Joseph
Berlin

Überlebt

Sowjetische Ärzte retteten uns

Im Oktober 1945 wurden wir aus Oberschlesien nach Mecklenburg umgesiedelt. Wir kamen durch mehrere Lager, zuletzt nach Laage in Mecklenburg. Als Unterkunft dienten einige Scheunen, in denen übereinander gezimmerte Pritschen standen. Mitte Dezember brach im Lager eine Typhusepidemie aus. Jeden Morgen gab es Tote, die zwischen den gesunden und kranken Menschen lagen. Das schlimmste war, daß von außen keine Hilfe kam. Das Lager war durch die Leitung gesperrt worden. Es durfte niemand herein und niemand hinaus. Die Toten wurden von den Gesunden selbst weggeschafft und in eine leerstehende Scheune gebracht. Zwei Tage vor Weihnachten erkrankte auch ich an Typhus. Kein Arzt kam ins Lager, um zu helfen.

Am zweiten Weihnachtsfeiertag aber tauchten plötzlich fünf sowjetische Ärzte auf. Ohne Furcht vor Ansteckung untersuchten sie die Menschen auf ihren verseuchten Pritschen. Sofort trafen sie Anstalten, um die Kranken zu behandeln und eine Veränderung herbeizuführen. Schon am nächsten Morgen fuhren Wagen vor, um die Kranken in ein in der Nähe gelegenes Gutshaus, das geräumt wurde, unterzubringen, zunächst auf sauberem Stroh auf der Erde. Aber wie durch ein Wunder waren nach zwei Tagen neue Bettgestelle da, mit frischem und sauberem Stroh gefüllt. Wer keine Decken hatte, bekam welche von den sowjetischen Ärzten. Ich habe mehrere Frauen weinen gesehen, darüber, daß ihren Kindern geholfen wurde.

Die Ärzte haben sich auch weiterhin um uns gekümmert. Gewiß, es starb noch mancher, der zu schwach war, die schwere Krankheit zu überstehen. Aber die meisten überlebten. Auch meine Schwägerin, die oft ohne Besinnung war, und ihre zwei Kinder wurden wieder gesund. Ich selbst habe sieben Wochen in diesem Krankenhaus gelegen und nicht geglaubt, daß ich es überleben würde. Mein Leben verdanke ich sowjetischen Ärzten.

Johanna Jawinsky
Rostock

Aus: Unbesiegbare Kraft: Erinnerungen und Episoden. Aus dem Kampf der Arbeiterbewegung im Bezirk Rostock, Hinstorff 1976

Neue Maskerade

Das Coronavirus und das deutsche Kapital (II und Schluß)

Die Pandemie hat die Grenzen und die Instabilität der im Zuge der Globalisierung organisierten Produkt- und Produktionsverlagerungen in Billiglohnländer schonungslos aufgedeckt. Bayer Leverkusen bezieht für seine Produktion fast alle entscheidenden Wirkstoffe aus China und Indien. 80 bis 90 Prozent aller in Deutschland zugelassenen Medikamente werden billig in Asien eingekauft und mit hohem Profit an die Bevölkerung verkauft. Es ist für den Industriestandort Deutschland schon mehr als ein Offenbarungseid, wenn man bei der Bereitstellung von technisch wenig anspruchsvollen Erzeugnissen zur Pandemiebekämpfung von Schwellenländern abhängig ist. Die fehlende Strukturpolitik der BRD-Regierung und das ökonomische Desinteresse des Kapitals erhalten ihre Quittung in Gestalt von Lieferstopps und gerissener Lieferketten.

SARS CoV-2 hat in wenigen Tagen und damit historisch einmalig die Profitmaschinerie des Kapitals blockiert. Die Produktionsstillstände in fast allen Ländern, der Zusammenbruch des internationalen Handels und des Tourismus, die rigorosen Grenzschließungen in vielen Staaten, der Ablauf des öffentlichen Lebens unter dem Diktat strenger Hygieneregeln, die fast gänzliche Ausrichtung des Gesundheitswesens auf die Eindämmung und Bekämpfung des Coronavirus waren Alarmzeichen für eine wirkliche Notsituation des Kapitalismus. Das Gütesiegel des Kapitalismus – freier, ungehemmter Fluß der Kapitale, der Waren und der Arbeitskräfte – war plötzlich weggebrochen.

Unter dem Druck der Pandemie hat die herrschende Klasse ihren Staat gezwungen, mit großen Finanzhilfen (Stabilisierungsfonds, staatliche Beteiligungen, Garantien, Bürgschaften, Zuschüsse, Kurzarbeitergeld, günstige Kreditaufnahmen und -tilgungen), massiv in die Wirtschafts- und Finanzkreisläufe einzugreifen. Es ging um die Sicherung des Überlebens der Unternehmen und damit um das weitere Funktionieren des Kapitalismus in einer außergewöhnlichen ökonomischen, finanziellen und sozialpolitischen Situation. Bei der Volumenbestimmung des finanziellen Rettungsschirms als Liquiditätspuffer und bei der Festlegung der Verteilungsproportionen der staatlichen Finanzhilfen lag die Priorität eindeutig bei 60 bis 80 Konzernen und Großunternehmen. So fließen 600 Milliarden Euro Staatsgelder in einen speziellen Stabilisierungsfonds, der fast ausschließlich für den Bedarf des großen Kapitals zur Verfügung steht. Die 150 Milliarden Euro staatliche Finanzhilfe für 3,8 Millionen Klein- und mittelständische Unternehmen können als Notversorgung für den „ärmeren“ Teil der Kapitalistenklasse gewertet werden. Obwohl diese Unternehmen die industrielle Infrastruktur der BRD bilden, bleibt die Vorrang- und Vorzugsstellung des großen Kapitals unstrittig. Die Kritik der Interessenverbände der Klein- und mittelständischen

Unternehmen wegen ihrer unterproportionalen Beteiligung an den Finanzhilfen des Staates wird politisch kanalisiert und mit dem Verweis abgetan, daß der Markt sowohl Sieger als auch Verlierer produziert. Bis jetzt wurde die ökonomische und finanzielle Zerrissenheit der Kapitalistenklasse immer erfolgreich gekittet.

Die Vorrang- und Vorzugsstellung der Konzerne und Großunternehmen gründen sich auf eine Reihe von Faktoren und Prozessen. Konzerne und Großunternehmen nehmen als ökonomische Schwergewichte entscheidenden Einfluß auf die Exportbilanz der BRD. Sie bestimmen maßgeblich die Außen- und Rohstoffpolitik des Staates, prägen die Börse in Frankfurt/Main als wichtigen Finanzplatz in der EU, sind Stützpfeiler in der NATO-Strategie. Zehntausende Klein- und mittelständische Unternehmen existieren als Zulieferer und Dienstleistende im Sog des großen Kapitals. Über das Schicksal vieler Beschlußvorlagen in Brüssel wird in den Chefetagen der deutschen Konzerne und Großunternehmen entschieden.

Das Nein zur Ausgabe von Corona-Bonds für Italien und Spanien (gemeinschaftliche Verschuldung, niedrige Zinsen, keine tödenden ökonomischen und finanziellen Bedingungen) geht auf die Intervention des großen Kapitals der BRD und aus den Niederlanden zurück. Der Rettungsschirm des Staates wurde über Konzerne und Großunternehmen aufgespannt, die sehr unterschiedliche Grade ökonomischer und finanzieller Stabilität aufweisen. Die Fürsorge des Staates für das notleidende große Kapital geht soweit, daß auch Finanzhilfen gewährt werden, wenn große Unternehmen mit eigenem großen Finanzpolster im Rücken beträchtliche Dividendenausschüttungen an Aktionäre vornehmen und Aktien zurückgekauft werden. Moralische Bedenken, Schamgefühl und Verantwortungsbewußtsein sind für das große Kapital keine Fesseln, wenn es darum geht, mit Steuergeldern des Staates die Profitproduktion zu organisieren. Angetrieben vom Zwang, auch in der Coronakrise das Kapital bestmöglich zu verwerten, werden billig Aktien von angeschlagenen großen Unternehmen mit dem Kalkül gekauft, daß durch die Finanzhilfen des Staates für diese Unternehmen die gekauften Aktien eine mehrfache Wertsteigerung erfahren.

Die Abhängigkeit des Aktienwerts von der Wirtschaftsleistung ist außer Kraft gesetzt. Im Verständnis darüber, wie die Coronakrise gemeistert werden kann und muß, herrscht zwischen der Regierung der BRD und dem großen Kapital volle Einmütigkeit. Es wurde offenkundig, daß durch das Coronavirus viele krisenhafte Prozesse und Faktoren (Überproduktion, Strukturwandel in der Technologie und Produktpalette, Ökologie und Klima, Abhängigkeit von defizitären Rohstoffen, Nachwirkungen der Finanzkrise 2008/09) eine Bündelung und weitere Zuspitzung

erfahren und damit das Kapital im besonderen Maße herausfordern. Die Pandemie war ein lauter Weckruf, um in den Konzernen und Großunternehmen einige entscheidende Prozesse rigoros voranzutreiben. Die volle Ausschöpfung aller Potentiale der bisher erprobten Ausbeutungsmechanismen (Hartz IV, außertarifliche Lohnzahlung, Leiharbeit, Werkverträge, Minijobs, befristete Arbeitsverträge) soll optimal mit weiteren Schritten in der Automatisierung, bei der Digitalisierung und beim Einsatz künstlicher Intelligenz verknüpft werden. Heimarbeit für das Unternehmen – nicht mehr als Ausnahme, sondern als generelle Orientierung – hat sich in der Pandemie als großer Rationalisierungsschritt mit beträchtlichem Einsparpotential erwiesen. Die Coronakrise soll als Auftrag verstanden werden, einen neuen Produktivitätsschub einzuleiten.

Für die meisten Konzerne und Großunternehmen bedeutet das: Eine Rückkehr zum alten technologischen und organisatorischen Niveau der Produktion ist faktisch ausgeschlossen. In Konsequenz bedeutet das: Die Ausbeutung erhält eine höhere Intensität, sehr viele lohnabhängig Beschäftigte werden überflüssig, viele Kurzarbeiter werden Arbeitslose. Die Entlassungswellen von lohnabhängig Beschäftigten werden sich mischen mit zehntausenden existenzlosen Solounternehmern, Eigentümern kleiner Firmen, die Proletarier geworden sind. Die Pandemie soll genutzt werden, um hinsichtlich der Kosten, der Qualität, des Designs und des Service eindeutige Vorteile gegenüber der Konkurrenz in der EU, in Asien und in den USA zu erzielen. Die politische Forderung der BRD-Regierung deckt sich völlig mit den ökonomischen Interessen des großen Kapitals: Mitspielen in der ersten Liga der Globalwirtschaft, größere Dominanz in der Wirtschaftsstruktur der EU ausüben. Der Staat selbst sieht sich in der Pflicht, in diesem Prozeß der Stabilisierung und des Erringens von Konkurrenzvorteilen gänzlich darauf zu verzichten, Finanzhilfen für das große Kapital mit sozialen und ökologischen Auflagen zu verknüpfen. Steuergelder als Geschenke sollen die Vormachtstellung der Konzerne und Großunternehmen sichern. Die Stabilisierung der Konzerne und Großunternehmen läuft generell nach den Spielregeln des großen Kapitals ab.

Mit dem Griff nach staatlichen Finanzhilfen wird zugleich der Staat in die Pflicht genommen, mit entsprechenden sozialpolitischen Abfederungen die verschiedenen Bevölkerungsgruppen der BRD zu beruhigen, sie unter Kontrolle zu behalten. Kurzarbeitergeldhöhungen und Lohnfortzahlungen für Eltern gehören dazu. Eine größere Arbeitslosigkeit und die Proletarisierung vieler kleiner Geschäftsleute, Kleineigentümer können das soziale Klima rauer gestalten.

Das Kapital ist bestrebt, die in der Pandemie gelobten Tugenden der lohnabhängig Beschäftigten wie solidarische Haltung,

Gemeinschaftssinn und Verantwortungsbewußtsein besser in die Arbeitsprozesse der Unternehmen zu integrieren. Als Gegengewicht zu den sozialen Kahlschlägen durch das Kapital sollen die verbliebenen Reste der Belegschaften stärker motiviert werden, sich mit den Unternehmen zu identifizieren. Die in der Pandemie offen und ungeschminkt zutage getretenen Defizite und Systemfehler des Kapitalismus, die ihre volle Ausprägung noch nicht erreicht haben, führen bei dem größten Teil der Bevölkerung nicht im Selbstlauf zur richtigen Erkenntnis über die Ursachen und Verursacher des gegenwärtigen

gesellschaftlichen Desasters. Die sichtbaren Resultate von Verantwortungslosigkeit und Profitgier als Produkte des Kapitals führen bei großen Teilen der Bevölkerung noch zu keiner Korrektur des persönlichen Standpunkts, wonach der Kapitalismus eine weitgehend alternativlose Gesellschaftsordnung ist, deren Schwächen und Defekte repariert werden können. Durch gestreute Illusionen, daß mit den gesammelten Erfahrungen in der Pandemieeindämmung sich neue Verhaltensweisen bei den Menschen und auch neue Charakterzüge des Kapitalismus herausbilden, wurde eine weitere Maskierung

der Widersprüche des Kapitalismus in Gang gesetzt. Der objektiv gegebene Zwang zur Kapitalverwertung und die sich verschärfenden Existenz- und Lebensängste sehr vieler Menschen lassen absolut keinen Raum für romantische Verklärungen des Kapitalismus.

Die Pandemie hat für die Linke das große Buch mit den Themen „Gebrechen und Konstruktionsfehler des Kapitalismus“ sowie „Die Lage der lohnabhängig Beschäftigten in der Coronakrise“ aufgeschlagen. Es genügt aber nicht, bloß darin zu lesen.

Prof. Dr. Achim Dippe

Von der Saar zur DDR

Gedanken zu 30 Jahre Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion

Der äußere „Einigungsprozeß“ von BRD und DDR zu einer größeren BRD geschah ohne verfassungspolitisches Federlesen. Zuerst wurde per „Währungsunion“ am 1. Juli 1990 die ökonomische Verfassung im Sinne der Ausdehnung bundesdeutscher Ökonomie festgelegt. Der Zuständigkeitsbereich der Deutschen Bundesbank wurde über Nacht auf das Hoheitsgebiet der DDR ausgeweitet. Zugleich galten bundesdeutsche Rechtsvorschriften.

30 Jahre danach hört man gelegentlich, daß damals wohl auch Fehler gemacht wurden, um im gleichen Atemzug zu konstatieren, daß es „keine Alternative“ gab.

Am 6. Februar 1990 verhandelte der damalige Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl mit dem DDR-Staatsbankpräsidenten Horst Kaminski und der DDR-Wirtschaftsministerin Christa Luft. In einem Statement erklärte Pöhl: Die Pläne zu einer Währungsunion seien verfrüht. Der damalige Bundeswirtschaftsminister Helmut Haussmann (FDP) sah es ähnlich.

Beide hatten offensichtlich Bundeskanzler Helmut Kohl nicht auf der Agenda. Bereits einen Tag später bot der öffentlich die Währungsunion mit der DDR an.

Pöhl beklagte sich später mehrfach, daß die Bundesbank gar nicht erst gefragt wurde. Er trat 1991 von seinem Amt zurück.

Im März 1990 standen in der DDR Volkskammerwahlen an. In Umfragen dümpelte die Ost-CDU bei 11 % herum. Kohls Umfragewerte im Westen waren auch nicht umwerfend. Da mußte ein „Wahlknaller“ für die DDR her. Ihm war klar, daß er zu diesem Zeitpunkt mit der D-Mark Wähler in der DDR ködern konnte. Seine Rechnung ging auf. Die sogenannte Allianz für Deutschland erreichte 48 %.

Den westdeutschen Akteuren war bewußt: Wenn ein souveräner Staat seine Währungshoheit aufgibt, muß man ihn als Verhandlungspartner auch nicht mehr ernstnehmen. Die DDR hatte in die Beschränkung eigener Hoheit einzuwilligen.

Mitte Februar 1990 reiste eine Regierungsdelegation der DDR nach Bonn. Das „Neue Deutschland“ berichtete am 15. Februar 1990:

„Die Bonner Regierung versucht, allein das Tempo und die Konditionen zu bestimmen.“ Natürlich wurde ein Vertrag ausgearbeitet. der Entwurf blieb aber unter Verschuß. Im Kapitel III, Artikel 11, stand zum Beispiel: „Die Maßnahmen werden so getroffen, daß sie zu einem hohen Beschäftigungsstand und



zu außenwirtschaftlichen Gleichgewicht bei stetigem Wirtschaftswachstum beitragen.“ Die Wirklichkeit sah anders aus. Fast vier Millionen DDR-Bürger wurden arbeitslos, bei einer Einwohnerzahl von rund 17 Millionen. Ein Phänomen, das sie bis dahin nicht kannten. Ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht wurde nie hergestellt. 95 % des Volkseigentums der DDR gelangte in westliche Hände. Die Deindustrialisierung nahm ihren Lauf. So konnten mit der Parole, daß alles marode sei, mögliche Konkurrenten für BRD-Firmen leicht ausgeschaltet werden. Für Produkte aus kapitalistischer Überproduktion hatte man gleich einen Markt in der Nachbarschaft.

DDR-Produkte waren ja über Nacht aus den Regalen verschwunden, weil sie angeblich keiner mehr wollte. Das ist einfach falsch. Man konnte sie nicht mehr kaufen, weil sie nicht angeboten wurden. Alles alternativlos.

Ähnliche Vorgänge gab es schon einmal in der Geschichte der BRD. Ende der 50er Jahre wurde das Saarland mit dem wirtschaftlichen Anschluß und der Einführung der DM Bundesland der BRD. Mit der Einführung der DM am Tag X (6. Juli 1959) verbanden die Saarländer eine Hoffnung auf Wohlstand. Eine vom Optimismus getragene Aufbruchstimmung

war durchaus vorhanden. Doch das war vor dem Tag X. Sie wurden enttäuscht. Tag X ist heute noch die übliche Bezeichnung für den Tag des Geldumtausches. Das Land wurde mit Wirtschaftswunderwaren der BRD förmlich überflutet. Schnell stellten die Bürger fest, daß auch die DM zügig knapp werden konnte. Die heimliche Preiserhöhung im Zuge der Währungsumstellung tat das Ihre dazu. Viele kleine und mittelständische Unternehmen mußten Konkurs anmelden. Bundesdeutsche Firmen überfluteten den Markt dermaßen, daß sie gegen diese Konkurrenz keine Chance hatten. Besonders empfindlich traf die Saarländer das BRD-Sozialsystem. Das vorherige französisch-saarländische erwies sich als großzügiger. Schon 1956 mahnte der Bundestag, man möge den Besitzstand der Saarländer wahren. Nach dem Tag X wehrte die Bundesregierung alle derartigen Versuche ab. Aber auch in Bonn erkannte man zunehmend, daß es wirtschaftliche Transformationsprobleme gab. Das Saarland wurde viele Jahre von Bonn „künstlich ernährt“. Bei einer Umfrage 1968 sagten 45 % der Arbeiter, daß es ihnen schlechter gehe als vor dem Tag X.

Verdiente ein Arbeitnehmer 36 000 Francs im Monat, hatte er nun, bei gestiegenen Preisen, lediglich 300 DM in der Tasche. Bisherige Familienzulagen wurden abgeschafft. Damals kursierte dort ein Spruch: „Im Saarland herrscht soziale Not, die Bonner nehmen uns das Brot.“

Auch wenn Vergleiche stets hinken, können durchaus Parallelen im Vorgehen der Bonner Akteure 1959 und 1990 festgestellt werden. Ich zitiere eine Stimme aus dem Internet: „Bei der Einführung der DM in der DDR im Juli 1990 meinte mein Vater: „Genau so war es damals, als die Saar angeschlossen wurde. Als erstes kamen die Gauner und Glücksritter und haben die Leute mal richtig abgezockt.“ Ja, die Krake des Kapitalismus schlägt zu, wo sie eine Chance wittert.

Beide Male gab es natürlich keine Alternative, oder doch?

Wilfried Steinfath
Berlin

Belagerungszustand

Sanktionen und Boykotte sind schon lange Formen des Krieges

Wenn im Mittelalter verfeindete Fürstentümer ihre Machtkämpfe austrugen, fanden ausgedehnte Feldzüge mit Schlachten statt. Schließlich ging es darum, das eigene Territorium zu erweitern, um Zugriff auf Dörfer, Felder und neue Untertanen zu bekommen, die man trefflich bis aufs Blut ausquetschen konnte. Schwierig wurde es immer dann, wenn die verfeindeten Heerhaufen auf Festungen oder befestigte Städte stießen, in denen sich die feindlichen Anführer und Soldaten nebst vielen Zivilisten aufhielten. Eine der Taktiken bestand in langen Belagerungen. Die feindliche Festung wurde eingeschlossen und niemand herein- oder herausgelassen. Ziel war es, die Belagerten durch Nahrungs- oder Wasserknappheit zum Aufgeben zu bewegen. Zwischendurch wurden aber auch immer wieder Geschosse auf die Festung abgefeuert oder Vorstöße gegen sie unternommen. Solche Belagerungen zogen sich oft Monate oder Jahre hin. Die Mächtigen in den eingeschlossenen Städten sicherten sich Nahrungs- und Wasservorräte, ließen die Armen verhungern und auf den Belagerungswällen verbluten.

Im Grunde hat sich seit dem Mittelalter am Denken der Herrschenden, wenn es um die Ausdehnung ihrer Macht geht, nicht viel geändert.

Auch heute ziehen sie gegen ihre unbotmäßigen oder widerspenstigen Feinde zu Felde. Die einfachste und für (fast) alles passende Begründung ist, daß man als Verteidiger des christlichen Abendlandes den Kampf gegen „den Terror“ führt. Das ist heute genauso verlogen wie zu Zeiten der Kreuzzüge im 11. Jahrhundert die Behauptung, Gott wolle das so. Manchmal hilft auch der allgemeine Hinweis darauf, daß man im Auftrag „der Weltgemeinschaft“ unterwegs ist, um die Welt besser zu machen. Fragt sich wirklich niemand für wen? Allerdings sind Schießen und Bomben auch heute teuer und so kann man nicht pausenlos Krieg führen. Wie dann aber seine Macht gegenüber Schwächeren und scheinbar Schwächeren durchsetzen? Es gibt da ein Mittel, das spezifisch imperialistisch ist. Die Voraussetzung für seine Anwendung sind ein weit entwickelter Weltmarkt, eine vernetzte Produktion und ein entsprechender Handel. Was heute Globalisierung heißt, gab es in seinen Ansätzen bereits am Beginn des 20. Jahrhunderts. Lenin hat das so beschrieben: „Dieser Krieg (der Erste Weltkrieg, U. J.) ist aus den Bedingungen einer Epoche hervorgegangen, in der der Kapitalismus sein höchstes Entwicklungsstadium erreicht hat; in der bereits nicht nur der Export von Waren, sondern auch der Export von Kapital die wesentlichste Bedeutung hat; in der die Kartellierung der Industrie und die Internationalisierung des Wirtschaftslebens beträchtliche Ausmaße erreicht hat; in der die

Kolonialpolitik zur Aufteilung fast des ganzen Erdballs geführt hat; in der die Produktivkräfte des Weltkapitalismus über die engen Schranken der nationalstaatlichen Gliederung hinausgewachsen und die objektiven Bedingungen für die Verwirklichung des Sozialismus völlig herangereift sind.“ Oder an anderer Stelle: „Im Kapitalismus, und besonders in seinem imperialistischen Stadium, sind Kriege unvermeidlich.“

Nun ging es 1914 sowohl um die Bekämpfung des unmittelbaren Konkurrenten als auch um die Gewinnung von Einfluß auf die Teile der

Mitte der 20er Jahre änderten die imperialistischen Mächte ihre Taktik. Da sich die junge Sowjetmacht nicht militärisch erwürgen ließ, auch wenn es zehntausende Opfer und schreckliche Folgen des Bürgerkrieges gab, setzte man nun auf wirtschaftliche Strangulation. Sanktionen und Boykotte wurden verhängt. Der Schaden, der dadurch entstand, läßt sich im Nachhinein kaum abschätzen. Sowjetrußland war nicht nur gezwungen, eine völlig neue staatliche Verwaltung mit oft schlecht ausgebildeten Kadern zu errichten. Er mußte auch eine am Boden liegende

Wirtschaft und Landwirtschaft reanimieren. So galt es, drei gewaltige Aufgaben gleichzeitig zu lösen: Staatsorganisation, Nahrungsmittelproduktion und Aufbau einer industriellen Basis. Gerade Letzteres erfolgte fast autonom. Sanktionen und Boykotte erschwerten den Zugang zum Weltmarkt enorm. Vom technologisch-wissenschaftlichen Austausch war die Sowjetunion ebenfalls ausgeschlossen. Sehr oft mußte sie buchstäblich das Rad nicht nur einmal, sondern immer wieder neu erfinden. Das gelang ihr nur auf einem schweren Weg voller Irrtümer und Opfer, und auch nur, weil wichtige Rohstoffe vorhanden waren und die Menschen sich immer wie-

der für Großprojekte mobilisieren ließen. Die Sowjetunion überlebte nicht nur den Zweiten Weltkrieg. Sie hatte den entscheidenden Anteil am Sieg über den deutschen Faschismus, was zur Folge hatte, daß sich auch andere Länder auf den Weg zu einer Alternative zum Kapitalismus machten. Es begann eine Periode, die wir heute den Kalten Krieg nennen. Zu ihm gehört nicht allein die militärische Seite. Der einsetzende Wirtschaftskrieg gegen die neuen, sich auf sozialistischem Weg befindenden Staaten war das gleiche Spiel nach gleichem Muster wie nach der Oktoberrevolution. Nur punktuell und partiell konnten die jungen Volkdemokratien nach dem Prinzip „Zuckerbrot und Peitsche“ am weltwirtschaftlichen Austausch teilnehmen und dann auch nur zu den diktierten Bedingungen. Ausdruck für die Sanktionspolitik gegenüber dem Osten war die sogenannte COMECON-Liste. Hier waren Produkte, Technologien und Wirtschaftsleistungen aufgelistet, die nicht in den Osten gelangen durften, und zwar nicht immer nur aus Gründen der militärischen Geheimhaltung. So mußten auch wir in der DDR und den anderen sozialistischen Ländern das Fahrrad öfter neu erfinden und haben das auch mehr als 40 Jahre durchgehalten.

Nach 1990 begann zunächst erneut eine Phase kriegerischer Neuordnung der Welt – in Jugoslawien, Mittelasien, aber auch in Asien und Afrika. Teilweise gab es 40 Kriege zu gleicher Zeit. Dann besann man sich – auch die Kriege



Eine halbe Million tote irakische Kinder durch US-Sanktionen. US-Außenministerin Madeleine Albright 1996: „Wir denken, der Preis ist es wert.“

Welt, die man später für seine Zwecke nutzen wollte. Schließlich wurden im Ergebnis des Ersten Weltkriegs nicht nur Österreich-Ungarn zerschlagen, die deutschen Kolonien neu verteilt, sondern vor allem auch der gesamte Nahe Osten, der bis dahin zu großen Teilen dem Osmanischen Reich gehörte, neu „geordnet“. Palästina, Jordanien, Syrien und der Libanon sowie die jemenitischen Staaten entstanden neu, auch wenn es in dem einen oder anderen Gebiet seit tausenden von Jahren Fürstentümer gleichen oder ähnlichen Namens gegeben hatte. Das für den Fortgang der Weltgeschichte wesentlichste Ergebnis sollte jedoch das Entstehen der Sowjetunion sein, die einen sozialistischen Entwicklungsweg einschlug. Sofort war den führenden Vertretern der imperialistischen Hauptmächte klar, daß da etwas heranwuchs, das mit allen Mitteln bekämpft werden mußte. Und obwohl Sowjetrußland sich nach der Revolution im März 1918 dem deutsch-österreichischen Friedensdiktat von Brest-Litowsk unterworfen hatte, führten Japan, Frankreich, Großbritannien, die USA, ja sogar das geschlagene Deutschland den Krieg gegen den neuen Staat weiter. Sie taten das offen, aber zumeist mit Unterstützung einheimischer und ausländischer Kollaborateure, im Westen, im Osten und im Süden. Offiziell war der Bürgerkrieg zwar Ende 1920, Anfang 1921 beendet, doch bewaffnete Banden kämpften bis in die 30er Jahre auf sowjetischem Territorium gegen die Sowjetmacht.

der Neuzeit sind extrem kostenintensiv – wieder auf die alte Strategie des Wirtschaftskrieges, der Sanktionen und Boykotte gegenüber unbotmäßigen Staaten.

Das erste Land, welches das massiv Stil betraf, war der Irak. Nachdem US-Präsident Bush senior das Land im ersten Krieg von 1991 nicht völlig unter Kontrolle bringen konnte, wurde mit Hilfe der UN ein hartes Sanktionsregime errichtet, das nach seriösen Schätzungen bis zum Irak-Krieg von 2003 etwa einer Million Menschen das Leben kostete. Unvergessen ist die kalte Antwort der damaligen US-Außenministerin Madeleine Albright 1996 in einer US-Fernsehshow auf die Frage, ob der Tod von 500 000 irakischen Kindern Krieg und Sanktionen wert war: „Das war es wert.“

Die Vereinten Nationen machten sich bei diesem ungeheuerlichen Verbrechen zum Komplizen. Angeblich sollten Aggressionen des irakischen Präsidenten Saddam Hussein gegen seine eigene Bevölkerung verhindert werden, in Wirklichkeit wurde

dem Irak die wirtschaftliche Lebensader abgeschnürt. Die USA als führende globale Wirtschaftsmacht konnte die Sanktionen auch deshalb durchsetzen, weil sie allen Mächten mit schweren Nachteilen drohte, sollten sie weiter Handel mit dem Irak treiben. Es funktionierte. Dringend benötigte Güter wie Arzneimittel kamen nicht ins Land, die vergleichsweise hochentwickelte Binnenwirtschaft wurde entscheidend beschädigt. Das gleiche „Spiel“ wird seit vielen Jahren mit dem Iran betrieben und seit einigen Jahren mit Venezuela. In einem Kommentar des Deutschlandfunks hieß es dazu am 28. August 2019: „Wie im Iran. Dort hat Trumps Kampagne des ‚maximalen Drucks‘ zwar zu keinem besseren Atom-Deal, stattdessen zu einem Mangel an Krebsmedikamenten und Lebensmitteln geführt. Wie in Venezuela, wo infolge des US-Öl-Embargos vom August 2017 wahrscheinlich schon über 40 000 Menschen wegen mangelnder medizinischer Versorgung gestorben sind. Wie in Nordkorea,

wo internationale Sanktionen mitverantwortlich dafür sind, daß Millionen Menschen wieder einmal eine Hungersnot droht. Wie in Syrien, wo auch die EU-Sanktionspolitik dazu beigetragen hat, daß das Gesundheitssystem und die Lebensmittelversorgung zusammengebrochen sind und selbst Hilfsorganisationen aufgrund der Zwangsmaßnahmen ihre Arbeit einstellen müssen.“ Wirtschaftskrieg sind für die USA und den Westen das Gebot der Stunde, stets verbrämt mit der Forderung, doch endlich „die Demokratie“ in den betroffenen Ländern einzuführen. Angeblich geht es den Sanktionierern und Boykotteuren immer nur um die armen Menschen. Das ist Unsinn, es sind wahrhaft fake news, denn es geht immer nur um das eine: Profitmaximierung. Doch die USA sind nicht mehr die größte Volkswirtschaft der Welt. Und Rußland hat genau 100 Jahre Erfahrung mit Sanktionen und Boykotten.

Uli Jeschke

Teilen und Herrschen

Die betrogenen Völker des Orients

Bereits mit dem Eintreten der jungtürkischen Bewegung unter Kemal Atatürk in den Krieg im Jahre 1914 schmiedeten die britischen und französischen Imperialmächte Pläne zur Aufteilung der arabischen Provinzen des osmanischen Reiches. Großbritannien versprach den arabischen Völkern einen unabhängigen Staat, wollte sie für seine Interessen instrumentalisieren und dazu motivieren, Widerstand gegen die Osmanen zu leisten. In einem Geheimabkommen legten Großbritannien und Frankreich 1916 ihre Protektorate im Nahen Osten fest. Der britische Außenminister Lord Balfour sagte der in Europa operierenden zionistischen Bewegung im November 1917 die Unterstützung seiner Regierung zu. Damit wurde die Vertreibung des arabischen Volkes aus Palästina programmiert.

„Die Regierung Seiner Majestät betrachtet mit Wohlwollen die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina und wird ihr Bestes tun, die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern.“ Diese als Balfour-Deklaration bekannt gewordene Teile- und Herrsche-Strategie war eine Kriegserklärung an die arabischen Palästinenser.

Nach dem Ende des osmanischen Reiches sah der neu gegründete Völkerbund ein Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Gründung unabhängiger Nationalstaaten vor. Seine Zielsetzung waren Frieden und Sicherheit in der Welt. Daraufhin proklamierte der „Allgemeine Syrische Nationalkongreß“ im März 1920 in Damaskus die arabische Unabhängigkeit.

Am 19. April 1920 fand in San Remo an der italienischen Riviera die Konferenz der

Siegermächte des Ersten Weltkriegs statt. Während in San Remo getagt wurde, hatte Frankreich bereits damit begonnen, in Syrien und im Libanon Fakten zu schaffen. Es wurden neue Verwaltungsbezirke eingerichtet, deren Grenzen anhand ethnischer und religiöser Bevölkerungsmehrheiten gezogen wurden. Zugleich ging man über die über Jahrhunderte gewachsenen Strukturen hinweg und erweckte so den Anschein, die eine oder die andere Bevölkerungsgruppe zu begünstigen. Das Ergebnis waren häufige Proteste, die von der französischen Soldateska im Kolonialstil gewaltsam niedergeschlagen wurden. Die britischen und französischen Imperialmächte einigten sich über die zuvor abgesprochene Aufteilung des Nahen Ostens und zogen Grenzen in ihrem strategischen Sinn dort, wo bis dahin keine vorhanden waren. Großbritannien annektierte Palästina sowie den Irak, Frankreich Syrien.

Daraufhin zerschlugen die französischen Imperialisten im September 1920 in Damaskus gewaltsam die arabischen Unabhängigkeitskräfte und installierten kurz danach ein christliches Marionettenregime in Libanon, womit die Teilung Syriens vollzogen war.

In San Remo wurde auch Palästina zerlegt. Das Ostjordanland, das heutige Jordanien, wurde abgetrennt und es wurden, wie in der Balfour-Deklaration vorgesehen, Bedingungen für einen jüdischen Staat geschaffen, der mit den imperialistischen Mächten eng verbunden bleiben sollte. Infolge dessen wuchs der Anteil der Bevölkerung jüdischen Glaubens in Palästina rasant. Und somit wuchsen auch die sozialen Spannungen und Unruhen zwischen den arabischen Palästinensern und

den aus der ganzen Welt eingewanderten Menschen jüdischen Glaubens. Mehrere Pläne der imperialistischen Mächte, Palästina zu teilen, wurden fallengelassen.

Ein unabhängiger arabisch-palästinensischer Staat war ein Dorn im Auge der westlichen Imperialmächte und des 1948 gegründeten Israels. Die Westmächte sahen ihre Interessen eher durch den von Menschen jüdischen Glaubens dominierten Staat vertreten.

Das Erbe von San Remo, wo vor 100 Jahren die Grundlagen für den heutigen Grenzverlauf im Nahen Osten zwischen Frankreich und Großbritannien ausgehandelt wurden, sind Konflikte, die wir heute erleben. Die staatlichen Territorien im Nahen Osten sind nun weitgehend festgelegt, aber die Grenze zwischen Israel und einem Palästinenserstaat wird möglicherweise auf unabsehbare Zeit ungeklärt bleiben.

Hinzu kommt noch die strategische Bedeutung des Raumes für die beiden Imperialmächte Frankreich und Großbritannien. Schon 1916 hatten diese hinter verschlossenen Türen im nach zwei Diplomaten benannten Sykes-Picot-Abkommen die Region unter sich aufgeteilt und ihre strategischen Ziele festgelegt. Großbritannien brauchte kurze Transportwege nach Indien, damals britische Kolonie. Frankreich indes mandatierte sich selbst als Schutzmacht der christlichen Bevölkerungsgruppen im Libanon. Zudem gewann mit der Industrialisierung in Westeuropa das Wettrennen um die Ressourcen der Region an Bedeutung. Es dauert immer noch an und wird mit Waffengewalt „verteidigt“.

Dr. Matin Baraki

Ein Volk steht auf

Malis Regierung bastelt an einer „Roadmap“

Den Kopf der parlamentarischen Opposition im westafrikanischen Mali, Soumaila Cissé, halten Dschihadisten gefangen, wenn er denn überhaupt noch lebt. In der Volksopposition „5 juin-Rassemblement des Forces Patriotiques“ (M5-RFP) haben sich alle oppositionellen Kräfte vereinigt, religiöse hinter dem Imam Mahmoud Dicko, parlamentarisch hinter geschafften Ministern, Oppositionsparteien und Bürgerinitiativen gegen Korruption und gegen französische Besatzungstruppen. Diese Gruppen haben sich auf ein Zehn-Punkte-Programm verständigt mit der obersten Forderung, Präsident Ibrahim Boubacar Keita (IBK) müsse zurücktreten. Die Köpfe dieser Bewegung konnte das Regime des Präsidenten nicht einsperren – zu machtvoll waren die Demonstrationen in den großen Städten des Landes.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron waren die Hände gebunden. Also trat sozusagen als Troika wie ab 2010 in Griechenland die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft CEDEAO, auf englisch COMESA, in Aktion. Das geschah auch schon 2012 nach der Dschihadisten-Invasion und der französischen Militärmission. Letztere sollte den status quo erhalten, die neoliberalen Wirtschaftsinteressen gewährleisten und deren politische Repräsentanten am Ruder halten. In der malischen Tageszeitung „L'Aube“ stellte Bakary Diarra fest, im Prinzip habe Frankreich seine politischen Ziele in dem Land erreicht: „die Region Kidal geheiligt, das Azawad-Projekt (gemeint ist die Sezession des nördlichen Landesteils, G.H.) vorangetrieben, die Wahl von IBK siegreich unterstützt und von Mali ein Abkommen über militärische Zusammenarbeit und Verteidigung erhalten.“ Die CEDEAO besteht darauf, daß der von den Massen geforderte Rücktritt des Präsidenten dem „Überschreiten einer roten Linie“ gleichkomme, also der „casus belli“ sei, d. h. Vorwand für eine Intervention mit welchen Mitteln auch immer. Die CEDEAO nutzte die Wochen der Ruhe vor dem islamischen Opferfest, das vom 31. Juli bis zum 3. August dauerte, um den Protest zu schwächen und die Bewegung M5 zu spalten. Doch der präsidiale Schachzug, die Regierung zu entlassen, ein Rumpfkabinett mit den Schlüsselministerien zu ernennen und ein Dutzend Ministerposten der Opposition anzubieten, ging ins Leere. Keiner der Führer des heterogenen Bündnisses

M5 war dazu bereit. Auch das taktische Manöver, den zurückgetretenen Verfassungsgerichtshof schnellstmöglich wieder einzusetzen, ging nicht auf. Zwar konnte der Magistrat (Staatsapparat, G. H.) bewegt werden, sein Drittel der Sitze zu benennen und Präsident IBK hatte keine Probleme, sei-



Rücktritt von Ibrahim Boubacar Keita am 18. August

ne Kandidaten festzulegen, aber das Drittel der Verfassungsrichter, das der Opposition angeboten wurde und das vom Parlament zu benennen war, konnte nicht in Aktion treten. Hier hat sich der Präsident selbst ins Knie geschossen: Denn 30 Abgeordnete (darunter der Parlamentspräsident) – deren Wahl das noch intakte Verfassungsgericht angezweifelt, aber nicht annulliert hatte – waren nicht bereit, ihr Mandat aufzugeben. Ein „gegenseitiger Vernichtungskrieg zwischen Magistrat und Parlament“ ist die Folge, wie „Le Temoin“ schrieb.

Eine „Roadmap“ (politischer Handlungsplan, G. H.) auf die sich am Wochenende nach dem Opferfest Premierminister Boubou Cissé und die Regierungskoalition einigen konnten, sollte nun aus der Krise führen. Nach der Tageszeitung „Le Republicain“ soll mit einer Regierung des „Nationalen Dialogs“ ein neuer Parlamentspräsident bestimmt, ein neues Wahlgesetz erlassen sowie eine Reform des Verfassungsgerichts durchgeführt und ein Dialog mit den malischen Dschihadisten geführt werden. Von verfassungsrechtlichen Bedenken abgesehen, steht diese Roadmap auf unsicheren Beinen – die Wiederaufnahme der Aktionen

des „zivilen Ungehorsams“ von M5 (nach Redaktionsschluß) stand bevor.

Die Presse warnt vor einer Herrschaft à la Ajatollah Khomeini im Iran als Folge einer Präsidentschaft von Imam Mahmoud Dicko und spricht von internen Streitigkeiten im Bündnis M5-RFP, die Forderung nach Rücktritt des Präsidenten betreffend. Es bleibt abzuwarten, ob sich der Aufstand übers Land ausbreitet. Denn so kann es nicht mehr weitergehen in einem Staat, dessen Souveränität bedroht ist.

Finanziell hängt die Regierung buchstäblich am Tropf von Geberländern, insbesondere der EU. Die territoriale Integrität ist infrage gestellt, im faktisch bereits abgetrennten Norden durch die secessionistische Azawad-Bewegung. Das malische Militär, als Garant der Souveränität, wird von der EU in Abhängigkeit und „Ausbildung“ gehalten.

Die Wüste Sahara frißt sich jährlich im Mali um 8 bis 20 Kilometer in den Süden. Im Zentrum des Landes kämpfen seßhafte Ackerbauern gegen die ihr Land durchstreifenden Rinderzüchter ums Überleben. Ein Blutbad nach dem anderen, verübt von „Selbstverteidigungsmilizen“ oder im Namen des Dschihad, ist die Folge. Daneben schießen sich bewaffnete kriminelle

Menschen- und Drogenschmuggelbanden, die zum Teil mit den Genannten verbündet sind, ihre Transitwege durch die Wüste in den Norden frei, von skalpzählenden Militärs ganz zu schweigen.

Ein Volk, das zu 75 Prozent von der Hand in den Mund lebt, das zumeist in bäuerlicher Subsistenzwirtschaft mit einem Einkommen unter 2 US-Dollar im Monat, so die Vereinten Nationen, auskommen muß – will nach dem arabischen „Frühling“ nun einen afrikanischen Sommer.

Georges Hallermayer
Schwerte/Sarreguemines

Herzlichen Glückwunsch unserer
Genossin

Ute Hornig

zum 75. Geburtstag am 11. September.
Liebe Ute, vielen Dank für Deine Mitwirkung im Versandkollektiv und in der „RotFuchs“-Singegruppe. Alles Gute für Dich, Kraft und Gesundheit!

Versuchter Regime Change

Belarus vor und nach den Wahlen

Der Präsident der Republik Belarus Alexander Lukaschenko und Wahlen in seinem Land sind seit Jahren ein rotes Tuch für westliche Regierungen und Medien. Man kann zu den dortigen Ereignissen stehen wie man will, sollte aber einige Zusammenhänge aus Vergangenheit und Gegenwart nicht vergessen. Im Unterschied zu seinen sämtlichen Nachbarn ist Belarus in Osteuropa das einzige Land, das der NATO keinen Zugriff auf die russische Grenze ermöglicht, und somit der restlichen Umklammerung Rußlands noch im Wege steht. Wahlen – wo immer sie stattfinden – sind meist mit Angriffen der jeweiligen Opposition verbunden, die dann meist ohne Beweise von Wahlfälschung spricht und zum Widerstand auffordert. So wurden in der Vergangenheit u. a. solche Schlagworte wie „Rosen“, „Orange“, „Zedern“, „Tulpen“, „Safran“ oder „Jasmin“ stets mit dem Wort „Revolution“ verbunden, wenn es darum ging, einen Regime Change in den jeweiligen Ländern zu organisieren. Im Sommer 2005 setzte man lange vor den Wahlen in Belarus seitens der USA und der EU auf die „Kornblumenrevolution“, die auch in den Folgejahren bei den Wahlen immer wieder eine Rolle spielte.

Medienberichten war damals zu entnehmen, daß die Europäische Union ihre Aktivitäten zur Unterstützung der Opposition in Belarus forcierte und Einrichtungen wie die Bertelsmann-Stiftung oder auch die Konrad-Adenauer-Stiftung Konzepte zur Stärkung der Opposition erarbeiteten. Mehrfach trafen sich in Litauens Hauptstadt Vilnius Oppositionspolitiker aus Minsk mit Vertretern der EU-Kommission und der EU-Mitgliedstaaten, um neue Strategien einer Politik gegenüber Weißrußland auszuarbeiten. Finanzielle Unterstützung gab es durch unterschiedliche deutsche Stiftungen. Mit fünf Millionen Euro jährlich sollte damals ein Mittelwellensender in Polen aufgebaut werden, um eine „Diskussionsplattform“ für die sogenannten demokratischen Kräfte in Belarus zu schaffen. Anfang August 2020 wurde bekannt, daß ein aus Polen sendender „Social-Media-Kanal“ einen Aufruf zum Streik und zur Besetzung von Fabriken verbreitete. Die Feststellung Lukaschenkos, wonach die Opposition tatkräftige Unterstützung aus dem Ausland erhält, erscheint nicht ganz abwegig. Wenig bekannt ist die Rolle von Kräften in Tschechien, welche die „Demokratiebewegungen“ in den Ländern Osteuropas unterstützen. Um wen handelt es sich hier?

Eines der neueren Projekte der USA im Kampf gegen einen vermeintlichen russischen Einfluß – vorwiegend in den russischen Anrainerstaaten – basiert auf dem Gesetz „Zur Abwehr der Feinde Amerikas“, für das jährlich mehr als 250 000 Dollar bereitgestellt werden. Gestützt darauf fand vom 7. bis 11. November 2018 in Jerewan (2019 in Chisinau, Moldawien) ein sogenanntes CampCamp-Seminar des Prague Civil Society Centre (Zentrum der Zivilgesellschaft Prag) statt, dessen Inhalt angeblich von den Teilnehmern selbst bestimmt

wurde. Themen waren u.a.: Hoffnung gegen Verzweiflung – wie können die Menschen an die Möglichkeit von Veränderungen glauben / Internetübertragungen in sozialen Netzwerken / Zusammenarbeit von Aktivisten und anderes mehr. Eigentlich wenig aussagekräftige Inhalte, wenn man nicht die wesentlichen Ziele dieser „Prager Gesellschaft“ zur Kenntnis nimmt. Auf einer ihrer Internetseiten kann man lesen: „Wir glauben, daß die Zivilgesell-



Die Proteste in Belarus wurden lange vorbereitet

schaft der wichtigste Motor für den sozialen Wandel und Fortschritt in der Region ist. Wir möchten, daß unsere Unterstützung dazu beiträgt, diese Veränderung zu realisieren, indem es Bürgergruppen ermöglicht wird ... den Wandel auf neue und aufregende Weise zu beeinflussen.“

Doch warum wählte man 2018 für das CampCamp gerade die armenische Hauptstadt? Dort hatten bereits 2010 vorwiegend junge Menschen gegen die Regierung protestiert. Im Frühjahr 2018 wurde dann unter Führung des heutigen Ministerpräsidenten Nikol Paschinjan ein gewaltloser Umsturz vollzogen, den er als „Samtene Revolution“ bezeichnete. Deshalb fand CampCamp einen großen Zulauf von jungen Menschen aus Rußland und anderen GUS-Ländern, um sich Anregungen für Proteste in ihren Ländern zu holen und zu lernen, wie man einen Regierungssturz organisiert. Verfolgt man die veröffentlichten Diskussionsbeiträge, wird deutlich, daß es vorwiegend junge Menschen im Alter von 18 bis 30 Jahren sind, die über ihre oppositionellen, z. T. kriminellen Aktivitäten berichten. Kleinste Unzufriedenheiten einzelner Personen sollen popularisiert und verallgemeinert, mit Lügen und Halbwahrheiten verknüpft werden, um die jeweilige „Opposition“ zu stärken. Verwiesen wurde dort auf die finanzielle Unterstützung durch das Zentrum in Prag und die USA. So läßt das Prager Zentrum verlauten:

„Wir gewähren Zuschüsse zur Unterstützung von Bürgerinitiativen und -projekten in Osteuropa, im Kaukasus und in Zentralasien. Wir suchen nach Möglichkeiten, um Projekte zu unterstützen, die der Zivilgesellschaft helfen, sich mit Gemeinschaften zu verbinden, dauerhafte Beziehungen aufzubauen und den sozialen Wandel voranzutreiben.“

Zu einem weiteren Programm: „Bewerbungen für das Fellowship-Programm 2018“. Es ist „darauf ausgerichtet, daß Bestandteile des wissenschaftlichen Prozesses wie beispielsweise Methoden, Forschungsdaten und Publikationen offen zugänglich und nachnutzbar gemacht werden“. Anders ausgedrückt, Spionage zu betreiben. Gesucht wird u.a. „... jemand mit Wissen und Erfahrung über erfolgreiche oder gescheiterte Reformprozesse und diese zu dokumentieren, um zukünftige Reformen zu steuern ... Jemand mit langjähriger Erfahrung im Umgang mit Technologien und intelligenten Kommunikationsmitteln für sozialen Wandel und der bereit ist, die Erfahrungen und Herangehensweisen zu teilen ...“ Eindeutiger geht es wohl kaum. Auch Radio Free Europe/Radio Liberty mit Sitz in Prag mischen bei all dem kräftig mit. Ihre Programme haben nach eigenen Angaben das Ziel, Hörern in den „ehemals kommunistisch regierten Ländern demokratische Werte“ zu vermitteln und das „Menschenrecht auf freien Nachrichtenzugang“ zu ermöglichen.

Diese Hintergründe machen deutlich, warum „Farbenrevolutionen“ ablaufen wie nach einem Drehbuch, denn die genannten Zentren arbeiten nicht erst seit jüngster Zeit. Auf den Straßen agieren dabei fast ausschließlich junge Menschen, was den Einfluß der CampCamp-Seminare untermauert.

Zurück zu Belarus. In den westlichen Medien wurde berichtet, daß Polizei und Sonderheiten mit großer Brutalität gegen die Demonstranten vorgehen. Regierungssprecher Steffen Seibert erklärte in diesem Zusammenhang; „Wir verurteilen den Einsatz von Gewalt gegen friedlich demonstrierende Menschen auf den Straßen von Minsk und andernorts im Land ...“ Und wie verhielt sich die Polizei in Deutschland bei den Großeinsätzen gegen die Castor-Demonstranten, im Hamburger Forst oder dem G-20-Gipfel in Hamburg? Die Bilder unterschieden sich kaum von denen in Minsk.

Fazit: Bis Mitte August 2020 ist es nicht gelungen, einen Umsturz in Belarus herbeizuführen. Doch damit wollen sich weder die USA noch die Europäische Union abfinden. Ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik mit geheimdienstlichen Mitteln, mit immer neuen Sanktionen, Lügen und der Aufforderung zu Gewalt, wird weitergehen. Solange, bis die „westliche Wertegemeinschaft“ gesiegt hat. Die umfangreichen Aktivitäten des Westens gegen den belorussischen Präsidenten und sein Land sprechen eine deutliche Sprache.

Dietmar Hänel
Flöha

Bewaffneter Arm

Warum in Kolumbien zusätzlich US-Soldaten stationiert werden

Am 27. Mai 2020 gab die US-Botschaft in Bogotá, der Hauptstadt Kolumbiens, bekannt, daß ab Juni 2020 ein Truppenkontingent der Vereinigten Staaten in das südafrikanische Land verlegt wird. Dabei handelt es sich um die „Brigade der Sicherheitskräfte für militärischen Beistand“ (Security Force Assistance Brigade, SFAB). Bereits im Juni, so hieß es, sollen zunächst 48 USA-Militärs in Kolumbien eintreffen, weitere 800 Soldaten sollen dann im Laufe des Monats folgen.

Als Begründung für die neuerliche Aufstockung des Kontingents in Kolumbien wurde eine alte Floskel genutzt: Angeblich geht es um die Bekämpfung der Drogenkartelle. Man muß aber wissen, daß diese Truppen an die Grenze zu Venezuela verlegt werden. Eine entsprechende Verstärkung der Aktivitäten gegen das Nachbarland hat es bereits gegeben. Die „grüne Grenze“, die durch den Urwald auf 2200 Kilometer verläuft, bietet genügend Schlupflöcher, um paramilitärische Banden nach Venezuela zu schmuggeln und dort – wie in der Vergangenheit mehrfach praktiziert – Auftragsmorde durchzuführen, Anschläge auf wichtige Bereiche der Volkswirtschaft zu verüben, und um wirtschaftliche Sabotage zu betreiben. Dazu gehört heute schon, staatlich subventionierte Medikamente und Lebensmittel aus Venezuela nach Kolumbien zu bringen und dort überteuert weiterzuverkaufen.

Daß die Bevölkerung Kolumbiens diese Information zuerst von der US-Botschaft in Bogota erhielt und nicht von ihrem Präsidenten Ivan Duque, läßt die Vermutung zu, daß dieser nur der verlängerte Arm von US-Präsident Donald Trump ist. Duques Regierung ließ zwar auf Grund der Empörung von Kongreßabgeordneten und der Bevölkerung eiligst verkünden, daß die US-Soldaten als Antidrogeneinheiten in mehreren Zonen des Landes zum Einsatz kommen und einheimische Kräfte vor Ort ausbilden sollen, das überzeugte aber nicht besonders. Kolumbiens Regierung teilte außerdem mit, daß sich die US-Armee nicht an Kriegshandlungen beteiligen und nur Beraterfunktion haben werde.

Daß selbst Abgeordnete des Kongresses und Oppositionspolitiker gegen den Einsatz von zusätzlichen USA-Militärs protestierten, liegt auch darin begründet, daß der Aufenthalt fremder Truppen im Land vom Kongreß bewilligt werden muß. Die einseitige Maßnahme des Präsidenten stellt einen klaren Verfassungsbruch dar.

Zu fragen ist auch, warum der weltweite Aufschrei demokratischer Staaten, von Verbündeten und der der EU ausblieb. Sie reagieren doch sonst bei jeglichem Verdacht einer Verletzung demokratischer Rechte mit Protesten und wirtschaftlichen Sanktionen.

Eine Antwort liegt vermutlich darin, daß der Zeitpunkt für die Ankündigung nicht zufällig gewählt worden war. Sie erfolgte nach einer mißlungenen Intervention militärischer Banden mit Unterstützung unterschiedlicher

Kräfte der USA gegen Venezuela Anfang Mai 2020.

Ein weiteres Indiz dafür, daß es sich so verhält, ist auch die Tatsache, daß die USA in Kolumbien mit den Basen Arauca (liegt im Erdölgebiet an der Grenze zu Venezuela), Laramia (für Antidrogeneinsätze mit überdimensionierte Landebahn für B52 ausgestattet), Tres Esquinas, Cartagena (Marienstützpunkt), Bahia Malaga (Marinestützpunkt), Malambo (Luftwaffenstützpunkt), Palanquero (größter Luftwaffenstützpunkt), Apiay (Luftwaffenstützpunkt), Tolemaida (Luftwaffenstützpunkt) bereits acht Militärstützpunkte hat. Hinzu kommen die in Peru, Paraguay, Puerto Rico, Costa Rica, El Salvador, Honduras



Kolumbiens Präsident Ivan Duque

sowie die ständig in der Karibik kreuzende 4. US-Flotte. Die USA verfügen also bereits über eine enorme Konzentration an Kriegsmaterial in der Region. Davon geht eine ständige Gefahr für lokal geführte Kriege aus – vorrangig für Kuba, Venezuela und Nicaragua. Sie dient aber auch der Einschüchterung jener Regierungen, die um ihre staatliche Souveränität und Unabhängigkeit kämpfen. Um aber die Zusammenhänge insgesamt zu verstehen, ist ein historischer Rückblick notwendig. Denn es ist nicht das erste Mal, daß sich Kolumbien für einen Angriff auf Venezuela anbietet.

Am 26. Juli 1901 fiel auf Befehl von José Marroquin, einem konservativen Politiker, der von 1900 bis 1904 kolumbianischer Präsident war, ein Regiment von 6 000 Kolumbianern in Venezuela ein. Der damalige Präsident Venezuelas Cipriano Castro erklärte: „Diese Armee kam mit dem Slogan, unsere Städte zu plündern, unsere Ehre zu trüben und uns um die Früchte unserer Arbeit zu bringen.“ Und weiter: „Das heilige Gebiet des Heimatlandes

wurde von einer Armee von Kolumbianern besetzt. Landsleute, ich bitte und fordere im Namen Venezuelas die entschiedene Hilfe aller eurer Kinder.“

Dieser emotionale Weckruf zeigte umgehend Wirkung. Die Venezolaner organisierten sich und stellten sich den Invasoren. Obwohl die eigenen Streitkräfte zahlenmäßig unterlegen waren, verliehen der Freiheitswille und die Überzeugung, einen gerechten Kampf zu führen, so viel Kraft, daß die kolumbianischen Truppen vertrieben wurden und das Land verlassen mußten.

Gleichzeitig wurden in diesem Krieg zwei geopolitische Richtungen deutlich. Auf der einen Seite standen die Kräfte des Bolivarismus, auf der anderen jene des Monroismus. Der Bolivarismus verkörpert den Kampf um die Souveränität der südamerikanischen Nationen gegenüber dem expansiven Vormarsch der USA. Dieser Bolivarismus wurde seinerzeit verkörpert vom Präsidenten Venezuelas Cipriano Castro, dem Präsidenten Ecuadors, Eloy Alfaro, des Präsidenten Nicaraguas, Jose Santos Zelaya, und dem liberalen kolumbianischen Führer Rafael Uribe Uribe. Diese Vier unterzeichneten bereits 1900 einen Pakt, in dem diese Prinzipien festgehalten wurden. Auf der anderen Seite repräsentierten die USA und die kolumbianische Oligarchie jene nach dem früheren US-Außenminister James Monroe benannten Pläne, in Südamerika eine strategische Position einzunehmen und die US-Vormacht auszuüben. Washington bediente sich schon damals einiger Vasallenregierungen, um alle Staaten, die für nationale Unabhängigkeit kämpften, zu destabilisieren. Bereits zu diesem Zeitpunkt galt es, in erster Linie die Avantgarde des damaligen antiimperialistischen Kampfes, das war in Lateinamerika Venezuela, zu bekämpfen. Kolumbien war Erfüllungsgehilfe der USA. Sein Anteil bestand darin, seine Armee als Speerspitze gegen die Nachbarländer bereitzuhalten und ausländischen Truppen das eigene Territorium für militärische Zwecke zur Verfügung zu stellen. Schon damals geschah das nicht ohne Gegenleistung der USA. Die kolumbianische Oligarchie wurde als kleiner Partner der USA hofiert mit der Option, ihr Territorium auf Kosten der Nachbarländer zu erweitern. Das sollte unter dem Schutz der USA legalisiert werden.

Für den Freiheitskampf der Allianz des Bolivarismus gab es aber auch Verbündete unter den Kolumbianern selbst wie den erwähnten Liberalen Rafael Uribe Uribe. Er fragte damals: „Mit welchem Recht gefährdet Kolumbien die Unabhängigkeit und die Zukunft der anderen spanisch-amerikanischen Republiken und begünstigt die übermäßige Entwicklung des Yankee-Imperialismus?“

Nach der Niederlage belohnten die USA damals Kolumbien „als ihren guten Verbündeten“ großzügig, was sie nicht daran hinderte, 1903 das Territorium Panamas von Kolumbien abzuspalten und das mit dem Recht auf

Enteignung „inkompetenter Rassen“ zu rechtfertigen.

Die Bedeutung Kolumbiens als Satellitenstaat der USA hat hier ihre historischen Wurzeln. Seit vielen Jahrzehnten wird so ein Spannungsherd in Lateinamerika aufrechterhalten. Damals wie heute gibt Kolumbien die Hoheit über sein Territorium auf und wird zum bewaffneten Arm der US-Regierung. Auf kolumbianischem Gebiet wird das Zusammenspiel mit der US-Armee geübt. Unter dem Vorwand des Antidrogenkampfes sollen Einheiten der kolumbianischen Armee im Kampf gegen den Drogenhandel ausgebildet werden. Das ist aber ein fadenscheiniger Vorwand. Denn was haben USA und Kolumbien in den vergangenen Jahren gegen Drogenhandel unternommen? Die USA sind der größte Abnehmer von Drogen. Die Münchner „Abendzeitung“ vom 29. Mai berichtete: „Ein großer Teil des Kokains wird in die Vereinigten Staaten geschmuggelt, wo sich die Zahl der Drogentoten durch Kokain – von 1,4 auf 4,5 Todesfälle pro 100 000 Menschen – zwischen 2012 und 2018 mehr als verdreifacht hat, so das US-amerikanische Gesundheitsministerium.“ Laut der Internetseite abi-pur wird Kolumbien in erster Linie als Verarbeitungs- und Zwischenhandlungszentrum für Kokain und Marihuana zum Export in die USA (80 %) und nach Europa genutzt.

Laut „Blickpunkt Lateinamerika“ vom 3. Juni war das kolumbianische Militär mehrfach im „Krieg gegen die Drogen“ in schwere Menschenrechtsverletzungen involviert. Am bekanntesten war der Skandal um die sogenannten falsos positivos: Dabei wurden Zivilisten von Militärs in Guerillauniformen gesteckt und ermordet, um vom Staat ausgelobte Prämien zu kassieren.

Die Faktenlage macht deutlich, daß die zusätzliche Stationierung von US-Militärs in Kolumbien nur ein weiterer Vorwand ist, um neben den üblichen Drohgebärden gegenüber Venezuela sich auch die Option eines militärischen Eingreifens ins Nachbarland jederzeit offen zu lassen. Wie absurd und unglaublich die Vorwände dafür sind, beweist u. a. die

während des Verfassens dieses Textes verbreitete Meldung, daß die UNO in ihrem am 26. Juni veröffentlichten Weltrogenbericht anerkannt hat, daß Venezuela bei der Beschlagnahme von Drogen weltweit auf Platz vier liegt.

Diese Informationen wurden vom Leiter des Nationalen Drogenvollzugsamts Venezuelas (ONA), Alberto Matheus Meléndez, veröffentlicht, der anlässlich der Präsentation dieses Berichts einen Überblick über die Errungenschaften und Möglichkeiten Venezuelas gab, zur weltweiten Drogenbekämpfung beizutragen.

Er berichtete, daß 48 % der Drogenhändler Venezuelas in die Vereinigten Staaten abgeschoben wurden. „Deshalb verstehen wir nicht, warum sie unser Management im Kampf gegen Drogen verleumdend wollen“, sagte der Beamte.

Darüber hinaus erklärte er, daß Venezuela in den letzten 14 Jahren 228 Flugzeuge im Zusammenhang mit Drogenschmuggel registriert, 259 Antidrogenoperationen im Land durchgeführt und 536 nicht autorisierte Start- und Landebahnen sowie 368 Kokainlabore zerstört habe. Matheus Meléndez erklärte, daß es der Regierung in Caracas in 14 Jahren gelungen ist, mehr als 40,1 Millionen Tonnen Chemikalien aus dem Verkehr zu ziehen und in 10 560 Fällen Vermögenswerte krimineller Organisationen zu beschlagnehmen. Er sagte: „In Venezuela hat es einen Frontalkampf gegen Drogen gegeben. Wir haben an der 63. Tagung der Suchtstoffkommission (CND) teilgenommen, die im März 2020 in Wien stattfand.“

2020 führten die Sicherheitsbehörden bisher 1500 Verfahren durch, bei denen 12 000 Kilogramm Drogen beschlagnahmt, 9 Laboratorien an der kolumbianisch-venezolanischen Grenze demontiert und 11 geheime Trassen zerstört wurden, außerdem kam es zur Festnahme eines Haupttäters einer kriminellen Bande. Matheus Meléndez stellte fest, daß die Vereinigten Staaten nach wie vor das Land mit dem höchsten Drogenkonsum sind, mit einer Zahl von Todesfällen durch Überdosierung von mehr als 70 000 im Jahr. „Jedes

Mal, wenn die Vereinigten Staaten einsteigen, um den Drogenhandel zu verhindern, ist das Resultat, daß sich dieser erhöht“, sagte der ONA-Chef.

Laut dem Weltrogenbericht 2020 ist Kolumbien mit mehr als 70 % der Weltproduktion an Drogenerzeugnissen, nach wie vor das Land mit dem höchsten Potential für die Kokainproduktion weltweit. „Es gibt einen Trend zum Handel mit Zwischenprodukten wie Kokapaste und Kokabasis von Kolumbien aus in andere Länder in Südamerika, Mittelamerika, der Karibik und Europa, für die Endverarbeitung, so der Weltrogenbericht“, erklärte Matheus Meléndez.

Wichtig ist bei der Beurteilung der Situation in Kolumbien, auch den Blick auf die innenpolitische Lage zu richten. Denn auf Grund der innenpolitisch sehr angespannten Lage, in der sich Teile der FARC-Guerilla seit August 2019 wieder zum bewaffneten Befreiungskampf bekannt haben, weil die Regierung den 2016 in Havanna geschlossenen Friedensvertrag gebrochen hat, gibt es ein deutliches Aufbegehren im Land gegenüber den extremen sozialen Mißständen. Die neuorganisierte FARC, die sich als „Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Armee des Volkes“ bezeichnen und den Kampf gegen „die korrupte Oligarchie, Mafia und Gewalt“ aufgenommen haben, ist die große Hoffnung der überwiegend armen Landbevölkerung und der heranwachsenden Jugend im Land. Diese FARC-Organisation steht neben der Beseitigung der sozialen Ungerechtigkeit im eigenem Land auch für ein friedliches Zusammenleben aller Völker und wäre ein Garant für den Frieden in dieser Region. Sie könnte das Ende des langen Arms der USA in Lateinamerika bedeuten, wenn sie bei ihrem Kampf um die staatliche Souveränität und Unabhängigkeit Erfolg hat.

Der zusätzliche Einsatz des US-Militärs dient nicht zuletzt der Bekämpfung dieser neuorganisierten FARC. Mit ihm sollen die bestehenden Machtverhältnisse in Kolumbien auf Dauer gesichert werden.

Carsten Hanke
Bad Doberan

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats September!

Zum 94. Geburtstag

Prof. Dr. Erich Kundel (Eggersdorf/Petershagen)
am 23. September

Zum 92. Geburtstag

Erika Vetter (Dresden) am 5. September

Zum 91. Geburtstag

Heinz Herzog (Leipzig) am 8. September

Zum 90. Geburtstag

Werner Renkwitz (Berlin) am 22. September

Zum 85. Geburtstag

Gerhard Plomann (Ludwigsfelde)
am 11. September
Heinz Hässelbarth (Leipzig) am 15. September

Margot Winter (Königs Wusterhausen)
am 26. September

Zum 80. Geburtstag

Hannelore Paproth (Magdeburg)
am 19. September
Kurt Zander (Magdeburg) am 22. September
Lothar-Erwin Lutze (Bad Kreuznach)
am 24. September
Helge Tietze (Bautzen) am 29. September

Zum 75. Geburtstag

Ute Hornig (Berlin) am 11. September
Hans Müller (Dalkendorf) am 20. September

Zum 70. Geburtstag

Margit Radloff (Berlin) am 15. September

Lothar Schulze (Zurow, OT Nakenstorf)
am 15. September

Peter Eisemann (Wernigerode) am
16. September

Siegfried Kretzschmar (Zwenkau)
am 17. September

Klaus Bartl (Chemnitz) am 23. September
Rolf Krauß (Erfurt) am 30. September

Zum 65. Geburtstag

Manfred Feldmann (Wels) am 15. September
Tassilo Redlich (Woltersdorf) am 22. September

Zum 60. Geburtstag

Ruf Thomas (Villingen-Schwenningen)
am 5. September
Andre Baunack (Picher, OT Jasnitz)
am 11. September

Wie immer gilt unsere Gratulation auch allen anderen Geburtstagskindern des Monats.

Rückzug aus dem Recht

Für die USA sind afghanische Bürger vogelfrei

Am 7. Oktober 2001 begannen die Vereinigten Staaten von Amerika unter Präsident George W. Bush einen Luftkrieg gegen Afghanistan. Seitdem haben reguläre US-Einheiten, Mörderbanden der CIA sowie im Auftrag des US-Verteidigungsministers operierende Söldner, darunter die US-Söldnerfirma Black Water, in Afghanistan unzählige Kriegsverbrechen begangen. Sie bombardierten Hochzeiten und Trauerfeierlichkeiten sowie Delegationen aus den Provinzen, die zur Amtseinführung von Hamid Karzai 2002 nach Kabul unterwegs waren. Unter US-Präsident Barack Obama sind Drohneneinsätze im Vergleich zur Amtszeit von Bush um das Zehnfache gesteigert worden. Für einen angeblichen Taliban-Kommandanten wurden 18 Zivilisten getötet.

Damit diese Kriegsverbrecher in Afghanistan nicht zur Rechenschaft gezogen werden können beziehungsweise dürfen, hat die US-Administration ihrer Marionette in Kabul ein Sicherheitsabkommen diktiert. Am 26. November 2013 drohte die US-Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice mit dem Abzug aller US-Soldaten aus dem Land bis Ende 2014, sollte der afghanische Präsident Hamid Karzai das geplante Sicherheitsabkommen nicht zügig unterschreiben.

Wie bekannt wurde, stehen diese Kriegsverbrechen am Hindukusch nun vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag zur Debatte. Am 5. März 2020 beschloß die Berufungskammer des IStGH einstimmig, die Anklägerin des Gerichtshofs zu ermächtigen, eine Untersuchung zu mutmaßlichen internationalen Verbrechen im Zusammenhang mit dem Geschehen in Afghanistan einzuleiten. Die Islamische Republik Afghanistan ist am 10. Februar 2003 dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs beigetreten, was dem Gerichtshof die Zuständigkeit für die Untersuchung und Verfolgung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verleiht, die seit dem 1. Mai 2003 auf dem Gebiet Afghanistans begangen worden sind. Damit ist der IStGH für alle Verbrechen zuständig, die im Hoheitsgebiet Afghanistans, auch von Staatsangehörigen von Nichtvertragsstaaten, verübt wurden. Dies trifft insbesondere auch für die Vereinigten Staaten von Amerika zu. Obwohl die USA aktiv an den Verhandlungen über das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs teilgenommen und das Statut am 31. Dezember 2000 unterzeichnet hatten, haben sie es jedoch nie ratifiziert.

Daher sind die Vereinigten Staaten rechtlich gesehen kein Vertragsstaat des Internationalen Strafgerichtshofs. Dies ist aber kein Freibrief und bildet keinen Schutz vor juristischer Verfolgung bei begangenen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Diese sind längst untrennbarer Bestandteil der US-Außen- und Interventionspolitik geworden. Da die USA kein Vertragsstaat des IStGH

sind, fühlen sie sich auch nicht an dessen Statut gebunden und lehnen es ab, mit dem Internationalen Strafgerichtshof zusammenzuarbeiten. Sie akzeptieren auch unter Berufung auf die eigene Souveränität die vom IStGH gefaßten Beschlüsse nicht, wenn ihre Staatsbürger davon betroffen sind. Das Argument der Souveränität gilt jedoch nicht in Bezug auf den Status von Einzelpersonen, die sich privat oder offiziell auf dem Territorium eines fremden Staates – in diesem Fall in Afghanistan – aufgehalten haben bzw. im Einsatz waren.

Die betroffenen Personen unterliegen sehr wohl den Gesetzen, einschließlich den Strafgesetzen Afghanistans. Demnach müßten sie in Afghanistan zur Rechenschaft gezogen werden. Dazu gehören Rechtsnormen, die sich aus den Vertragsverpflichtungen des Staates ergeben, in dem sich die US-Angehörigen aufhalten. Da Afghanistan das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs ratifiziert hat und ihm beigetreten ist, ist der Gerichtshof natürlich unabhängig von der Staatsbürgerschaft der Verdächtigen für die Untersuchung und Verfolgung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zuständig, die auf dem Territorium Afghanistans stattfanden. Nach dem internationalen Recht kann und dürfte die US-Administration ihre Bürger, die in Afghanistan Verbrechen begangen haben, nicht vor den rechtlichen Folgen ihrer Taten in Schutz nehmen. Wenn sie es tut, ist das ein Verstoß gegen das Völkerrecht. Der American Servicemembers' Protection Act, der 2002 auch vom US-Kongreß verabschiedet wurde, ermächtigt den Präsidenten, „alle notwendigen und angemessenen Mittel einzusetzen, um die Freilassung von Mitgliedern des US-Personals oder des Personals verbündeter Staaten zu erreichen, die vom, im Namen von oder auf Ersuchen des Internationalen Strafgerichtshofs festgenommen oder inhaftiert werden“. Das ist nichts anderes als eine Selbstermächtigung des US-Präsidenten, um mit „allen“ Mitteln, einschließlich militärischer Gewalt, begangener Verbrechen beschuldigte Landesbürger zu befreien.

Es ist, genau genommen, eine Kriegserklärung gegen die so oft beschworene Internationale Gemeinschaft. Diese respektlose Herangehensweise der USA gegenüber dem Internationalen Strafgerichtshof basiert auf einem sich selbst entlastenden Souveränitätsverständnis, das in offenem Widerspruch zum in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundsatz der „souveränen Gleichheit“ der Staaten steht. Sowohl in dieser Hinsicht, wie auch im Falle der territorialen Jurisdiktion, wird die Behauptung der US-Administration, der IStGH verletze die Souveränität der Vereinigten Staaten, nicht durch die rechtlichen Tatsachen gestützt, betont Prof. Dr. Hans Köchler, Präsident der International Progress Organization.

Während die USA stets darauf bestanden, die eigene Souveränität unter „allen“ Umständen zu verteidigen, waren sie maßgeblich an der Einrichtung von Sondergerichten für das ehemalige Jugoslawien und für Ruanda durch den UN-Sicherheitsrat beteiligt. Die USA messen mit zweierlei Maß und instrumentalisieren den IStGH für ihre eigenen Interessen, wie es ihnen gerade paßt. Die nur auf Machtpolitik und nicht am Recht orientierte Strategie der USA entlarvt sich auch darin, daß Washington den Internationalen Strafgerichtshof für Strafverfolgungsmaßnahmen gegen führende Politiker und Militärs der „Dritten Welt“, wie des Sudan und Libyens, beides Nicht-Vertragsstaaten den IStGH, gnadenlos nutzen. Die Entscheidung Trumps, die Einreise von Personen in die USA zu verbieten und sogar deren Vermögen zu beschlagnahmen, wenn sie ohne seine Zustimmung an den Bemühungen des IStGH beteiligt sind, gegen Bürger der Vereinigten Staaten zu ermitteln oder sie strafrechtlich zu verfolgen, stellt einen eklatanten Eingriff in die Unabhängigkeit der internationalen Justiz dar.

Man ist geneigt zu konstatieren, daß die Trump-Administration die Rechtsstaatlichkeit mit Füßen tritt.

Im Gegensatz zu Trumps Executive Order vom 11. Juni 2020 veröffentlichten 67 Mitgliedsstaaten des IStGH eine gemeinsame Erklärung als Antwort auf die Willkür des US-Präsidenten und betonten, daß ein ständiger internationaler Strafgerichtshof „ein wesentliches Element der multilateralen Architektur zur Aufrechterhaltung der Rechtsstaatlichkeit ist“. Sie forderten alle ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und andere mächtige Staaten dazu auf, dem Gerichtshof beizutreten. Solange sie dies verweigern, können Staaten die Durchsetzung nationaler Interessen auch weiterhin über die Rechtsstaatlichkeit stellen. Nach den Worten von David Scheffer, dem ehemaligen Sonderbotschafter der Vereinigten Staaten für Kriegsverbrechen und Mitglied des US-Verhandlungsteams in der Diplomatischen Konferenz der Vereinten Nationen zur Errichtung eines Internationalen Strafgerichtshofs, wird der Präsidialerlaß Trumps vom 11. Juni 2020 als ein Akt in die Geschichte eingehen, der einem „Rückzug aus der Rechtsstaatlichkeit“ gleichkommt.

Man braucht kein Prophet zu sein, um zu ahnen, wie sich die US-Administration im Falle einer Verurteilung seiner Bürger durch den Internationalen Strafgerichtshof wegen Kriegsverbrechen in Afghanistan verhalten werden. Ist ein Land wie die USA, das die Verletzung des internationalen Rechts zur Staatsdoktrin erhoben hat und Kriegsverbrecher mit allen Mitteln in Schutz nimmt, noch legitimiert, Sitz der Vereinten Nationen zu sein? Es wäre angebracht, den UN-Sitz in ein blockfreies Land zu verlegen.

Dr. Matin Baraki

Mörderisches Regime

Erklärung der Libanesischen Kommunistischen Partei

Am 7. August veröffentlichte die Libanesische Kommunistische Partei (LKP) eine politische Erklärung zur Explosionskatastrophe im Beirut Hafen und zu politischen Schlußfolgerungen.

Die LKP ruft dazu auf, das mörderische Regime und sein vom Ausland gestütztes politisches System zu stürzen.

Die LKP ist der Auffassung, daß die nationale Katastrophe, die sich nach der Zerstörung des Hafens und vieler Wohnviertel von Beirut ereignete, und die Hunderte Märtyrer und Tausende Verletzte kostete, nur als ein schweres Verbrechen betrachtet werden kann. Dieses Verbrechen wurde von einer politischen Macht begangen, auf deren Konto enorme Nachlässigkeit, Korruption und Mangel an nationaler Verantwortung gehen. Die LKP bekundet in diesem Zusammenhang allen Bürgern Libanons und hier Ansässigen, die ihre Angehörigen verloren haben, ihr tiefes Beileid. Sie bringt ihre höchste Solidarität mit Zehntausenden Bürgern zum Ausdruck, die jetzt die Kosten dieser Katastrophe bezahlen. Dazu möchte unsere Partei folgende Punkte hervorheben: Das gesamte politische System – nicht nur die Kabinette, die von 2014 bis jetzt gebildet wurden, sondern auch die seit 1992 etablierten – ist für dieses verheerende Verbrechen verantwortlich, unabhängig davon, welche direkten und welche technischen Faktoren die Explosion ausgelöst haben. Das gesamte politische System, das den Staat zu einem Apparat für politischen Klientelismus und für konfessionelle (im Original: sectarian) Bevorzugung machte, hat den Weg dafür geebnet, daß ein solches Verbrechen geschehen konnte. Darüber hinaus ließen alle konfessionellen Fraktionen des Landes, deren politische Programme stets mit auswärtige Entitäten verbunden waren, internationale Einmischung, insbesondere der USA, in innere politische Angelegenheiten zu. Diese Programme erschwerten dem Staat, auf die wirklichen Bedürfnisse des Volkes einzugehen und auf dieser Grundlage zu handeln, die jüngste Katastrophe eingeschlossen. In diesem Zusammenhang waren die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise, die eklatante Unfähigkeit, die einfachsten Dienstleistungen der öffentlichen Hand gegen die Corona-Epidemie zu gewährleisten, die Verschärfung der Elektrizitäts- und Treibstoffkrise, Teil der Katastrophe, die aber in der schrecklichen Explosion im Beirut Hafen kulminierte. Die LKP ist der Auffassung, daß unser konfessionelles politisches System es dem Staat und dem Volk schwermacht, dem Amerikanisch-Zionistischen Projekt in der Region Widerstand zu leisten, und daß wir keine Nation aufbauen können, die all der nationalen Opfer wert wäre, die seit Gründung des Landes erbracht wurden. Vorrang hat für unsere Partei jetzt: Die reformerischen Gruppen und Organisationen müssen ihre Anstrengungen vereinen, um die Regierung zum Rücktritt zu zwingen und an ihrer Stelle ein neues Übergangskabinett zu bilden, dessen

Minister nicht mit einer der Fraktionen des Landes verbunden sind. Solch eine Regierung hat höchste Priorität, um einen neuen, modernen, demokratischen und nationalen Staat zu schaffen. Nur solch ein Staat wird in der Lage sein, den drei Krisen, denen sich unser Land gegenübersteht, zu begegnen: der wirtschaftliche Zusammenbruch, der in vollem Gang ist, die Corona-Epidemie mit ihren gesundheitlichen Schäden, und die weitreichenden Auswirkungen der Explosion im Hafen von Beirut. In diesem Zusammenhang bekräftigt die Partei, daß das libanesische Volk heute an einem historischen Scheideweg steht, von dem aus es kein Zurück gibt, und daß die Explosion im Hafen einen neuen politischen Wendepunkt ermöglicht. Abgesehen von der katastrophalen Explosion kann dies eine Gelegenheit sein, das politische System zu erneuern und eine Etappe für einen neuen Gesellschaftsvertrag zu eröffnen.

Die LKP weist jeden Versuch zurück, Vorteile aus dieser nationalen Katastrophe zu ziehen oder ihre Auswirkungen und Folgen in andere Richtungen als nationale umzulenken. In dieser Hinsicht sollten die Solidaritätskampagnen der Bevölkerung, ihr ausgeprägter humanitärer Sinn und ihre Bereitschaft zu freiwilliger Arbeit die Basis sein, um den zukünftigen Libanon zu erbauen. Anstatt aber das Bedürfnis nach dieser neu gebildeten nationalen Bindung zu betonen, sind einige Kräfte dabei, diese Gelegenheit zu nutzen, um konfessionellen und regionalen Streit zu fördern. Die Partei bekräftigt, daß jetzt die Zeit für Einheit und nationale Solidarität ist und nicht für irgendeine spaltende, rassistische oder ausschließende Debatte. Im Besonderen weist die Partei alle Versuche der politischen oder konfessionellen Kräfte zurück, Vorteile aus diesem Verbrechen zu ziehen und zu versuchen, das innere Machtgleichgewicht neu zu justieren oder ausländische Mächte zur Einmischung in innere Angelegenheit zu bringen.

Die LKP ruft – angesichts des Mangels an Vertrauen in das herrschende System – dazu auf, ein ziviles Untersuchungskomitee zu bilden, das unabhängig von der politischen Macht ist. Es soll die Wahrheit aufdecken und die Verantwortlichen benennen. Solch eine Untersuchung wird dringend gebraucht, um zu wissen, wer für das Verbrechen verantwortlich war, und um alle Personen/Entitäten zu kennen, die auf Grund ihres Mißmanagements oder ihrer Nachlässigkeit verantwortlich sein könnten. Dieses unabhängige zivile Komitee ist die Garantie für die Libanesen, um die Wahrheit zu erfahren. An ihm müssen nationale und juristische Personen und Einrichtungen teilnehmen, die für ihre Professionalität und Unabhängigkeit bekannt sind, und die sich mehrheitlich am Aufstand vom 17. Oktober (am 17. Oktober 2019 begann eine erste Massendemonstration in Beirut gegen die sogenannte WhatsApp-Steuer. Trotz deren Rücknahme dauerten die Proteste monatelang an, RF) beteiligt haben. Die Partei glaubt, daß dieses Komitee

garantiert, daß die Libanesen kollektiv über den Weg dieser Untersuchung und Gerechtigkeit verfügen – fern von Vorurteilen, Unverständlichkeit und Internationalisierung. Die LKP betrachtet den Besuch des französischen Präsidenten als ein Extra-Signal für erneuerte internationale Unterstützung und Legitimierung des politischen Systems. In den vergangenen 30 Jahren stützten Frankreich und andere ausländischen Mächte das korrupte politische System. Diese Mächte finanzierten direkt die Staatseinrichtungen, die von korrupten politischen Fraktionen kontrolliert und gelenkt werden, und Frankreich war ein direkter Finanzier auf den Konferenzen Paris I, II und III (fanden 2007 statt, RF). Die französischen Behörden halten auch den Freiheitskämpfer George Ibrahim Abdallah (geb. 1951, 1984 verhaftet, 1987 zu lebenslanger Haft verurteilt, RF in Haft. Frankreich verletzt alle Urteile der französischen Rechtsprechung und beugt sich dem Druck, der von der US-Administration und der Zionistischen Entität ausgeübt wird. Die LKP ruft alle libanesischen Bürger auf, an ihrem Patriotismus festzuhalten, der sich als Sicherung unter allen schwierigen Umständen, durch die der Libanon gegangen ist, bewährt hat. Die Partei glaubt, daß das Ziel, einen modernen staatsbürgerlichen Staat aufzubauen, Vorrang hat vor allen Versuchen, die Position ausländischer Mächte zu begünstigen und sie mit Instrumenten und Ressourcen auszustatten, um sich in innere Angelegenheiten des Libanon einzumischen. Solche Aufrufe würden einen fruchtbaren Boden für fragmentierte Staatseinrichtungen bilden und die nationale Souveränität untergraben. Darüber hinaus waren Rufe danach, daß ausländische Mächte ein Mandat über das Territorium errichten, stets eines von vielen wichtigen Elementen, die von den politischen Eliten benutzt wurden; das politische System hat stets von der Legitimation durch ausländische Mächte profitiert. Die LKP würdigt und schätzt jedoch die Sachspenden, die medizinische Versorgung und die materielle Logistik, die von vielen Ländern, Organisationen und der libanesischen Diaspora bereitgestellt werden. Wir sind für diese globale Hilfe dankbar. Diese Beiträge bilden eine gute Basis für eine globale humanitäre Hilfe in Krisenzeiten. Die LKP versucht, sie mit Hilfe ihres Netzwerks linker Parteien überall in der Welt zu stärken.

Die Partei ruft zu einer raschen finanziellen Entschädigung für alle, die betroffen sind, auf. Die LKP drängt die Behörden, für wohnungslose Menschen in den Hotels und in unbewohnten Apartments Unterkünfte bereitzustellen. Außerdem ruft unsere Partei zu finanzieller, medizinischer und sozialer Hilfe für alle Haushalte auf, die von der Explosion betroffen waren, sowie dazu, Einwohner Beiruts und aller umliegenden Gemeinden von Steuern, Gemeindeabgaben, Strom- und Wasserrechnungen zu befreien – seien sie in diesem oder den kommenden Monaten fällig.

Die LKP betrachtet das gegenwärtige Stadium als eines des demokratischen Wandels schlechthin. Sie weist mit Festigkeit jeden Versuch der offiziellen Autoritäten zurück, irgendwelche Einschränkungen der Redefreiheit, der Vereinsfreiheit und der Versammlungsfreiheit anzuordnen. In diesem Zusammenhang sieht die Partei die Wichtigkeit der Ausrufung eines „Notstands“, warnt aber die Autoritäten, falls sie Absichten haben, dies als ständige Maßnahme einzurichten.

Die LKP drängt darauf, daß die Kräfte des nationalen Aufstands vom 17. Oktober den Impuls auf die Straßen tragen und die Konfrontation gegen das herrschende autoritäre System eskalieren, indem sie ihr

Alternativprogramm propagieren. Aus diesem Grund sollten alle politischen Gruppen, die unter dem Schirm der Bewegung vom 17. Oktober aktiv sind, ihre Kräfte zusammenlegen und ihre Bemühungen einen, um einen gemeinsamen politischen Rahmen zu schaffen. Dieser könnte die Führung bei der Organisation der nächsten Welle der Erhebung übernehmen. In diesem Rahmen ruft die Partei auf, sich am Sonnabend, dem 8. August um 16 Uhr auf dem Märtyrerplatz unter den Losungen, die in dieser Erklärung enthalten sind, zu versammeln und zu demonstrieren. Die LKP drängt parallel alle ihre Mitglieder, sich bei Hilfsorganisationen zu engagieren, um verletzten Menschen zu helfen, um Schutt zu beseitigen und umgebende Gebiete zu

säubern sowie Unterkünfte für Wohnungslose bereitzustellen. Schließlich ruft die LKP ihre Mitglieder und Unterstützer auf, sich stets auf dem neusten Stand zu halten, und fordert sie zu höchstmöglicher politischer und organisatorischer Bereitschaft in dieser empfindlichen Situation auf. Das ist außerordentlich wichtig, um die politischen Ziele des Aufstands zu erreichen. Und um den schnellsten Übergang hin zu einem neuen Libanon abzusichern – ein Land, dessen Werte auf Modernität, Freiheit, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit beruhen.

Übersetzung aus dem Englischen:
Arnold Schölzel

Dreister Plan

Nicaragua: In zwei Jahren wollen die USA einen neuen Putsch versuchen

Ein Dokument kursierte an diesem Freitag, dem 31. Juli, im Programm „Ohne Grenzen“ von Radio La Primerísima. Es enthüllt einen von den USA initiierten und finanzierten Plan, um in den nächsten zwei Jahren einen neuen Putschversuch in Nicaragua zu starten, in der Annahme, daß Präsident Daniel Ortega die Wahlen 2021 gewinnen könnte.

Das 18seitige Dokument ist eine Art Handlungsvorschlag, um ein Unternehmen zu beauftragen, den subversiven und interventionistischen Plan, der den Code RFTOP No: 72052420R00004 mit dem Titel „Responsive Assistance in Nicaragua“ (Empfangsbedürftiger Beistand in Nicaragua) hat, zu übernehmen.

Im Vertragsentwurf wird detailliert dargestellt, daß das beauftragte Unternehmen die Aufgabe übernimmt, einen Phasenplan vor, während und nach den Wahlen 2021 vorzubereiten. Die Fonds, um besagten Plan zu starten, der von der Zivilgesellschaft Nicaragua genutzt werden soll, um das Land zu destabilisieren, werden von den USA über die Internationale Agentur für Entwicklung (AID) in Zusammenarbeit mit der USAID bereitgestellt. Das Dokument enthält drei Szenarien des von den USA so bezeichneten „demokratischen Übergangs in Nicaragua“.

Das erste Szenarium spricht davon, eine neue Krise zu schaffen, die den verfassungsmäßigen Präsidenten Daniel Ortega zwingt, zurückzutreten.

Das zweite Szenarium besagt, durch eine „selbst verursachte Krise“ vorgezogene Wahlen zu provozieren, die von der Opposition gewonnen werden.

Das dritte Szenarium beschreibt, was zu tun ist, wenn die FSLN mit scheinbaren Ergebnissen die Wahlen gewinnt oder die Ergebnisse von der nicaraguanischen Bevölkerung und der internationalen Gemeinschaft nicht anerkannt werden.

Der Plan geht nach Berichten der eigenen Agenten der USA auch davon aus, daß Daniel Ortega und die FSLN die Wahlen 2021 in

transparenter Form gewinnen könnten. Der Plan stellt die Mittel bereit, um die Bedingungen für einen Staatsstreich in Nicaragua mittels der einheimischen Partner, von den USA „Zivilgesellschaft“ genannt, der Medien, Unternehmern und Studenten zu schaffen.

Ein anderer Aspekt, den das Dokument aufklärt: Sollte es die Opposition schaffen, die Wahlen gegen die FSLN zu gewinnen, muß sich die neue Regierung sofort der Politik unterordnen, die von der AID festgelegt wird. Die Grundlinien dieser Politik sind bereits entworfen.

Gemäß Putschplan wird dann die Opposition, wenn sie die Macht übernimmt, die politische Verfolgung der sandinistischen Mitglieder einleiten und die Polizei, die Armee und andere Institutionen Nicaraguas auflösen.

Die AID macht klar, daß der innere Druck im Lande den Putsch provozieren muß. Deshalb ruft sie die Akteure dazu auf, die politischen und wirtschaftlichen Probleme zu vertiefen, auch die des Gesundheitswesens im Zusammenhang mit Covid-19.

Sollte sich abzeichnen, daß 2021 die FSLN die Wahlen gewinnt, plant die AID einen verzögerten oder unerwarteten Übergang. In diesem Fall schließt das Papier konkrete Aktionen ein, um den Umsturzplan solange fortzusetzen, bis das Ziel, die Sandinisten von der Macht zu vertreiben, erreicht ist.

Trotz des vielen Geldes, das die Opposition in Nicaragua bisher seitens der USA erhielt (mindestens 31 Millionen US-Dollar zwischen 2017 und 2020), gibt die AID zu, daß es die Opposition bisher nicht schaffte, sich um eine politische Partei oder einen Kandidaten herum zu vereinen.

„Zwischen den Bauernorganisationen und der übrigen Opposition gibt es laufend Konflikte. Studenten mißtrauen immer öfter den Unternehmern“, erklärte die AID in bezug auf die Zusammenarbeit gemäß Interventionsplan in Nicaragua.

Sie fordert die Unternehmer auf, sich auf abrupte Veränderungen in den vorgesehenen

Szenarien einzustellen und fähig zu sein, schnell auf die neuen Anforderungen zu antworten, um eine neue Regierung einzusetzen. Falls die OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) sich entscheidet, erneut Druck auf die Wahlreform auszuüben, könnte dies ein wichtiges Signal für den internationalen Druck sein, obwohl man weiß, daß die sandinistische Regierung in der Lage ist, dieser Art von Einmischung zu widerstehen.

„Die Opposition kann die Teilnahme negieren oder die Teilnahme zu ihrem Nachteil akzeptieren, wenn sie noch glaubt, gewinnen zu können. Es ist auch möglich, daß die Regierung nach den Wahlreformen und gerechten Wahlen an der Macht bleibt“, wird in einem Teil des Dokuments gesagt.

In dieser Situation muß die AID darauf vorbereitet sein, sofort zu antworten und die Zivilgesellschaft auf den Weg bringen, damit diese Maßnahmen einleitet, die das Land destabilisieren. „Andererseits kann ein verzögerter Übergang eine größere Dringlichkeit in der Forschung und Planung für die USAID und die Führung der Zivilgesellschaft mit diskreten Formen der technischen Beteiligung erforderlich machen und wenn notwendig, ihr einen Impuls zu geben oder ihre Fähigkeit zu unterstützen, um den zukünftigen Übergang zu befördern“, beschreibt der Putschplan.

Die USAID wird die Aktivitäten finanzieren, um das Land zu destabilisieren. Sie wird die einheimischen Partner, die Analyse der öffentlichen Meinung und das Monitoring der sozialen Netze nutzen.

Im Dokument wird auch die Teilnahme der Botschaft der USA in Managua detailliert dargestellt. Sie wird beauftragt, eine Reihe von diplomatischen Aktionen durchzuführen, wie die Schaffung einer Kommission, um eine neue Regierung, die durch einen Putsch eingesetzt wurde, zu legitimieren.

Quelle: totillaconsal.com

Übersetzung aus dem Spanischen:
Wolfgang Herrmann

Selbstmörderische Ignoranz

Michail Gorbatschow hat ein neues Buch herausgebracht

Die Menschheit hat den Anfang eines neuen Jahrhunderts überstanden. Wird sie auch das Ende erreichen? Schwer, eine sichere Antwort zu geben, denn die Grundfesten des gewohnten Weltgebäudes stürzen zusammen und der Zusammenbruch gibt immer wieder neue Rätsel auf.

Der Kapitalismus hat jedenfalls bewiesen, daß er nicht fähig und nicht bereit ist, gesellschaftlichen Fortschritt zuzulassen. Sein Lebenselixier ist der Profit. Die Ausbeutung des Menschen und der Völker ist sein Credo. Der Krieg ist ein Mittel dafür und Instrument seiner Existenzsicherung. Das 20. Jahrhundert mußte zwei Weltkriege und zahlreiche andere Unterdrückungskriege erleben. Das 21. Jahrhundert sieht sich mit Kriegen in Europa (Jugoslawien), dem Nahen Osten (Irak), Asien, Afrika und Lateinamerika konfrontiert.

Den falschen Friedenspropheten darf keine Chance gegeben werden. Denn nach der Niederlage der sozialistischen Staaten in Europa wähen die Ideologen und Politiker des Kapitals, erneut „Beherrscher der Gedanken“ und „Vollstrecker“ der Geschehnisse der Menschheit zu sein. Sie versuchen darüber hinwegzutäuschen, daß antagonistische Widersprüche und kapitalistische Konkurrenz stärker sind als subjektiver Wille.

Angesichts der erneut europaweit bestehenden kapitalistischen Eigentums-, Macht- und Kräfteverhältnisse sowie der bestimmenden Rolle der Monopole und der Generäle über die Politik gilt auch für die Gegenwart, daß die Kapitalisten die Welt nicht etwa aus besonderer Boshaftigkeit unter sich aufteilen, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration des Kapitals sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen.

Vor diesem Hintergrund hat Michail Gorbatschow das Buch „Was jetzt auf dem Spiel steht“ im Siedler-Verlag veröffentlicht. Warum? Medienvertreter nennen die Publikation „Testament“, andere bezeichnen sie als Programm.

Stellen wir zunächst fest: Seine Politik hat einen entscheidenden Anteil daran, daß die Kräfte, die über weite Strecken des vergangenen Jahrhunderts für Aufklärung und anti-imperialistische Aktion, für den Sieg über den Faschismus, für erste Schritte auf dem Weg zu einer Gesellschaft der Gleichen und des Friedens gesorgt haben, geschlagen wurden.

Ihm geht es aber nicht darum zu beweisen, daß die Krise des Kapitalismus die Gefahren und die Kriege reproduziert. Seine Sorge reduziert sich vor allem darauf, daß

die Verträge nicht eingehalten werden, die durch sein aktives Wirken abgeschlossen wurden. Kriegsgefahren und Kriege entstehen also entsprechend solcher Sicht nicht aus gesellschaftlichen, ökonomischen, politischen und ideologischen Ursachen, sondern aus nicht eingehaltenen Verträgen – so Gorbatschow.

Weiter „Neues Denken“



Unter der Überschrift „Militarisierung der Weltpolitik“ stellt er zu Beginn fest, daß sich die Weltpolitik in eine äußerst gefährliche Richtung entwickelt, was ohne Zweifel stimmt. „Militaristische und destruktive Tendenzen nehmen zu. Der Abbau des Systems zur atomaren Rüstungsbegrenzung schreitet voran.“ Er begründet das mit nicht eingehaltenen Verträgen. Aber, warum wurden die Verträge nicht eingehalten? Dazu gibt es nicht einmal einen Ansatz für klärende Überlegungen. „Seit Mitte der neunziger Jahre setzte aber eine gegenläufige Tendenz ein: die schrittweise Remilitarisierung des Denkens und Handelns, eine kontinuierliche Steigerung der Militärausgaben und ein Abbau der Rüstungsbeschränkungen“, schreibt er. Stimmt. Aber warum? Es stellt sich die

Frage: Waren die Aggressionskriege gegen Jugoslawien, die zur Zerschlagung des Staates führten und von 1991 bis ins 21. Jahrhundert dauerten, nicht doch etwas mehr? Es war der erste imperialistische Krieg gegen einen Staat in Europa nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges durch den Sieg der Antihitlerkoalition, der auch heute noch gültige Lehren zu vermitteln hat.

Mit Blick auf die Zerschlagung der UdSSR, auf die Kriege in und zwischen ehemaligen Sowjetrepubliken (Südosteuropa, Transnistrien, Bergkarabach), auf die Kriege im Kongo, Eritrea u.a. muß man feststellen, daß es um Wafeneinsatz zur Erreichung politischer Ziele des Imperialismus, um Rohstoffe, Absatzmärkte und strategische Verbindungen geht.

Warum aber Remilitarisierung, die ja nicht zum ersten Mal in Europa stattgefunden hat? Hat das nicht etwas mit den Kriegen und nicht nur mit den von ihm unterzeichneten Verträgen zu tun? Ging es nicht „auch“ um die Ausrottung des Sozialismus, um die Zerschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung und die Existenzsicherung des Kapitalismus?

Und welche Rolle spielt in diesem Zusammenhang das „neue Denken“, diese „entideologisierte“ Beurteilung solcher Vorgänge im Kampf zwischen den Klassen – und wohin hat es geführt? Ohne Zweifel hat es ein Eindringen sozialdemokratischen Gedankenguts in die Gesellschaft der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten in Europa möglich gemacht. Für Gorbatschow ist dieses „Denken“ weiterhin gültig.

Weiterhin „Entideologisierung“

Das „neue Denken“ wurde 1988 auf der UN-Vollversammlung auf die Außenpolitik übertragen. In seinem Buch behandelt Gorbatschow die internationalen Beziehungen danach

als systemloses Mosaik, in dem er und die USA in Gestalt der amerikanischen Präsidenten, gehandelt haben.

Gorbatschow, Jakowlew & Co. haben das „neue Denken“ schon mit ihrem Reformansatz eingeführt und es dann nachträglich mit der bestehenden atomaren Gefahr und den anderen globalen Problemen begründet. Daraus schlossen sie auf die Notwendigkeit einer der Klasseninteressen übergreifenden internationalen Zusammenarbeit. Sie vertraten die naive Ansicht, es genüge, neue internationale politische und moralische Regeln zu verkünden, damit das gesamte System auf den Weg zu einer „neuen Zivilisation“ gebracht werden könne. Sie simplifizierten internationale Vorgänge, unterschlugen die unterschiedlichen

inneren und internationalen sozialökonomischen Strukturen und glaubten offensichtlich daran, die amerikanischen Konzerne durch ihr Beispiel anregen zu können, zu einer radikalen Rüstungsbegrenzung und zu einer friedlichen Zusammenarbeit mit den sozialistischen Staaten überzugehen. Diese Grundauffassung von Gorbatschow findet auch hier zum Beispiel in Fragen der Abrüstung ihren Niederschlag. Selbstmörderische Ignoranz charakterisiert auch heute noch seine Standpunkte, auf deren Grundlage er uns sagen will, „was jetzt auf dem Spiel steht“. Er übergeht die Tatsache, daß seine Ignoranz schon seit 1985 den USA die Möglichkeit einräumte, sich die Hegemonie in den internationalen Beziehungen zu sichern.

Charta von Paris

Ein positives Ergebnis sieht Gorbatschow in dem „historischen Dokument“ der „Charta von Paris“ aus dem Jahr 1990, die „gleiche Sicherheit für alle“ gebracht habe. Damit ist er auch terminologisch auf dem Niveau der USA, der NATO und ihrer führenden Mächte angelangt.

Bei der Würdigung der Charta „vergißt“ er zudem die Helsinki-Konferenz, die KSZE-Schlußakte von 1975 mit ihren Prinzipien und Folgetreffen. Laut Gorbatschow wurden erst mit der Charta „Beziehungen ‚auf der Grundlage gegenseitigen Respekts und der Zusammenarbeit‘ gepflegt“. Innenpolitisch habe man „die Demokratie als einziges Regierungsprogramm in unseren Ländern aufbauen, festigen und stärken“ können. Und schließlich hält er für hervorhebenswert: „Die Länder Europas und Amerikas erklärten, daß sie in Zukunft gemeinsame Werte verfolgen“. Gehörte die Aggression gegen Jugoslawien zur Verwirklichung „gemeinsamer Werte“?

Gorbatschow meint, mit der Charta sei „die Ära der Konfrontation und Spaltung in Europa ... vorbei“ gewesen. Nichts davon, daß mit der Charta die Staaten Osteuropas generell auf die kapitalistische Marktwirtschaft eingeschworen wurden. In der Charta heißt es dazu: „Wir unterstreichen ferner die Notwendigkeit, sie in zunehmendem Maß – mit den damit verbundenen Auflagen und Vorteilen – in das internationale Wirtschafts- und Finanzsystem einzubeziehen“. Die NATO-Mächte waren bereit, ihre Interessen, zu denen auch diese Forderung gehörte, mit Krieg durchzusetzen.

Gleiche Sicherheit?

In der Charta von Paris wurden laut Gorbatschow vor allem drei Grundsätze formuliert: „gleiche Sicherheit für alle“, „Aufbau der Demokratie“ und „Wahrung der Menschenrechte“. Gleiche Sicherheit für alle sei Grundvoraussetzung für alles. Man fragt sich, ob das auch für die Osterweiterung der NATO bis dicht an die Grenzen Rußlands Gültigkeit hat? Weder die UN-Charta noch die KSZE-Schlußakte enthalten einen solchen Grundsatz. Dort werden vielmehr die Prinzipien der Gleichheit, der Souveränität, die Nichtandrohung und Nichtanwendung von Gewalt, territoriale Integrität und

Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten genannt. Sie müssen „nur“ von allen Unterzeichnerstaaten eingehalten werden. Statt alle Kräfte darauf zu konzentrieren, wird eine verschwommene Formel eingeführt, die endlos interpretierbar ist und daher in der Praxis der internationalen Beziehung ein äußerst gefährliches Instrument darstellt.

Hinzu kommt, daß zur Einführung neuer Grundsätze auch die Möglichkeit ihrer Durchsetzung gehört. Innerstaatlich sind das die Legislative, Exekutive und die Judikative. International sind die UN-Charta und die KSZE-Schlußakte wichtige Instrumente und deshalb so wertvoll und schützenswert. Die Formel „gleiche Sicherheit“ ist in der Praxis der internationalen Beziehungen dazu geeignet, bestehendes Gutes aufzuweichen und zu zerstören. Sie gefährdet den Rang und die Bedeutung der vereinbarten Prinzipien.

Schon in den Verhandlungen über vertrauensbildende Maßnahmen hatten die USA es darauf abgesehen, das ganze Regime der völkerrechtlichen Vereinbarungen im Bereich der strategischen Stabilität der Rüstungskontrolle zu demontieren. Warum wird das von Gorbatschow „übersehen“?

Und noch eine weitere Erfahrung gilt es zu berücksichtigen: Die bisher etablierten Grundsätze und Prinzipien des Völkerrechts sind niemals im luftleeren Raum entstanden. Ihre Formulierung und Kodifizierung basierten immer auf Kräfteverhältnissen und auf praktisch-politischen Erfahrungen der Handelnden.

Worte und Taten

Ein Beispiel für die Verfälschung politischer Vorgänge und der Prinzipien der UN-Charta und der Schlußakte von Helsinki durch Neuinterpretation auf der Grundlage des „neuen politischen Denkens“ und der Formel „Sicherheit kann niemals einseitig“ sein, gibt Gorbatschow unter der Überschrift „Freiheit – Worte und Taten“.

Er schreibt: „Ein weiteres wichtiges Prinzip (der Charta von Paris, A. L.) war die Wahlfreiheit, also das Selbstbestimmungsrecht.“ „Das haben wir in der Sowjetunion den Völkern unseres großen, aus vielen Volksgruppen bestehenden Landes eingeräumt.“ Kam es deshalb zum Zerfall der UdSSR?

Nach dem gleichen Muster, Wahlrecht und Selbstbestimmung, rechtfertigt er auch die konterrevolutionären Umstürze, die in der DDR und in den anderen sozialistischen Staaten Europas stattgefunden haben. „Wir haben unser Engagement für dieses Prinzip in der Praxis bewiesen“, schreibt Gorbatschow, „Diese friedliche Revolution und, ganz allgemein, ein neues, demokratisches Europa wären nicht möglich gewesen ... ohne Glasnost und Perestroika.“ Deren Hauptverfechter ist er selbst. Er leitet daraus ab, daß Rußland das Recht habe „zu erwarten, daß in diesem neuen Europa die Sicherheitsinteressen unseres Landes berücksichtigt werden“. Vielleicht als Anerkennung? Auf jeden Fall stellt sich die Frage, wo die „gleiche Sicherheit für alle“ bleibt, ohne daß man sie „erarbeiten“ muß?

Zu seinen widersprüchlichen Ausführungen gehören auch jene, die sich auf die „Wiedervereinigung“ Deutschlands beziehen. „Ich wurde gefragt“, führt Gorbatschow aus, „ab wann mir klar war, daß der Zug, der auf die Wiedervereinigung zurollte, nicht mehr aufzuhalten war. Vielleicht nach dem Treffen mit Modrow Ende Januar 1990? Nein, damals waren wir schon darüber informiert, daß der Zerfall der Staatlichkeit der DDR begonnen hatte. ... Die Frage, ob wir einer Wiedervereinigung zustimmen würden, stellte sich dabei gar nicht erst. Es war nämlich schon klar, daß sie stattfinden würde ...“ Nach dieser Logik war die Führung der Sowjetunion unter Gorbatschow nicht aktives, handelndes Subjekt, sondern war gezwungen, den auf sie zukommenden Ereignissen zuzustimmen. In Wirklichkeit hatte sie weitgehend die Fähigkeit und den Willen zu einer nüchternen Beurteilung des internationalen Kräfteverhältnisses und der außenpolitischen Strategien des politischen Gegners eingebüßt.

Sein „Deutschland-Berater“ Wjatscheslaw Daschtschew klärt uns auf, wie es zu diesem Zustand gekommen ist. Die Frage der Wiedervereinigung tauchte mit dem „neuen Denken“ und dem „gesamteuropäischen Haus“ auf, denn „... das gemeinsame europäische Haus (konnte) ohne die Überwindung der deutschen Teilung nicht aufgebaut werden“.

Im Interesse bestimmter Ziele war Gorbatschow also bereit, die Revision der traditionellen Konzeption der Sowjetunion zur Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems, ein Herzstück der Außenpolitik des Sowjetstaates, durchzusetzen. Gorbatschow & Co. strebten nicht mehr ein europäisches Sicherheitssystem an. Ein zentrales Anliegen bestand vielmehr darin, in den westeuropäischen Binnenmarkt integriert zu werden.

Mit der Niederlage des Sozialismus in Europa und dem Verlust seines Einflusses haben sich die negativen Wirkungen potenziert und erreichten, wie z. B. gegenüber der DDR, einen unehrlichen Charakter. Abgewandelt könnte man sagen: Er wurde Teil von jener Kraft, die stets das Gute sagt und Böses schafft!

Schluß

Auch mit dieser Publikation bleibt Michail Gorbatschow weit hinter den Anforderungen zurück, die sich aus den zunehmenden Gefahren in den internationalen Auseinandersetzungen ergeben. Er vermag es nicht, die entscheidenden Ursachen für die vielfältigen Gefahren für den Frieden und die Existenz der Menschheit zu erkennen. Seine Überlegungen bleiben in einem allgemeinen Krisenmanagement stecken, weil er weder die sozialökonomischen Grundlagen der internationalen Beziehungen noch die Entwicklung der Systemwidersprüche, der internationalen und monopolistischen Konkurrenz und deren Interessengegensätze beachtet. Der Krieg wird mit derart irreführenden Parolen nicht verhindert.

Krieg gegen Korea

Ein Gedenken an die Opfer des Aggressionskrieges der USA und anderer Staaten gegen die Koreanische Demokratische Volksrepublik (25. Juni 1950 bis 27. Juli 1953)

Die 1910 in Petersburg geborene Eva Priester hat sich als Kommunistin vielfältig engagiert, in jungen Jahren zuerst in Berlin, dann, nach der Machtübergabe an Adolf Hitler in Deutschland, seit 1933 in Prag. Von dort mußte sie 1939 wieder vor den Deutschen fliehen, diesmal nach Großbritannien, von wo sie 1945 nach Wien kam. Das Mitgefühl von Eva Priester mit den Unterdrückten und Opfern zeigt sich nicht zuletzt in ihren eigenen Gedichten und Nachdichtungen. Weil Eva Priester hellichtig war und ein Herz hatte, kämpfte sie zeitlebens gegen den Imperialismus, dessen Barbarei sich auch in der Gegenwart tagtäglich manifestiert. Nichts hat sie verschwiegen oder verschleiert.

Im Mai 1951 machte Eva Priester, die sich in vielen Sprachen verständigen konnte, als Mitglied einer Internationalen Frauendelegation eine Reise durch die Koreanische Volksrepublik. Auf die Frage der Delegation an koreanische Gesprächspartnerinnen, „Was können wir tun? Wie können wir helfen?“ erhielt diese immer die gleiche Antwort: „Sagt der ganzen Welt, was ihr hier gesehen habt! Die Mehrheit der Menschen auch in euren Ländern ist ehrlich und anständig. Wenn sie erfahren, was die Amerikaner in unserem Lande tun, werden sie ihnen nicht erlauben, weiter zu morden“. Das war der Anstoß für Eva Priester, nach ihrer Rückkehr nach Wien in kurzer Frist mit ihren Aufzeichnungen die Broschüre „Korea. Ein Augenzeugenbericht vom modernen Vernichtungskrieg“ zu veröffentlichen (31 Seiten, Bund demokratischer Frauen Österreichs, Wien 1951). Wer über das Gratislexikon Wikipedia zum Korea-Krieg ohne Vorwissen Informationen sammelt, wird in die Irre geführt. Auf Wikipedia wird fast alles, was den Imperialismus des Westens und seine Kriege irgendwie kritisieren könnte, verhüllt oder auf den Kopf gestellt.

Nach dem Sieg der Roten Armee über die durch systematische Kriegsverbrechen bekannte japanische Kwangtungarmee und nach der Befreiung Koreas im August 1945 wurde entsprechend alliierter Vereinbarungen das Gebiet südlich des 38. Breitengrades von US-Truppen besetzt. Im Norden wurde auf der Grundlage von Volkskomitees ein volksdemokratisches System angestrebt. Das bedeutete Entmachtung der alten herrschenden Schichten, die mit den japanischen Faschisten gemeinsame Sache gemacht hatten, das Land wurde den Bauern gegeben. Die USA dagegen installierten im Süden Koreas mit Li Sing Man ein abhängiges Marionettenregime. 1948 zog die UdSSR ihre Truppen aus der im September 1948 errichteten Koreanischen Demokratischen Volksrepublik mit ihrem Ministerpräsidenten Kim Il Sung, ab. Dagegen

bauten die USA ihre Militärlager in Südkorea weiter massiv aus und rüsteten diese mit modernen Waffen aus. Am 26. Jänner 1950 schlossen die USA ein Abkommen mit Südkorea über gemeinsame Verteidigung und gegenseitigen Beistand. Es diente den Aggressionsvorbereitungen, wozu Grenzprovokationen gehörten.

Am 25. Juni 1950 begann die südkoreanische Li Sing Man-Diktatur auf Weisung

war, speziell Industrieeinrichtungen bombardiert und massenweise bakteriologische Kampfmittel eingesetzt. Der Atombombeneinsatz war von der USA erwogen worden. Zum Waffenstillstand ist es dann am 27. Juli 1953 gekommen.

Truman hat wie John F. Kennedy, der den US-Krieg in Vietnam mit seinen ungeheuren Gräueln definitiv ausgeweitet hat, oder wie Barack Obama, der vor ein paar Jahren



Bombardierung von Wonsan in der KDVR durch die USA 1951

von Präsident Harry S. Truman den offenen Krieg gegen Nordkorea. Truman war mit seiner Regierung nach innen und außen ohne jeden humanitären Ansatz, er setzte die US-amerikanischen Interessen mit brutaler Gewalt durch. Ohne Zögern hatte er schon befohlen, die Atombombe auf Hiroshima und Nagasaki zu werfen und die antikommunistische Kampagne des Senators Joseph McCarthy als Staatsdogma durchzusetzen. Daß es am 7. Juli 1950 im Sicherheitsrat der UNO zu einem Beschluß zur Aufstellung sogenannter UN-Streitkräfte aus mehreren Ländern zur Unterstützung der „Republik Korea“ (Südkorea) kam, war durch die von den USA durch Beleidigungen provozierte Abwesenheit des sowjetischen Vertreters, der also kein Veto einlegen konnte, bedingt. Die USA wollten ganz Korea als Basis gegen die Sowjetunion und China besetzen. Nordkorea konnte mit seiner Volksarmee und dank des Freiheitswillens seiner Bevölkerung sowie dank der praktischen wie ideellen Solidarität der sozialistischen Länder und der Weltfriedensbewegung die US-Aggression trotz ungeheurer Verluste gerade noch überleben. Die US-Truppen hatten Flächenbombardements gegen die Zivilbevölkerung in Städten und Dörfern verübt, sie hatten, als das Ende des Krieges in Sicht

das Drohnenmorden eingeführt hat, die von den Leitmedien der USA und Europas artikulierten „moralische Mehrheit“ hinter sich gehabt. Der US-Imperialismus stellte den Koreakrieg so dar, als wollte er dem Fernen Osten und seinen Völkern Freiheit und Recht bringen und sie vor dem Sozialismus schützen. Immer wieder versuchen die USA Freiheitsbewegungen in Korea, China, Indonesien, Vietnam, Thailand, Burma und Indien sowie in Lateinamerika oder Afrika abzuwürgen. Ihre auf Gewalt fußende Außenpolitik wird von den zur Konkurrenz aufsteigenden europäischen Zentralmächten unterstützt. Wissentlich wird überall im Einvernehmen mit den Leitmedien gelogen. Völkerrechtswidrig wird, wenn das System der Korruption ausläßt, Europas „militärischer Humanismus“ mit intensiven Bombardements praktiziert, in Jugoslawien (1999), gegen Afghanistan (2001), wieder gegen den Irak (2003) und gegen Libyen (2011). Österreich schweigt oder tut verdeckt mit, weil seine Eliten aus dem Blutgeld ihren Profit ziehen.

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler
Wien

(Übernommen aus Zeitung der Arbeit, Wien, vom 25. Juni 2020)

Die „Siegesparade“ von Brest

Eine antisowjetische Erfindung des Kalten Krieges

Seit August 1939 versuchten die Nazis, der Welt ein angeblich deutsch-sowjetisches Bündnis zu suggerieren, worauf der Westen aber nicht hereinfiel.

Mit dem Kalten Krieg war man bemüht, den Haß der Völker auf den Faschismus in Richtung der nach der Befreiung populären Sowjetunion zu kanalisieren. Der UdSSR sollten imperialistische Absichten und aggressive Handlungen angedichtet werden.

Deutschsprachige Autoren waren hierbei besonders rührig, konnte man doch so von deutschen Kriegsverbrechen ablenken und sie relativieren. Die Bündnisbehauptung wurde daher reaktiviert, für Propaganda und Wissenschaft salonfähig gemacht.

Da sich das komplizierte deutsch-sowjetische Vertragswerk hierfür kaum eignete, brauchte man Bilder, die das scheinbar eindeutig belegten. So kam man auf die angebliche deutsch-sowjetische Siegesparade am 22. September 1939, bei der hohe deutsche und sowjetische Offiziere scheinbar einträchtig auf der Tribüne standen, was von der Deutschen Wochenschau vom 27. September gefilmt worden war.

Diese belebten Bilder gingen um die Welt – und es wurde ihnen geglaubt. Diese „Siegesparade“ bildete jahrzehntelang das Kernstück eines angeblichen Beweises für ein deutsch-sowjetisches Bündnis und einer Waffenbrüderschaft. In Polen glaubt man das seit nunmehr 80 Jahren.

Sich dieser Lüge entgegenzustellen, war schwierig, nahezu unmöglich, da damit zugleich die Frage nach den geheimen Zusatzprotokollen auftauchte, deren Existenz von sowjetischer Seite bestritten worden war. Hier war die UdSSR immer in einer – auch in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung – schwachen Position.

Die „Siegesparade“ blieb damit ein angeblich unanfechtbarer und für jedermann sichtbarer Beleg für eine deutsch-sowjetische Kumpanei.

Nach Offenlegung aller Dokumente kam es in der UdSSR zu keiner nachholenden ordentlichen Aufarbeitung. Im Gegenteil. Die Perestroika-Führer kapitulierten vor der westlichen antisowjetischen Sichtweise in Form des von Alexander Jakowlew initiierten und von Michail Gorbatschow unterzeichneten Beschlusses des Volkskongresses vom 24. Dezember 1989. In diesem Dokument, das von historischen Ungenauigkeiten, Legenden und moralisierenden Schuldzuweisungen an die sowjetische Adresse nur so strotzte, wurden die strategischen Schutzmaßnahmen der UdSSR und der Befreiungsfeldzug der Roten Armee als Ausdruck „imperialer Ambitionen“ denunziert. Damit wurde auch nationalistischen Kräften im Baltikum eine moralische Rechtfertigung für ihren Separatismus geliefert.

Nachdem die opportunistischen Totengräber der Sowjetunion historisch abgetreten sind, hat sich Rußland wieder seiner nationalen

Größe besonnen und kann in diesem Zusammenhang eine realistische Beurteilung seiner jüngeren Geschichte einfordern. Dazu gehört auch die Wahrheit über die sogenannte „Siegesparade“.

Doch was hat sich am 22. September 1939 in Brest am Bug tatsächlich zugetragen?

In einem geheimen Protokoll (kein Militärabkommen) hatte sich die deutsche Seite am 20. September in Moskau verpflichtet, einen Teil der von ihnen besetzten Gebiete zu räumen und der Roten Armee zu überlassen. Dazu gehörte auch Brest, das Zentrum der Wojewodschaft Polesie. In dieser größten polnischen Provinz lebten offiziell (1931) fast 78 % Ostslawen (Belorussen, Ukrainer, Russen), auf den Dörfern über 85 %. 14 % waren Polen, zumeist Gutsbesitzer oder Angestellte, die zu 25 % in den Städten wohnten. 25 % der Ostslawen waren ebenfalls Stadtbewohner. In Polesie lebten außerdem fast nur arme Juden (10 % der Bevölkerung), die die Hälfte der Städte bevölkerten. Polesie war seit 1919 das Zentrum des antipolnischen prosovietischen Widerstandes mit zeitweiliger Partisanentätigkeit, revolutionärer Bauernbewegung und gut organisierten Kommunisten. Hier wurden die Rotarmisten als Befreier von polnischer Fremdherrschaft freudig begrüßt.

Brest war damals von den Deutschen eingenommen worden. Es gab also weder einen Feind, den man gemeinsam hätte besiegen müssen, noch eine Demarkationslinie, wie seither behauptet, da der Bug die Stadt teilte. Zu diesem Zeitpunkt spielte der Bug bei Brest für beide Seiten noch keine Rolle.

Bis zum Mittag des 22. September traf die sowjetische 29. Panzerbrigade unter Brigadekommandeur Semjon Mossejewitsch Kriwoschein (1899–1978) in Brest ein.

Kriwoschein hatte den Befehl zum Einrücken in Ostpolen erst am 17. September, nicht früher, wie immer behauptete wurde, bekommen. Der späte Zeitpunkt verweist darauf, daß Moskau sehr lange und ungenügend vorbereitet, diesen Termin hinausgeschoben hatte. Bis auf kleinere Kämpfe in Baranowitschi hatte die Brigade auf ihrem etwa 400 Kilometer langen Marsch keine Berührung mit polnischen Truppen, denn sie fuhren durch Gebiete des am 17. September ausgebrochenen ostslawischen Aufstandes, aus denen sich die polnische Bevölkerung und ihre Ordnungskräfte zurückgezogen hatten. So konnte die Brigade jeden Tag 100 Kilometer vorankommen und kampflös täglich in eine andere Stadt einrücken.

Bevor Kriwoschein zum Sprung auf Brest ansetzte, versuchte eine deutsche Offiziersdelegation, ihm das zu verbieten.

Kriwoschein, der aus einem „guten Haus“ jüdischer Herkunft stammte, hatte sich der Revolution und Budjonys Reiterarmee angeschlossen, in Spanien und im Fernen Osten gegen die Japaner seine Meriten erworben, drohte daraufhin mit Verhaftung und befahl, Brest vom Norden aus anzugehen. Dieser

Vorgang allein zeigte die Unsinnigkeit der Behauptung eines deutsch-sowjetischen Bündnisses.

Der Einmarsch in die Stadt verzögerte sich, da die ostslawische Bevölkerung die Sowjetpanzer lebhaft begrüßte und zwischen den Panzern herumlief. Die Menschen bestiegen sie, umarmten die Besatzung, dankten für ihre Befreiung und reichten Lebensmittel und Getränke. Besonders in den Straßen der Vororte Brests, in denen die Ärmsten wohnte, wehten viele rote Fahnen zur Begrüßung.

Kriwoschein wurde erwartet und zum Kommandeur des XIX. Panzerkorps, General Heinz Guderian, gebracht. Die Übergabeverhandlungen wurden auf Französisch geführt und problemlos abgeschlossen.

Aber plötzlich verlangte Guderian eine gemeinsame Parade. Kriwoschein lehnte das strikt ab, da weder die Technik noch die Mannschaft in ihrem äußeren Zustand und unsauberen Gefechtsuniformen an einem solchen Akt teilnehmen könnten. Außerdem sei seine Kampftechnik über die ganze Stadt verteilt.

Man einigte sich auf eine „feierliche Form der Ablösung in Gestalt eines Truppenvorbeimarsches“, einen Abmarsch der deutschen Truppen aus Brest.

Genau so lautete der Kommentar der Deutschen Wochenschau vom 27. September 1939 (Tonwoche Nr. 473), die als angeblicher Beweis für die „Siegesparade und deutsch-sowjetische Waffenbrüderschaft“ – allerdings tonlos – jahrzehntelang erhalten mußte.

Guderian verlangte zudem eine Tribüne, es war nicht mehr als ein Podest, auf dem er und Kriwoschein, beide in Dienst- bzw. Gefechtsuniform, den Vorbeimarsch um 16 Uhr abnehmen sollten. Tatsächlich fuhren nur drei sowjetische Panzer an ihnen vorbei, in einem Zustand, der weder eine Parade noch einem Vorbeimarsch rechtfertigte. Die deutschen Truppen hingegen, ausgeruht und in sauberer Gefechtsuniform, bildeten das Gros des Vorbeimarsches, bei dem sie Brest verließen.

Derartige Vorbeimärsche sind international üblich und z. B. beim Abzug der Kolonialmächte in Indien und Afrika oft praktiziert worden.

Mit gemeinsamen Paraden oder gar Siegesparaden hat das nichts zu tun. Eine Siegesparade und ein Vorbeimarsch sind in militärischer Bedeutung und politischer Wirkung zwei höchst unterschiedliche Dinge.

Hier handelte es sich demnach um eine Geschichtsfälschung, der Millionen Menschen aufgefressen sind und die in den neusten Publikationen (siehe z. B. Claudia Weber: Der Pakt. München 2019) gezielt gegen Rußland weiterverbreitet wird.

Nun aber kann man dem Paroli bieten.

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Menschenrechte – Illusion und Wirklichkeit

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir – auch mit dieser Serie – vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

16. September 1976

Aufgefordert, wenigstens die Ansätze einer marxistischen Auffassung von den Menschenrechten sichtbar zu machen, ist man versucht, vor allem auf die Aktualität zu verweisen, die den Menschenrechten heute auffälliger denn je zukommt. Dreihundert Millionen Mitbewohnern unseres Erdballs ist, da sie arbeitslos sind, jedenfalls das Recht auf Arbeit verwehrt; das Selbstbestimmungsrecht des chilenischen Volkes ist von der herrschenden Junta illegalisiert worden wie das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser durch Israel auch; die schwarze Bevölkerungsmehrheit im Süden Afrikas ist im Ergebnis der Apartheidpolitik – mit einer rassistischen Interpretation der Bibel wird die Rassendiskriminierung aller Nichtweißen motiviert und dadurch die Klassenherrschaft der Weißen legitimiert – aber auch jedes einzelnen der Menschenrechte beraubt; das von den bundesdeutschen Ministerpräsidenten beschlossene Berufsverbot für Kommunisten, Marxisten, andere Sozialisten und kritische Demokraten im öffentlichen Dienst verstößt gegen ein ganzes Bündel der im Bonner Grundgesetz paragraphierten Menschenrechte.

Auf der anderen Seite wird z. B. die Nationalisierung der Naturreichtümer in den Entwicklungsländern von den Kolonialisten alten und neuen Typs als Eingriff in ihre Freiheit, in ihr Menschenrecht auf Eigentum verleumdet, wird von der monopolisierten Manipulationspresse des Axel Springer der freie Informationsfluß ihrer gedruckten Lügen in die Welt des Sozialismus als Menschenrechtsforderung, als ihre Informationsfreiheit ausgegeben.

Kaum eine Frage von internationalem Rang, die nicht einen Menschenrechtsaspekt aufweist. Kaum aber auch ein Problem, bei dem die Meinungen so unverblümt aufeinanderprallen; mag sein, begünstigt durch die scheinbare Neutralität, die scheinbare „Allgemeinmenschlichkeit“ der Verfassungstexte, in denen die Menschenrechte jeweils ausformuliert sind. Hat man doch – fälschlicherweise, wie ich gleich nachweisen werde – die Menschenrechte als diejenigen Rechte definiert, die allen Leuten zu allen Zeiten und in allen Situationen zustehen würden.

Da die Menschenrechtspraxis wie auch die Menschenrechtspolitik der sozialistischen Staaten keine Ansammlung pragmatischer Einzelfallentscheidungen darstellt, sondern

auf der marxistischen Menschenrechtstheorie beruht, möchte ich nun, anstatt zu den praktischen Detailfragen zu sprechen, lieber versuchen, Ihnen die Ausgangspunkte des Menschenrechtsverständnisses eines Marxisten begreiflich zu machen. Dabei muß ich freilich auch ein wenig in die Geschichte zurückgehen, aber die Geschichte ist, wie man weiß, kein Umweg, und nicht der entrinnt ihr, der sie vergißt.

Mit der Behauptung, alle Menschen hätten das gleiche Recht auf Freiheit, protestierten ursprünglich die bürgerlichen Aufklärungs-

Natur aus, kraft göttlichen Willens oder aus Vernunftsgründen zustehen, widerspiegeln auch die Interessen des jungen Bürgertums. Denn die freie Entfaltung der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise wurde durch das Willkür- und Ungleichheitssystem des herrschenden Feudaladels gehemmt.

Die Menschenrechtsforderungen nach Gleichheit vor dem Gesetz, nach Rechtssicherheit, nach Eigentums-, Religions- und Meinungsfreiheit, nach Volkssouveränität und dem Recht auf Revolution gegen eine tyrannische Staatsmacht wirkten in den nationalen und



Recht auf Arbeit in der DDR- Lehrlingswerbung 1972 in der Universität Jena

denker gegen die von ihnen als unmenschlich empfundene mittelalterlich-feudale Gesellschaftsordnung. Sie attackierten damit gleichzeitig die klerikale Rechtfertigung dieser Zustände, wie sie etwa von Thomas von Aquin geliefert worden war, der Sklaverei und Leibeigenschaft als natürliche Formen der Ungleichheit bezeichnet hatte. Ansätze solcher in Rechtsforderungen übersetzten Vorstellungen von Rechtsgleichheit finden sich im sogenannten Artikel-Brief deutscher Bauern während des Bauernkrieges und in ausgeprägterer Form, in dem von den „Levelern“, den Gleichmachern, angeregten „Agreement of the People“ während der englischen Revolution des 17. Jahrhunderts.

Der Fundamentalgedanke von der natürlichen Gleichheit aller Menschen hat also seinen objektiven Ursprung in der sozialen Notlage der unterdrückten und ausgebeuteten Volksmassen, insbesondere der Bauern. Aber die aus diesen Gedanken abgeleiteten Forderungen nach den gleichen grundlegenden Rechten, die jedem Menschen angeblich von

sozialen Befreiungskämpfen des ausgehenden 18. Jahrhunderts als Revolutionsprogramm. „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ wurden auch als Kampflösungen verwendet (übrigens noch in der Pariser Kommune von 1871!). Und mit ihnen begründeten die englischen Kolonien in Nordamerika, als sie sich von der britischen Krone freikämpften, diesen revolutionären Schritt.

Die in diesen Revolutionen siegreiche Bourgeoisie transformierte dann die Menschenrechtsforderungen in Menschenrechtsnormen, d. h. man stellte einen Katalog von grundlegenden Rechten zusammen, die jedem einzelnen die gleiche Freiheit gewährleisten sollten. Als erster Staat nahm Virginia im Juni 1776 solch eine Bill of Rights an, sie ist auch in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung enthalten und fand ihre politisch reifste Formulierung in der jakobinischen Revolutionsverfassung Frankreichs von 1793.

Es gehört zu den ersten in die Geschichte der Wissenschaften eingegangenen Leistungen

von Marx, nachgewiesen zu haben, daß die sogenannten Menschenrechte des revolutionären Bürgertums entgegen ihrem schönen Wortlaut und wohl auch entgegen den guten Absichten ihrer Autoren in Wahrheit Klassenrechte sind: Infolge des Privateigentums an den Produktionsmitteln – und das Eigentum wird ja in den Menschenrechtskatalogen ausdrücklich heiliggesprochen – befindet sich die Bevölkerungsmehrheit in einer ökonomisch begründeten und politisch abgesicherten Zwangslage, die der freien und allseitigen Entwicklung jedes Menschen absolute Schranken setzt. Nicht die schönen Menschenrechte der redlichen Revolutionäre des Bürgertums haben die kapitalistische Gesellschaft geprägt, sondern umgekehrt, die häßlichen Machtverhältnisse dieser Gesellschaft haben den realen Inhalt der jeweiligen Menschenrechtskataloge geformt. Ja, es gab und gibt in jeder kapitalistischen Gesellschaft Situationen inneren Terrors und äußerer Aggression, da bleibt von den vielgerühmten Menschenrechten nur eine Welt des schönen Scheins übrig. Der Autor der Formel, daß alle Menschen gleich geschaffen und von Geburt an mit Freiheit ausgestattet seien, Thomas Jefferson, besaß 150 Sklaven, derjenige USA-Präsident, der die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki werfen ließ, bezeichnete sein eigenes Land als die Weltspitze an Freiheit, und einer seiner Nachfolger im Amt erklärte ausgerechnet die Aggressionstruppen in Vietnam als die Vorreiter der Menschenrechte im Südosten Asiens.

Damit soll nicht etwa der Eindruck erweckt werden, als ob die klassenbewußte Arbeiterbewegung ein Gegner der (bürgerlichen) Menschenrechtserklärung ist. Im Gegenteil: sie ist daran interessiert, daß ihr demokratischer Inhalt realisiert und ihr Wirkungsbereich ausgeweitet wird. Wer, wenn nicht die Arbeiterbewegung, hat denn dafür gesorgt, daß die Koalitions- und die Demonstrationsfreiheit, die Gleichberechtigung der Geschlechter, die gesetzliche Begrenzung des Arbeitstages, gewisse Mitbestimmungsrechte der Arbeiter in den Betrieben und das Streikrecht in den Grundrechtsteil bürgerlicher Verfassungen aufgenommen wurde? Und wer, wenn nicht die regierende Bourgeoisie, fühlt sich durch diese und die anderen Grundrechte gleichsam gefesselt und versucht, diese Rechte im großen Stil durch Notstandsgesetze oder durch verfassungswidrige Verordnungen, Gerichtsurteile oder Verwaltungsmaßnahmen zu durchlöchern oder gar überhaupt loszuwerden?

Übrigens verstärkt sich mit dem Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium die Tendenz einer je nach der konkreten Situation versteckten oder offenen Liquidation der Menschenrechte von Amts wegen, während die Programme der kommunistischen Parteien etwa der USA, Frankreichs oder der BRD auf die Einhaltung und den Ausbau dieser Rechte orientieren.

Die Fundamentalkritik von Marx und später von Lenin an den bürgerlichen Menschenrechten gilt also der (ursprünglich durchaus progressiven und produktiven) Illusion, als ob man mit einer textgetreuen, vom kapitalistischen Staat organisierten Verwirklichung

der überkommenen, also bürgerlichen Menschenrechte den Krieg, den Hunger, den Rassismus, den Analphabetismus, die ökonomische Ausbeutung, die politische Unterdrückung und die ideologische Manipulierung aus der Welt schaffen könnte. Aber der Marxismus begnügt sich nicht mit einer negativen Kritik an den zu Menschenrechten aufgeputzten bürgerlichen Klassenrechten, nicht mit dem Nachweis, daß die angeblich ewigen Rechte einen zeitbedingten Inhalt, daß die angeblich göttlichen Rechte eine irdische Funktion haben und daß der dem Kapitalismus wesenseigene antagonistische Widerspruch zwischen dem Menschen und seinen Lebensbedingungen nicht mittels bürgerlich-revolutionärer Gleichheits- und Freiheitsparolen aufgehoben werden kann. Vielmehr gehört es zum konstruktiven Inhalt des Marxismus-Leninismus, nachgewiesen zu haben, daß es keine Utopie ist – ich benutze nun die Formulierung von Friedrich Engels –, „eine solche Lebenslage für alle Menschen zu schaffen, daß ein jeder seine menschliche Natur frei entwickeln kann“.¹ Vor allem in seinem ökonomischen Hauptwerk hat Marx mit mathematischer Strenge bewiesen², daß mit dem größten Aufschwung der Produktivkräfte die allseitigste Entwicklung des Menschen ein objektives Fortschrittserfordernis ist. Diese Beweisführung – sie kann hier natürlich nicht nachvollzogen werden – belegt, daß der Humanismus der Marxisten-Leninisten keine karitative oder religiöse Wurzel hat; er ist auch nicht aus irgendwelchen Natur- und Menschenrechten abgeleitet. Im Gegenteil: die Menschenrechtsforderungen des klassenbewußten Proletariats im Kapitalismus sind genauso wie die im Sozialismus gültigen Menschenrechtsnormen materiell begründet; sie leiten sich ab aus den Möglichkeiten und Notwendigkeiten der Gesellschaftsentwicklung, deren Produkt und deren Instrument sie sind.

So will die von Lenin im Roten Oktober entworfene, auch in seiner Handschrift erhaltene Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes³, die ab Januar 1918 in Rußland geltendes Gesetz wurde – erstmals hatte, wie es im Lied heißt, die Internationale das Menschenrecht erkämpft, dem objektiv Erforderlichen nicht etwa eine Art höherer Weihe gegeben. Sie bezeichnet und legalisiert vielmehr die erforderlichen, den Interessen des mit den Bauern verbündeten Proletariats entsprechenden Maßnahmen auf dem schweren Weg zum Sozialismus: die Machtergreifung durch die Sowjets, die Unterdrückung des Widerstandes der gestürzten Ausbeuter, den Übergang des Grund und Bodens und der Banken in Volkseigentum, die Arbeiterkontrolle in der Wirtschaft, die Bewaffnung der Werktätigen, die Gleichberechtigung der Nationen und Nationalitäten, die Freiheit der religiösen und antireligiösen Propaganda, Meinungs- und Versammlungsfreiheit bei gleichzeitiger Übergabe der Druckereien und Räumlichkeiten in die Hände der Arbeiter und armen Bauern, unentgeltliche Ausbildung der Arbeiter und Bauern und Asylrecht für politisch verfolgte Ausländer. Diese Deklaration verspricht keine Freiheiten nach links und nach rechts: Unter den besonderen

Bedingungen der ersten Phase der russischen Revolution hatten die Arbeiter mehr Rechte als die Bauern, und die konterrevolutionären Ausbeuter hatten überhaupt keine Rechte.

Für die sozialistische Gesellschaft selbst sind solche Rechtskataloge charakteristisch, wie sie in der gegenwärtig gültigen sowjetischen Verfassung oder in der DDR-Verfassung von 1968 enthalten sind: das Recht auf Arbeit, d. h. das Recht auf freie Wahl eines Arbeitsplatzes entsprechend den Fähigkeiten, auf Lohn entsprechend den Leistungen und auf Mitwirkung an der Betriebs- und Wirtschaftsführung; das Recht auf Bildung, d. h. das Recht auf schulische, kulturelle und körperliche Ausbildung, auf wissenschaftliche, kulturelle und sportliche Selbstbetätigung, auf Meinungs-, Presse- und Glaubensfreiheit, auf Mitwirkung an der Leitung von Volksbildung und Kultur; das Recht auf Regierung, d. h. das Recht auf Wahl und Kontrolle aller Machtorgane, auf Teilnahme an der staatlichen Leitung, auf Vereinigungs-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit, auf bewaffnete Verteidigung der Republik, auf Gesetzlichkeit aller staatlichen Handlungen. Diese Verfassungsrechte auf Anerkennung und Verwirklichung der wesentlichen Entwicklungsbedingungen aller Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft sind die auf den einzelnen bezogene Volkssouveränität; sie helfen unsere Gesellschaft zu formen, in der jeder einzelne mitbesitzt und mitregiert und dadurch über die Bedingungen seiner eigenen, der betrieblichen und der gesamtgesellschaftlichen Vorwärtswentwicklung entscheidet; sie widerspiegeln und gestalten daher mit seiner eigenen die Selbstbestimmung des Volkes. In ihrer Totalität sind diese Verfassungsrechte das sozialistische Menschenrecht.

Als Ho Chi Minh 1945 auf einer Massenkundgebung in Hanoi die Unabhängigkeitserklärung der Demokratischen Republik Vietnam verlas, galten seine einleitenden Worte den, wie er sagte, unleugbaren Wahrheiten jener Forderungen aus den Bills of Rights von vor 200 Jahren, laut denen alle Menschen das gleiche Recht auf Freiheit und Glück haben. Ganz sicher zielte Ho Chi Minh damit nicht auf die kapitalistische Gesellschaftsordnung, denn in ihr ist das Ausbeutungsrecht der Millionäre dem Lebensrecht der Millionen entgegengesetzt.

Menschenrechte, bis zur Wurzel ihres Sinns, mit Lenins Worten: der freien, allseitigen Persönlichkeitsentwicklung aller Mitglieder der Gesellschaft konzipiert, verlangen den Kampf gegen eine Gesellschaft, innerhalb der es keine Antwort gibt auf die Frage, wie die Interessen der Arbeitenden mit denen der Ausbeutenden, der Beherrschten mit denen der Herrschenden zu allgemeiner Menschlichkeit harmonisiert werden können.

Menschenrechte, bis zur Wurzel ihres Sinns durchdacht, verlangen den Kommunismus.

Anmerkungen

- 1) Marx/Engels, Werke, Bd. 2, S. 556
- 2) vgl. Marx/Engels, Werke, Bd. 23, S. 189
- 3) Lenin, Werke, Bd. 26, S. 422

Vor 70 Jahren wurde die Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst gegründet

Nach der Vereinigung 1948/49 führte die SED, meine Partei, Anfang 1950 Gespräche mit allen Mitgliedern. Das Gespräch mit mir erfolgte im Rahmen der Betriebsparteiorganisation im Ministerium für Handel und Versorgung und endete mit dem Ergebnis: „Genosse Träger, Du hast Dir in den vergangenen Jahren umfangreiche Kenntnisse in der Praxis angeeignet – Du wirst ab Herbst dieses Jahres für vier Jahre studieren, und zwar an einer neuen Hochschule“ – er schaute nochmals in seine Unterlagen – „für Planökonomie in Karlshorst“.

Mir schlug das Herz höher, denn ich hatte in meiner Funktion als stellvertretender Hauptabteilungsleiter festgestellt, daß ich teilweise nicht ausreichende Fachkenntnisse besaß. Ich hatte schon erwogen, mich deshalb von dieser Funktion entbinden zu lassen.

Seit diesem Zeitpunkt hat die Hochschule für Ökonomie mein ganzes Berufsleben geprägt. Diese Erinnerungen sind deshalb auch ein Ausdruck des Dankes an alle, die an der Errichtung dieser Hochschule beteiligt waren und an die DDR, die diese Entwicklung ermöglicht hat.

Im Herbst des Jahres 1951 meldete ich mich in der Hochschule in Karlshorst an. Das Hauptgebäude bestand aus zwei ehemals separaten Schulgebäuden, wovon die zwei nebeneinanderliegenden Treppenfluchten zeugten (Die Schaffner der vor dem Haus haltenden Straßenbahn riefen noch längere Zeit die Haltestelle mit „Mädchenlyzeum“ aus). Das Gebäude wurde während des Krieges wenig beschädigt bzw. schon wieder renoviert.

Ich erhielt als Schwerbeschädigter ein Einzelzimmer im Erdgeschoß in einem neuen Internat, dessen Bau erst im Jahr zuvor beschlossen worden war. Als ich ankam, traf ich einen kleinen Steppke, der auf seinem Dreirad durch die langen Flure fuhr. Seine Oma erschien. Sie und ihr Mann waren die Hauseltern und wohnten neben meinem Zimmer. Ihr Name: Frieda und Robert Coppi. Sie waren die Großeltern des kleinen Hans auf dem Dreirad, dessen Eltern – Hans und Hilde Coppi – als Widerstandskämpfer von den Nazis ermordet worden waren.

Im Verlauf der Studienzeit erwiesen sie sich als warmherzige, aber – wenn es sein mußte – auch als konsequente Hauseltern. Zwischen ihnen und mir – und später auch meiner Freundin Lisbeth – entwickelte sich eine herzliche Freundschaft, die bis weit über das Studium hinaus andauerte. Nach und nach lernte ich meine Mitstudentinnen und Mitstudenten kennen – wir waren das zweite Immatrikulationsjahr an der Hochschule. Die Neuen boten ein buntes Bild – viele hatten Abitur, aber auch im Beruf Gestandene und schließlich „alte Register“ wie ich mit 28 Jahren, die zum Teil schon Erfahrungen aus leitenden Tätigkeiten mitbrachten, gehörten dazu.

Dem Kennenlernen diente auch die erste Versammlung der FDJ-Gruppe, auf der ich in den Jugendverband aufgenommen wurde, obwohl ich das Eintrittsalter schon überschritten hatte. Ich habe mich in dieser Gemeinschaft sehr wohl gefühlt.

Das Studium begann mit einem Begrüßungs- und Einführungstreffen als Festakt in der Aula des Hauptgebäudes. Wir lernten die Rektorin, Genossin Dr. hc. Eva Altmann, kennen. Es war bewegend, wie sie in ver-

Jahrgangs bereits Mütter mit Kindern und auch Familienväter waren. Genossin Eva Altmann legte dar, welche Probleme sie in dieser Hinsicht in den Jahren der Emigration bewegt hatten. Ich versuchte sie zu überzeugen, der Realität ins Auge zu sehen und ihrem hohen Ansehen unter den Studenten keinen Schaden zuzufügen. Nicht lange danach wurden ein Säuglingsheim und ein Kindergarten in unmittelbarer Nähe der Hochschule eingerichtet.



Das Hauptgebäude der Hochschule für Ökonomie 2009

haltenem Ton, aber inhaltlich überzeugend, Ziele und Aufgaben der neuen Hochschule uns Studierenden näherbrachte: mit dem Wissen und den Erkenntnissen des Studiums die Wirtschaftspraxis tatkräftig unterstützen und voranbringen. Das war unser Auftrag. Sie verwies aber auch auf die durch Staat und Partei geschaffenen ausgezeichneten Studienbedingungen, die alle Voraussetzungen boten, sich mit ganzer Kraft dem Lernen zu widmen. Eine unterschwellige Warnung war dabei nicht zu überhören, denn einige Zeit später brachte ein Assistent am „Schwarzen Brett“ eine Erklärung an: Wer sich während des Studiums Kinder anschafft, habe ein mangelndes Staatsbewußtsein. Das löste einen Sturm der Empörung aus. Diese Erklärung mußte wieder entfernt werden. Ich erhielt den Auftrag, im Namen der Studentenschaft bei der Rektorin Einspruch einzulegen.

Es war ein angeregtes Gespräch, in dem ich sie darauf aufmerksam machte, daß unter den Studentinnen und Studenten des neuen

Im Zuge der gegenseitigen Annäherung zwischen Rektorin und Studentenschaft gab es zwei weitere „Berührungspunkte“: Zum einen betraf das ihre Festlegung, daß alle Studierenden ab 22 Uhr im Haus zu sein haben – für mich eine mißliche Erinnerung an meine Zeit bei der Wehrmacht und für Jüngere eine Maßregelung. Diese Festlegung wurde bald abgeschafft.

Eine zweite Entscheidung hielt sich länger: Kollektives Selbststudium. Sicher stand dahinter die Absicht, das Lernen und Studieren zu unterstützen. Die Realität sprach jedoch dagegen. Die „Lerngewohnheiten“ junger Menschen – älterer auch – sind verschieden. Trotz Führung von Listen der „Störer“ trat völlige Ruhe kaum ein. Es war insbesondere für mich ein Problem, weil ich noch an den Folgen meiner Kriegsverletzungen zu leiden hatte und nicht lange auf den harten Stühlen des Seminarraumes sitzen konnte. Ich erhielt die Genehmigung, an dieser Form des Studiums nicht mehr teilnehmen zu müssen.

Aus heutiger Sicht betrachtet waren die Studienbedingungen hervorragend, das betrifft die materielle Sicherung durch das Stipendium, die kostenlose Unterbringung im neuen Internat, die Bereitstellung von drei Mahlzeiten durch eine ausgezeichnete Küche, kostenloser Zugang zu Bibliotheken und ärztliche Betreuung.

Dem gegenüber stand ein Lehrprogramm, das an jeden von uns höchste Anforderungen stellte. Die Seminargruppen standen im Wettbewerb um beste Studienergebnisse. Sie organisierten ihre Arbeit nach der Devise: „Keinen zurücklassen!“ Kritik und Selbstkritik spielten eine große Rolle, aber auch Hilfe und Unterstützung. Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang eines Studienfreundes, der gute Noten hatte, aber mit der englischen Sprache auf Kriesschuß stand. Es war üblich, nach jedem Semester umfassende mündliche und schriftliche Prüfungen des absolvierten Lehrstoffes durchzuführen mit der Konsequenz, daß bei einer Fünf das Studium abgebrochen werden mußte. Was haben wir mit ihm geprobt, erläutert und immer wieder geübt! Und was war es für eine Freude, als er noch mit Vier die Prüfung bestand und sein Studium fortsetzen konnte. Diese harten Prüfungen hatten den Vorteil, daß das Staatsexamen seinen Schrecken etwas verlor. Hartes Studium – fröhliches Jugendleben: Beides gehört zusammen. Das tägliche konzentrierte Studium forderte von Zeit zu Zeit Auflockerung. Im großen Saal der Mensa und später auch im Club, den die Studenten in leerstehenden Räumen im Hauptgebäude in ihrer Freizeit ausgebaut hatten, fanden Tanzveranstaltungen und Zusammenkünfte statt. Musikalisch versierte Studenten hatten ein Trio gegründet, das zum Tanz aufspielte. Die Veranstaltungen waren immer gut besucht. Ein Höhepunkt war jedes Jahr der Fasching an der Hochschule – eine „Berliner Adresse“. Talente unter den Studenten gestalteten eine fröhliche Atmosphäre und der Rektor hielt die Büttensrede. Der Fasching an der HfÖ ist heute noch legendär: Kürzlich war ich in Karlshorst mit einem Taxi unterwegs. Der Fahrer wunderte sich über meine präzisen Ortskenntnisse, und ich sagte ihm, daß ich in der HfÖ studiert habe. „Ja, da war ich einmal zum Fasching! Ich war glücklich, daß ich eine Karte ergattern konnte“, meinte er.

Im Rahmen der FDJ-Arbeit wurde ein Chor gegründet. Wir konnten den Nestor des Volksliedes in der DDR, Fritz Höft, als Leiter gewinnen. Im Laufe der Zeit bildete sich ein Ensemble aus Chor, Orchester und Tanzgruppe und „Satko“ (satirisches Kollektiv) heraus. Ich trat dem Chor bei, wenn auch nicht als großer Sänger – Füllstimmen werden immer gebraucht. Das Leben im und mit dem Chor war eine Bereicherung des Studiums. In den großen Semesterferien waren 10 bis 12 Tage Fahrt zu Auftritten bei der Nationalen Volksarmee im Norden der Republik eingeplant. Wir beteiligten uns am Republikwettbewerb von Chören und Ensembles für die Teilnahme an den Weltfestspielen in Warschau. Und es geschah: Wir siegten und hatten die Fahrkarten für Warschau gelöst!

Die Einstudierung des Programms für Warschau kreuzte sich zeitlich mit den

Vorbereitungen auf das Staatsexamen. Das Examen wurde gut geschafft. Bei den Einsatzgesprächen der Absolventen erhielt ich einen Arbeitsplatz im Ministerium für Außenhandel, später Ministerium für Außen- und Innerdeutschen Handel).

Vorher standen aber die Weltfestspiele in Warschau auf dem Programm. Ein überwältigendes Ereignis. Für mich als 32-Jährigen war es der krönende Abschluß meines Studiums und meiner Mitgliedschaft in der FDJ. Dazu gehört die Vereinbarung zwischen Lisbeth und mir, unmittelbar nach dem Examen zu heiraten, nachdem wir schon mehrere Hochzeitstermine absagen mußten, weil etwas Dienstliches dazwischen kam. Auf der Rückfahrt aus Warschau wurden wir informiert, daß das Programm der deutschen Jugend wegen seines Erfolges am Sonnabend in Berlin wiederholt werden sollte. Wieder das gleiche Schicksal für unsere Heirat? Am Sonnabend sollte der Polterabend sein. Das Problem wurde salomonisch gelöst: Wir bekamen Karten für unsere Gäste, unsere Eltern. Polterabend passé.

Ab Herbst 1955 begann meine Arbeit in der Praxis. Sie umfaßte bis 1965 die unterschiedlichsten Tätigkeitsbereiche im Inland und im westlichen Ausland.

Ich führte z.B. 1965 mit Finnland – einziger kapitalistischer europäischer Staat, der die DDR de facto anerkannte – Gespräche über ein Drei-Jahres-Handelsabkommen.

Ich ahnte da noch nicht, daß diese meine letzten Aktivitäten in der Wirtschaftspraxis waren. Es wurde festgestellt, daß im Kaderbestand der Fakultät Außenhandel der Hochschule zu wenig Mitarbeiter mit Praxiserfahrung tätig waren. Zentrale Entscheidung: Fünf leitende Mitarbeiter des Außenhandels wechseln zur Hochschule! Und – was soll ich sagen: Ich war dabei! Mein neuer Arbeitgeber: Hochschule für Ökonomie!

Das war eine Freude! Einerseits, war ich wieder an der Hochschule, zu der ich in all den Jahren den Kontakt nicht verloren hatte. Andererseits, konnte ich mich jetzt mehr meiner Familie widmen, denn die permanente Reisetätigkeit hatte dazu geführt, daß meine Kinder in mir den „guten Onkel“ sahen, der ihnen ab und zu etwas mitbrachte. Die Hochschule hatte sich in den zehn Jahren weiterentwickelt. Alte Studienfreunde hatten inzwischen promoviert und nahmen wichtige Funktionen ein. Nach der Wiedersehensfreude kam nun die Arbeit. Auf mich wartete die Übernahme der Hauptvorlesung, ich wurde Mentor einer Seminargruppe und mußte mich verpflichten, in drei Jahren zu promovieren. Eine besonders schwere Aufgabe, da ich in den 10 Jahren Praxis kaum Gelegenheit für wissenschaftliche Arbeit hatte und nun viel nachzuholen hatte. Meine Hauptaufgabe bestand jedoch darin, meine Erfahrungen aus der Praxis auszuwerten und diese bei der Lehre und Erziehung der Studenten einzusetzen.

Den engsten Kontakt hatte ich mit der Seminargruppe AW 65, bei der ich Mentor war. Die Studenten hatten die richtige Einstellung zum Studium, was sich auch zeigte, als

sie als Gruppe den Titel „Sozialistisches Studentenkollektiv“ im Rahmen der Hochschule errangen. Als ich mit ihnen im vorigen Jahr „50 Jahre Diplom“ feierte, erinnerte ein altes Foto an diesen Wettbewerb.

Zur „Illustration des Lehrstoffes“ führte ich im Studentenklub DIA-Vorträge durch, in denen ich über Land und Leute, Sitten und Gebräuche der Partnerländer informierte. Im Zuge der wachsenden internationalen Anerkennung der DDR wurde das „Diplomatische Protokoll“ ein wichtiger Bestandteil dieser Veranstaltungen, einschließlich der Frage: „Wie esse ich eine Artischocke?“ Schließlich war es erforderlich, wichtige Einzelheiten der „Wiener Diplomatenkonvention der UNO“ bekannt zu machen.

1973 wurde ich zum Parteisekretär der Hochschule vorgeschlagen und gewählt – eine neue Aufgabe in meiner Beziehung zur Hochschule für Ökonomie, die 1972 den Ehrennamen „Bruno Leuschner“ verliehen bekommen hatte.

Die Parteiorganisation der Hochschule umfaßte damals ca. 3000 Genossinnen und Genossen und war wohl eine der größten der Hauptstadt. 1974 wurde ich Mitglied der Kreisleitung Lichtenberg. Rückblickend schätze ich ein, daß es für mich eine gute Schule für den Umgang mit Menschen war. Ich lernte, daß man den Weg zum Denken und Fühlen jedes Einzelnen suchen muß und nicht mit stereotypen Losungen und Sprüchen agitieren kann. Diese Erkenntnis hat mir bei meiner Arbeit nachhaltig geholfen.

1978 erfolgte – turnusgemäß nach fünf Jahren – meine Ablösung.

Eine völlig neue Aufgabe wartete nun auf mich. Ein Mangel hatte sich in den damaligen Exportverhandlungen gezeigt: Die Spezialisten für das Technisch-Fachliche hatten keine Ausbildung in ökonomischen Fragen und somit konnten sie eine Vertragsverhandlung nicht von Anfang bis Ende durchführen. Deshalb wurde beschlossen, an den Hochschulen Institute anzusiedeln, die diese Fähigkeiten vermitteln sollten. So entstand das Außenhandelsinstitut mit gestandenen Praktikern als Studenten, die sich in zwei Jahren die erforderlichen Kenntnisse mit viel Motivation und Einsatzbereitschaft aneigneten.

Ich wurde Direktor dieses Instituts. Diese Aufgabe war mir direkt auf den Leib geschrieben. Ich hielt die Hauptvorlesung, und meine Kolleginnen und Kollegen aus der Fakultät Außenhandel und den anderen Fachbereichen (einschließlich Fremdsprachen und kaufmännisches Rechnen) unterstützten uns bei der Erweiterung der Kenntnisse der Praktiker auf dem Gebiet der Außenhandelspraxis. Noch heute habe ich enge Verbindungen zu ehemaligen Studentinnen und Studenten dieses Institutes. Die Hochschule für Ökonomie besteht nicht mehr. Aber in unserem Denken und Fühlen lebt sie fort. In diesem Sinne begehen wir den 70. Jahrestag ihrer Gründung am 4. Oktober 1950.

Kunst am Bau in Neubrandenburg

Der Maler Erhard Großmann

Durch Zufall bin ich auf das Wandbild von Erhard Großmann „Kinder, Träume, Zukunft“ gestoßen. Das Buch „Vom Verschwinden und Wiederfinden der DDR“ brachte mich auf die Spur. Dieses Wandbild des Dresdner Malers an der Außenfassade einer ehemaligen Kantine ist noch in Neubrandenburg-Oststadt zu besichtigen. Man hat es nicht geschleift!

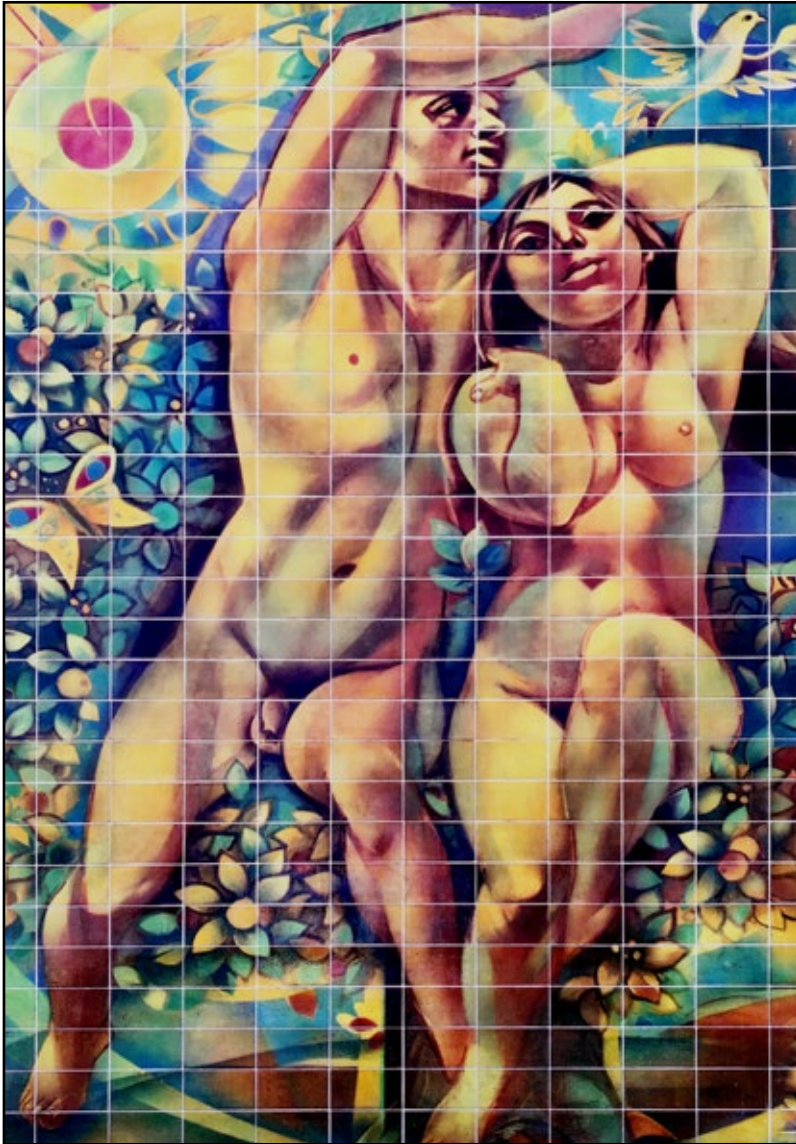
DDR es geschafft hat, überall Kunst und Kultur zu fördern und zu etablieren, wo sie doch angeblich so arm und beschränkt war. Heute springen einem bei der Fahrt durchs Land allerorten häßliche und oft geschmacklose Graffiti auf Mauern, Zäunen und Häuserwänden ins Auge, närrisches Geschmadder einer dekadenten Gesellschaft, die gern im

reich, aber innerlich leer. Was sind das bloß für „Künstler“? Entweder haben sie überhaupt keine Ausbildung oder zumindest keine gute und keine guten Lehrmeister, wie Erhard Großmann kürzlich sagte.

Ein anderes schönes Werk des Künstlers „Ein Sommertag“, das farbenfroh und heiter eine ganze Wand in einer Neubrandenburger Schule zierte, wurde 2011 geschleift, abgerissen. Das ist das Werk von Kulturbarbaren! Man kann es nicht anders bezeichnen. Das Fach „Kunst“ in den Grund- und weiterführenden Schulen ist heute meist eine Farce, auch wenn sich einige Kunstlehrer sehr engagieren. Doch gegen die Dumpfheit vieler Kinder kommen sie nur selten an. Was hatten wir dagegen in der DDR für einen niveauvollen Zeichenunterricht!

Die Wände meines Klassenzimmers in einer Polytechnischen Oberschule in Dresden waren geschmückt mit Bildern von Käthe Kollwitz, Walter Womacka oder Ilja Repin. Unsere Schulbücher waren illustriert von Könnern wie Werner Klemke oder Werner Fahr. Auch die Lehrer selbst konnten gut zeichnen. Wer so aufwächst, ist sensibilisiert und konnte ein Gefühl für künstlerische Gestaltung entwickeln. Ich bin Erhard Großmann wie vielen anderen DDR-Künstlern zutiefst dankbar, daß sie solche schönen Gemälde geschaffen haben. Ohne diese Schöpferkraft wären wir um einiges ärmer.

Andrea Wohlfahrt
Hemmingen



Man hat es sogar unter Denkmalschutz gestellt, was mit DDR-Kunstwerken nicht selbstverständlich ist.

Das großformatige Bild beeindruckt durch seinen Liebreiz in der Darstellung des jungen, hübschen, nackten Paares inmitten der behüteten, wißbegierigen Kinder; am rechten Rand wird der Aufstieg in das Weltall, in die Zukunft gezeigt. Bemerkenswert ist die Art der Ausführung auf Kacheln, ein kompliziertes Verfahren. Unser Staat hat weder Zeit noch Kosten gescheut, dieses Wandbild herstellen zu lassen. Ich habe selten an einer Hausfassade etwas in Sinn und Form so Schönes gesehen! Man fragt sich, wie die kleine

Mäntelchen der Wohlanständigkeit daherkommt. Blickt man aber hinter die Kulissen, wird einem schlecht. Das bißchen verbliebene Kunst und Kultur wird „gesundgeschrumpft“. Auch in den Amtsstuben der Stadtverwaltungen oder Ministerien hängen großformatige, teure Bilder – jedoch meist sinn- und formentleert. „Machtmenschen verstehen nichts von Kunst; aber sie schmücken sich gerne.“ Das sagte einst Wilhelm Rudolph, auch ein Dresdener Maler. Es tut einem weh, wenn man den Anblick der heutigen schlechten Protzbilder ertragen muß und etwas Besseres gewohnt war. Doch die Pseudokunst ist ein getreues Abbild der heutigen Gesellschaft –

Erhard Großmann – Biographisches

1936 in Dresden geboren

1950–56 Lehre als Farblithograph

1953–56 Studium an der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät für Bildende Kunst in Dresden

1956–61 Fortsetzung des Studiums an der Hochschule für Bildende Künste Dresden bei den Professoren Erich Fraaß, Rudolf Bergander und Hans Theo Richter

1961 Diplom; Übersiedlung nach Neubrandenburg; Beginn der freischaffenden Tätigkeit als Maler und Grafiker

Mitglied im Verband Bildender Künstler der DDR

1967–82 Schaffung mehrerer Wandbilder im öffentlichen Raum

1990 Übersiedlung in den jetzigen Wohnort Cosa (Friedland)

Mitglied im Künstlerbund Mecklenburg-Vorpommern

Werke befinden sich in vielen Museen und Sammlungen öffentlicher Einrichtungen und im Privatbesitz

„RotFuchs“-Veranstaltungen im Monat September 2020

■ Regionalgruppe Dresden

Am 12. September um 10 Uhr spricht Uwe Hixsch, Sprecher des Marxistischen Forums bei der Partei Die Linke, zum Thema: **Die wahre Rolle von Entwicklungshilfe und Lieferketten im imperialistisch-globalen Wirtschaftssystem**

Ort: Dresdner Straße 26, „Drogenmühle“, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Neubrandenburg

Am 12. September um 10 Uhr: Mitgliederversammlung der Regionalgruppe Neubrandenburg

Ort: Mehrgenerationenhaus Seniorenbüro e. V., Poststraße 4, 17033 Neubrandenburg

■ „RotFuchs“-Gruppe Torgau

Am 13. September um 10.30 Uhr Diskussionsrunde zum Thema: **75. Jahrestag der Begegnung von Rotarmisten und US-Soldaten an der Elbe in Torgau – Frieden mit Rußland unsere Verpflichtung.**

Ort: „Komm Treff“, Schloßstraße 14/16, 04860 Torgau

■ Regionalgruppe Bernau

Am 13. September um 11 Uhr Gedenkveranstaltung gemeinsam mit dem Territorialen Bündnis Bernau anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Faschismus

Ort: Ehrenmal für die Opfer des Faschismus am Bahnhof in Bernau bei Berlin

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am 15. September um 18 Uhr spricht der Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins Dr. Arnold Schölzel zum Thema: **Die aktuelle Situation und die Brennpunkte in der internationalen Klassenauseinandersetzung.**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am 18. September um 15 Uhr sprechen Norbert Leitzke, Vorsitzender der Kindervereinigung Frankfurt/Oder e. V. und Joachim Wawrzyniak, Die Linke Frankfurt/Oder, zum Thema: **Armut in Deutschland – welche Auswirkungen hat Corona auf die Verschärfung der Armut in Frankfurt (Oder) ?**

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Rostock

Am 19. September um 10 Uhr spricht der Buchautor Günter Gleisung aus Anlaß des 100. Jahrestages des Kapp-Putsches zum Thema: **Kapp-Putsch und Märzkämpfe in Mecklenburg und Pommern 1920**

Ort: Haus der Vereine Evershagen, Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock

■ Regionalgruppe Leipzig

Am 23. September um 18 Uhr stellt Prof. Dr. Ludwig Elm seine Autobiographie **„Geschichte eines Historikers – Erinnerungen aus drei deutschen Staaten“** vor.

Ort: Villa Davignon, Friedrich-Ebert-Straße 77, 04105 Leipzig

■ Regionalgruppe Erfurt-Weimar

Am 26. September um 11 Uhr spricht Dr. oec. Jörg Hoffmann zum Thema: **Die Weltwirtschaft heute – Fakten und Zahlen.**

Ort: Gaststätte „Prestige“, Färberwaidweg 2, 99097 Erfurt

■ Regionalgruppe Potsdam

Am 29. September um 19 Uhr spricht Tobias Pflüger, MdB, stellv. Vorsitzender der Partei Die Linke, zum Thema: **Die Militarisierung der EU steht einem friedlichen, sozialen und zivilen Europa entgegen.**

Ort: Lothar-Bisky-Haus, Alleestraße 3, 14469 Potsdam

■ Regionalgruppe Berlin-Hohenschönhausen

Am 30. September um 18 Uhr spricht Sebastian Carlens, stellv. Chefredakteur der Tageszeitung „jungeWelt“: **Hongkong und die Interessenpolitik des Westens**

Ort: Nachbarschaftshaus im Ostseeviertel, Ribnitzer Straße 1 B, 13051 Berlin

Die Veranstaltungen finden unter Einhaltung der Infektionsschutzmaßnahmen statt.





Zu Gerhard Naumann: *Wer entschied den Ausgang des 2. Weltkriegs?*, RF 268, S. 14

Wie berechtigt die Frage ist, die der Autor in der Mai-Ausgabe stellte, zeigen eindeutige sprachliche Änderungen im Zusammenhang mit dem 75. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus. War noch vor einem oder zwei Jahren korrekt von der Befreiung des KZ Auschwitz durch die Rote Armee die Rede, so wurde zunächst eine peinliche „Korrektur“ vorgenommen, denn man delegierte die Würdigung dieser Befreiungstat an die Ukraine. Schließlich gehörten die an der Auschwitz-Befreiung beteiligten Einheiten ja zur Ukrainischen Front. Dabei ist bekannt, daß die Namen der Fronten nicht von der geografischen Herkunft der Kämpfer bestimmt wurden, sondern von dem jeweiligen Operationsgebiet und ihrer Stoßrichtung. Und nun, da man diese Version mit den ukrainischen Befreierinnen denn doch zu blamabel fand, geht man in eine andere Richtung. Hauptsache, die Verdienste der Sowjetunion im Kampf gegen den brutalen Aggressor können minimiert werden.

So heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sowie der Präsidenten Charles Michel und David Sassoli im Vorfeld des 75. Jahrestags der Befreiung von Auschwitz-Birkenau: „Vor 75 Jahren haben die Alliierten das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau befreit. Damit beendeten sie das schrecklichste Verbrechen in der europäischen Geschichte, die geplante Vernichtung der Juden in Europa.“ Das ist zwar nicht ausgesprochen falsch, aber eben auch eine in voller Absicht begangene Ungenauigkeit. Denn indem man diese historische Tat der Roten Armee anonymisiert, bringt man die Sowjetsoldaten um die verdiente Anerkennung ihrer historischen Leistung.

Bei Würdigungen der Befreiung der westlichen Lager jedoch waren andere Töne zu hören. So betonten die Medien unisono, daß Dachau von US-amerikanischen Truppen und Bergen-Belsen von britischen Einheiten befreit wurden. Genauso verfuhr man auch bei den anderen Lagerbefreiungen durch westalliierte Einheiten. Bezüglich der Luftangriffe im Februar 1945 auf Dresden, für die man noch vor wenigen Jahren anglo-amerikanische Luftstreitkräfte verantwortlich machte, das auch so in den Nachrichten benannte, an die man aber aus begreiflichen Gründen nicht so gern erinnern möchte, sind es nun auch wieder ganz anonym „die Alliierten“. Ich finde die zunehmende Leugnung der Rolle der Sowjetarmee bei der Befreiung halb Europas

von dem Grauen des deutschen Faschismus beschämend. Unleugbar hat die Sowjetunion die weitaus größten Opfer gebracht, der Krieg hat dort am grausamsten getobt.

Wenn man sich vor Augen führt, daß von den 27 Millionen Todesopfern 14 Millionen Frauen und Kinder waren und von den 13 Millionen getöteten Rotarmisten zwei bis drei Millionen in den deutschen Gefangenenlagern verhungert, zu Tode gequält oder erschossen wurden, dann wird die Brutalität des deutschen Faschismus in den besetzten Gebieten überdeutlich. Das Verschweigen oder gar die Leugnung dieser Fakten ist ein weiterer Versuch, die Geschichte umzuschreiben, also zu fälschen. Den Millionenopfern, die das Land mit dem größten Anteil an der Befreiung von den Nazis überfallener Länder Europas zu beklagen hatte, fügt man den Überlebenden und den Nachfahren der Opfer von damals heute nach 75 Jahren noch das Verweigern ehrender Erinnerung hinzu. So wird das Ziel des deutschen Faschismus heute durch antirussische Politik und Hetze erneuert. Das reicht vom Mißbrauch der Sprache als Vehikel der Geschichtsklitterung bis zur Entsendung von NATO-Truppen (mit deutschen Kontingenten!) an die russischen Grenzen. Tun wir alles, um diesem riskanten und geschichtsvergessenen Treiben Einhalt zu gebieten!

Rudolf Krause, Berlin

Es genügen 30 Jahre grüne Politik, um zu begreifen, was daran noch grün und sozial ist. Es genügt, an die Zustimmung zu allen Kriegen zu erinnern, um zu erkennen, wozu diese Partei mit neuerlich klarem Machtanspruch und Führungsrolle fähig sein wird. Sie ist bereit, alle Prinzipien über Bord zu werfen. Wie und seit wann die SPD auf der politischen Bühne laviert, links blinkt und rechts abbiegt, zeigt sich mehr als genug. Viele Luftblasen, viel Wind um nichts, große Töne und Ansagen, hernach die Verbeugung vor dem Kapital, Rückzug, Zusammenstreichen bis außer den Sprüchen wenig übrig ist, das dann aber auch noch bis zur Nichtigkeit in den Mühlen der Politik wegdiskutiert wird. Nur folgerichtig, wenn sich Grün selbst der Union anbietet.

Stabilität und Verlässlichkeit sind zu Prüfsteinen der Einheitspolitik geworden. Grüne wie SPD haben die Vokabeln schnell vorbeten gelernt. Vor diesem Hintergrund darf sich jeder Linke, links von Grün und SPD, schon mal fragen, wie real und unter welchen Vorzeichen von Verzichtsbereitschaft, Abschwörung und DDR-Verdammung Die Linke selbst bei rechnerisch klarster Wähleransage und größtem Optimismus eine linke Alternative sein kann. Kann es ein wirklich glaubhaftes Argument sein, man habe aus der Geschichte gelernt, wiederhole nicht Fehler, die dem Faschismus den Weg an die Macht gebahnt haben. Wie heute die Aktionseinheit von SPD, Grünen und Linker aussehen muß, bedarf längst keines Beweises mehr. Rechte Verbindungen und Netzwerke sind offenkundig, sie wuchern seit vielen Jahren und lassen sich nicht einmal mehr als Verschwörungen abtun. Fast hilflos wirkt es, wenn ein Robert Habeck besondere Beauftragte in der Polizei fordert oder wenn die üblichen Aufklärungsversprechen gegeben werden. Wer soll denn wo und was aufklären, wenn es nur der eigne Sumpf ist? Sebastian Carlens hat es in der „jungen Welt“ mal auf

den Punkt gebracht und nannte den Defekt im System, im Gewaltmonopol eines Staates, der Machtinstrument der Herrschenden und für deren Klasseninteresse ist. Polizei ist nur Vollstrecker neben anderen Organen der Macht. Der Fisch stinkt und fault vom Kopf. Wer nennt Roß und Reiter, welche Partei spricht Klartext, während Talkrunden klein- und wegreden, kritische Stimmen niedermachen?

Mit einem neuen Polizeipräsidenten ist der Sumpf nicht ausgetrocknet. Was hindert aber eine Linke und andere noch antifaschistisch geprägte Abgeordnete, laut und deutlich auszusprechen, was ist? **Roland Winkler, Aue**

Vor 70 Jahren wurde der Wachtmeister der Grenzpolizei der DDR Siegfried Apportin an der Staatsgrenze hinterrücks erschossen.

Am 30. November 1930 geboren, wuchs er in bescheidenen Verhältnissen auf und lernte schon frühzeitig die Mühen und Sorgen der „kleinen Leute“ kennen. Als Vierzehnjähriger mußte er mit seinen Eltern und den beiden Brüdern infolge der Kriegereignisse die Heimat in Richtung Westen verlassen und landete nach einer Odyssee im mecklenburgischen Güstrow.

Mit 17 Jahren bekam Siegfried eine Lehrstelle als Maler. Er wurde aus Überzeugung Mitglied der Freien Deutschen Jugend und meldete sich nach erfolgreichem Abschluß der Lehre freiwillig zum Dienst bei der Grenzpolizei. Er wollte mithelfen, die Volkswirtschaft der Ostzone gegen Schieber, Spekulanten und Saboteure zu schützen.

Wachtmeister Siegfried Apportin diente vorbildlich und einsatzfreudig in der Dienststelle Palingen bei Schönberg, an der Grenze zur britischen Besatzungszone. In dieser Zeit wurde er auch Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

Am 2. Juli 1950 waren Wachtmeister Siegfried Apportin und Leo Köpke zusammen zum Grenzdienst eingesetzt. Köpke versuchte Apportin zur Desertion in den Westen zu bewegen, was ihm nicht gelang. Daraufhin erschoss Köpke hinterrücks Siegfried Apportin.

Der Täter flüchtete in die BRD und gab dort seine Tat zu. Dieses Verbrechen blieb trotzdem im Westen straffrei.

Raimon Brete, Chemnitz

Sanktionen sind für die US-Administration ein beliebtes Mittel, um „Schurkenstaaten“ zu strangulieren und selbst Verbündete zu disziplinieren. Diese werden verpflichtet, Sanktionen auch gegenüber „unwilligen Staaten“ wie Rußland, Kuba, Iran oder China durchzusetzen. Der angekündigte Abzug von 10 000 US-Soldaten aus Deutschland wird als Druckmittel gegenüber den Transatlantikern gebraucht. Doch die USA werden ihre militärische Präsenz in der BRD nicht aufgeben, da sie ihre militärischen Operationen von hier aus nach Asien und Afrika steuern. Wichtigster Stützpunkt ist Ramstein. Dabei sollte man nicht übersehen, daß die USA mit 20 Billionen Dollar bei Banken verschuldet sind und von aller Welt finanziert werden. Allein die Volksrepublik China hat über 500 Milliarden Dollar in den USA investiert.

Washington und der Westen beklagen Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik China, aber ihre koloniale Vergangenheit holt sie alle ein. Menschen mit schwarzafrikani-

scher Vergangenheit gehen mit Menschen europäischer Herkunft auf die Straßen. Sie demonstrieren und stürzen die Standbilder von Persönlichkeiten in den USA und Großbritannien. Frankreich, Portugal und Spanien könnten folgen. Der Reichtum der westlichen Welt rührt aus der Ausbeutung der „Dritte Welt“. Die jetzt aufflammende anticolonialistische Bewegung ist gepaart mit großen Migrationszügen, die an den Grenzen der alten Kolonialmächte Europas und Nordamerikas kaum zu halten sind. Die Nachkommen der afrikanischen Sklaven und amerikanischen Indianer fordern ihre Menschenrechte ein und wehren sich zurecht gegen wachsende Gewalt durch Polizei und Paramilitärs.

Udo Hammelsbeck, Ilsenburg

Wir brauchen den „RotFuchs“ als Sprachrohr des Vereins und warten darauf, daß er bald wieder regulär im Briefkasten liegt.

Es ist Ausdruck höchster Arroganz, wenn US-Präsident Trump den durch Corona erzwungenen zeitweiligen Rückzug seiner Truppen an der russischen Grenze nun durch eine atomare Bedrohung Rußlands „wettmachen“ will.

Hans-Georg Vogl, Zwickau

Geld aus der VR China fließt mehr als reichlich in das britische Königreich. Superreiche Chinesen sind wichtige Käufer auf dem Immobilienmarkt der Londoner Metropole. Erst vor kurzem kaufte der Milliardär Cheung Chung-Kiu eine Luxusresidenz am Hyde Park für mehr als 200 Millionen britische Pfund. Das war der höchste Preis für eine Privatimmobilie, der jemals dort gezahlt wurde. Die Zahl der chinesischen Studierenden, die jährlich mindestens 20 000 britische Pfund für Bachelor-Kurse blechen, hat sich seit 2005 verdreifacht und ist damit auf knapp 120 000 gestiegen. Das sind weit mehr als aus Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien zusammen. Damit bringen sie jährlich über 1,7 Milliarden britische Pfund auf die Konten englischer Universitäten. Die interessante Frage, woher das ganze Geld kommt, bleibt indes unbeantwortet.

Dr. Martin Baraki, Marburg

Wieder einmal ist man dabei, den Jahrestag des Mauerfalls als Siegesfeier zu inszenieren, wobei es nicht an Beispielen fehlen wird, um die Überlegenheit des neuen Gesellschafts-systems zu begründen. Auch wird es nicht an Hinweisen auf die „Gräueltaten kommunistischer Herrscher“ fehlen, sei es nun der 17. Juni, der Prager Frühling, die Aufstände in Ungarn 1956 oder das Geschehen vom Tian'anmen-Platz. In diesem Zusammenhang wäre es doch interessant, einmal die Was-wäre-wenn-Frage zu stellen. All diese Ereignisse haben doch letztlich ihren Ursprung in dem historischen Urknall, der vor reichlich hundert Jahren an der Newa stattfand, als der Panzerkreuzer Aurora am 8. November 1917 mit einem Kanonenschuß den Sturm auf das Winterpalais des Zaren eröffnete, ein Ereignis in dessen Folge die Sowjetmacht entstand, die ihrerseits eine nahezu unschlagbare Rote Armee hervorbrachte. Was also wäre geschehen, wenn es diesen historischen Urknall nicht gegeben hätte? Es

fällt nicht schwer, sich vorzustellen, daß die faschistische deutsche Wehrmacht 1941 die Armee des Zaren in einem Blitzkrieg überrollt hätte. Rußland wäre zu einem Protektorat des Großdeutschen Reiches geworden und in der ersten Strophe der Nationalhymne hätten die Worte Maas und Memel durch Lena und Atlantik ersetzt werden müssen. Ohne die Gewißheit, daß die Ostfront große Teile der faschistischen deutschen Wehrmacht bindet, hätten die USA Deutschland niemals den Krieg erklärt und es hätte also keinen D-Day gegeben und folglich kein geteiltes Deutschland und keine DDR. Wäre das erstrebenswert gewesen?

Dieser Faden läßt sich weiterspinnen. Ein Wirtschaftswunder BRD hätte es nicht gegeben und auch keine „soziale Marktwirtschaft“, die ja nur der Existenz der DDR geschuldet war. Woher wären die Lohnsklaven gekommen, die für den Quelle-Versandhandel die preiswerten Möbel und Haushaltsgeräte produziert haben? Als Fazit bleibt die Frage, ob man nicht dankbar sein sollte, daß es diesen historischen Urknall gegen hat? Ich bin dafür dankbar, auch wenn es viele Opfer gegeben hat. Im geschilderten Alternativfall wäre die Opferzahl millionenfach höher gewesen. Man kann jedoch den historischen Urknall ignorieren und die Was-wäre-wenn-Frage an Einzelbeispielen betrachten. Nehmen wir dazu das Massaker auf dem Tian'anmen-Platz 1989. Was also wäre geschehen, wenn Chinas Führung den Forderungen der Demonstranten entsprochen hätten? Man muß kein Prophet sein, um vorauszusagen, daß die westlichen Industriestaaten China als Rohstoffquelle unter sich aufgeteilt hätten, und natürlich hätte man zuvor die unliebsame Konkurrenz in Industrie und Landwirtschaft beseitigt und sich Grund und Boden angeeignet. Der Bevölkerung würde es heute noch weit schlechter gehen als damals und die deutsche Treuhandgesellschaft hätte wenige Jahre danach auf ein erprobtes Szenario zurückgreifen und sich unnötige Experimente ersparen können. Bleibt noch die Frage, was in diesem hypothetischen Fall aus den Demonstranten geworden wäre? Dazu möchte ich Gabriele Gast sinngemäß zitieren; „die Macht des Geldes hätte sie allesamt hinweggefegt!“ Dem geneigten Leser sei empfohlen, die Was-wäre-wenn-Frage für die Ereignisse des 17. Juni 1953 zu betrachten. Einen Mauerfall gäbe es da nicht zu feiern und ob es überhaupt etwas zu feiern gäbe, sei dem Urteil des Lesers überlassen.

Dr. Uwe Bühn, Oranienburg

Soeben habe ich in Eurer Internet-Ausgabe Nr. 253 vom Februar 2019 über die unfaßbare Aussage von Allianzchef Oliver Bäte im Zeit-Interview nachgelesen, in dem er Gerechtigkeit als marxistischen Begriff bezeichnet, mit dem er nichts anfangen könne.

Es ist mir dabei aufgefallen, daß Ihr, wie viele andere auch, im Text „Armut“ falsch definiert. Arm ist, wer ein Einkommen von weniger als 60 % des mittleren (!) Einkommens (auch „Einkommen-Median“ genannt) hat. Der Median ist sehr verschieden vom durchschnittlichen Einkommen, das Ihr in der Definition verwendet. Danach wären viel weniger Leute arm als es in Wirklichkeit Arme gibt.

Manfred Krämer, E-Mail

„Sie wollen ihn nicht – Heinrich Heine“. Mit diesem Titel beschrieb Willi Bredel in „Unter Türmen und Masten“ den Umgang des Hamburger Senats mit dem Erbe Heinrich Heines und deren Haltung zum Denkmal des großen Dichters.

Unter dem Titel „Zu seinem 90. Todestag“ veröffentlichte Brigitte Nestler in ihrer Bibliographie noch einen weiteren Artikel des Hamburger Arbeiterschriftstellers (Nr. 402), seinen Kampf gegen die deutsche Reaktion und die Bewahrung seines Erbes im neuen demokratischen Deutschland. Zu finden in „Die Einheit. Schwerin. Jg. 1946, Nr. 5, 16. Februar. Wir freuen uns sehr darüber, wenn ein Kenner und Liebhaber der Werke Willi Bredels uns diesen Artikel digital oder als Kopie zusenden oder sagen könnte, wo dieser Artikel zu beschaffen ist.

Holger Schultze,

Willi-Bredel-Gesellschaft-

Geschichtswerkstatt e.V.,

Ratsmühlendamm 24, 22335 Hamburg

Ich bekomme den „RotFuchs“ (Klasse Name, noch mehr die obige Adresse!) seit Jahren von der Vorsitzenden unserer Ortsgruppe Kreische (bei Dresden), sehe also nicht auf der Abonnentenliste. Genosse seit '87 (in der Hoffnung damals, es könne sich noch etwas zum Besseren wenden lassen), verfolge ich Eure Beiträge mit (wirklich!) großem Interesse. Uneingeschränkte DDR-Nostalgie paßt mir allerdings überhaupt nicht, deshalb sind meines Erachtens die Beiträge „Wissenschaftliche Weltanschauung“ überflüssig. Fast alle Beiträge zu geschichtlichen Zusammenhängen sind hingegen sehr informativ und wertvoll, z. B. „Die Reformation des Papstes“ in der Mai-Ausgabe.

Die beiden großen Probleme der Zukunft sind aus meiner Sicht Klimawandel und Rohstoffmangel.

Das erste Thema füllt bereits Bibliotheken, doch das zweite scheint mir bisher nicht ausreichend durchdacht. Das imperialistische Wirtschaftssystem durchwühlt die Erde, schafft zum Teil großartige, doch möglichst kurzlebige Güter für die Halde, denn Wiederaufbereitung ist viel teurer als weiteres Wühlen. „Wie lange noch?“, fragten schon die alten Römer und auch die deutsche Volksweisheit sagt: „Auch der tiefste Brunnen schöpft sich einmal leer.“ Und das geht so weiter...

Ich hoffe, obwohl längst Großvater, daß dieses Thema vor allem die junge Generation interessiert.

Hans-Joachim Schulz, Kreische

Franz Josef Degenhardt komponierte und sang 1967/68 das Lied „Da habt Ihr es, das Argument der Straße ...“. Hier beschreibt er die Wut der aufkommenden antiautoritären und Ostermarsch-Bewegung gegen Rüstung, Atombewaffnung und für Abrüstung national und weltweit. Und heute? – Keines dieser Probleme ist gelöst, unabhängig, wer gewählt wurde oder nicht. Verschärft werden sie durch autoritäre und aufgesetzte Maßnahmen und Beschränkungen angeblicher oder tatsächlicher Bedrohungen durch das Corona-Virus durch die Herrschenden. Der Widerstand der Straße wird gegen „die da oben“, gegen Krieg, Verarmung, Sozialabbau, Erwerbslosigkeit, Bildungsklau, Klimazerstörung wachsen.

Bürgerkriegsähnliche Zustände in Stuttgart, wie sie jüngst geprobt wurden, sind ein Vorgeschmack dafür.

Uwe Moldenhauer, Hemer

Viel versprechen, um Menschen zu manipulieren und so gegen ihre eigenen Interessen steuern zu können, ist ein innewohnender Bestandteil des kapitalistischen Systems und dient den Herrschenden als Machtinstrument.

So mancher von ihnen übt sich als Vielversprecher. Wir kennen sie mit ihren lauten Tönen vor den Wahlen und mit den leisen Tönen danach. Hastig war ihr Reagieren auf die Pandemie, als sie merkten, daß sie schon eine Menge Zeit verschlafen hatten. Jetzt beschwor man die Schicksalsgemeinschaft und den Zusammenhalt der Gesellschaft. Denn jetzt konnte tatsächlich jeder ernsthaft krank werden oder sterben und das schlank gesparte Gesundheitswesen sowie die Wirtschaft zusammenbrechen. Plötzlich erinnerte man sich daran, daß es viele, vor allem Frauen, gab, die in der Pflege und im medizinischen Bereich Herausragendes leisteten und immer noch leisteten. Es wurde von höchster Stelle gedankt. Über eine anständige Entlohnung sprechen die enthusiastischen Danksager allerdings nicht mehr. Dafür läuft das Geschäft mit der Hochrüstung wieder auf Hochtouren, um aus der angelaufenen Überproduktionskrise zu kommen. Gefühllos werden Sanktionen trotz Pandemiebetroffenheit gegenüber „feindlichen“ Ländern aufrechterhalten. Es scheint, Deutschlands Herrschende haben Corona unter Kontrolle und der gepriesene Übervater Adenauer bestimmt wieder ihr Denken: „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern!“

Ich denke, dagegen helfen Wachsamkeit und Solidarität.

Karl Scheffsky, Schwerin

Die Herrschenden sagen, die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie dienen der „Wirtschaftsrettung zum Erhalt der Arbeitsplätze“, doch sie tun nichts anderes als das, was sie schon immer getan haben: Sicherung ihres Profits und ihrer Macht. Es geschieht, was in diesem System und erst recht in Krisenzeiten schon immer passierte: Privatisierung der Gewinne und Vergesellschaftung der Verluste. Es ist im Grunde genommen nichts anderes, als temporäre Vergesellschaftung, wenn der Staat mit Mitteln der Steuerzahler den privaten Konzern vor dem Bankrott rettet. Vergesellschaftung darf aber eben nicht nur im Krisenfall geschehen, sondern muß generelles Ziel sein. Ich bin fest davon überzeugt, daß in der neuen sozialistischen Gesellschaft alle dem Kapitalismus immanenten Erscheinungen der Vergangenheit angehören werden: Kriege und andere bewaffnete Konflikte, Nationalismus, Faschismus, die Erde gefährdende Umweltzerstörung, unermeßliche Armut, Ausbeutung, Pandemien, ausufernde Kriminalität, grenzenloser Egoismus, moralische Verkommenheit, Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Wohnungsnot, Mietwucher, Geschichtsfälschung, eklatante Ungleichheit, Bildungsnotstand, Zweiklassenmedizin, Einsamkeit, Entfremdung, krasses Unrecht, Feindschaft zwischen Völkern und gegenüber Minderheiten, ein alle Bereiche des Lebens durchdringender Konkurrenzkampf,

Antikommunismus, Antisemitismus, Gewalt überall, Kolonialisierung, Totalitarismus-Doktrin, Mißbrauch der Vereinten Nationen, Kulturlosigkeit, etc.

Nutzen wir die Zeit, um für eine bessere und friedliche Welt zu kämpfen und die historische Wahrheit über den Sozialismus und die Kämpfe der internationalen Arbeiterbewegung der jungen Generation zu vermitteln und den Ausweg aus den heutigen Weltproblemen aufzuzeigen.

Ich halte es mit Kurt Tucholsky: „Und nun will ich euch mal etwas sagen: es ist ja nicht wahr, daß jene, die sich national nennen und nichts sind als bürgerlich-militaristisch, dieses Land und seine Sprache für sich gepachtet haben ... wir sind auch noch da. Man hat uns zu berücksichtigen, wenn man von Deutschland spricht, uns Kommunisten, Sozialisten, Pazifisten, Freiheitsliebende aller Grade; man hat uns mitzudenken, wenn Deutschland gedacht wird.“

Bernd Gnant, Kühlungsborn

Finanzbeamte haben den Einspruch der VVN-BdA gegen die Aberkennung der Gemeinnützigkeit zurückgewiesen. Warum kommen einem da Dr. Katerina Barley und Christine Lamprecht in den Sinn? Beide haben sich als Justizministerinnen der BRD in Vorworten zur Ausstellung „Die Rosenberg – das Bundesjustizministerium im Schatten der NS-Vergangenheit“ erklärt. Katerina Barley schrieb 2018: „Juristinnen und Juristen müssen heute mehr sein als bloße Techniker des Rechts, die jede beliebige politische Idee in Paragraphen gießen und sie vollstrecken. Es kommt stattdessen darauf an, die Werte unseres Grundgesetzes zu verinnerlichen und zu leben. Das Wissen um die Geschichte macht uns sensibel dafür ...“

Christine Lamprecht, die gegenwärtige Bundesministerin der Justiz, erinnerte im Vorwort zur Ausstellung, die in diesem Jahr auch in Chemnitz gezeigt wurde: „Zahlreiche frühere NS-Funktionäre setzten auf der Rosenberg (In der Rosenberg, einer Villa in Bonn, hatte das Bundesjustizministerium von 1950 bis 1973 seinen Sitz) ihre Karriere ohne Schwierigkeiten fort, weil sie sich als unpolitische Rechtstechniker verstanden und auch als solche akzeptiert wurden. Ihre Vergangenheit wurde kollektiv verschwiegen. Eine Auseinandersetzung mit der eigenen Biografie fand nicht statt.“

Nun sind wohl in Sachen VVN-BdA auch wieder solche „unpolitischen Rechtstechniker“ am Werk? Möglicherweise gestaltet das Bundesfinanzministerium dereinst auch eine Ausstellung zur eigenen Geschichte. Was wird da wohl von denen zu sagen sein?

Paul Jattke, Chemnitz

Ich entnehme der Presse, daß die Aberkennung der Gemeinnützigkeit der VVN-BdA nicht aufgehoben werden soll. Als Kind und Jugendlicher habe ich den Faschismus erlebt und überlebt. Ich entwickelte mich vom ehemaligen Hitlerjungen in der DDR zum Antifaschisten. Der Schwur von Buchenwald wurde mir zur Verpflichtung: „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“

Heute muß ich erleben, daß das Vermächtnis der Helden des antifaschistischen Widerstandes, die ihren Kampf mit KZ, Tod und Verderben bezahlen mußten, mit Füßen getreten wird. Bin

ich 94 Jahre alt geworden, um zu erleben, daß der Faschismus in Deutschland wieder sein Haupt erhebt, wie es Hitler in seinem „Testament“ großmäutig angekündigt hat?

Es wird höchste Zeit, dem Treiben von AfD und allen rechten Kräften die Stirn zu bieten. Das möchte ich allen zurufen, die für ein demokratisches, antifaschistisches Deutschland eintreten.

Eberhard Kunz, Berlin

Versöhnlerische Elemente auch im Familienkreis rieten mir, den Gegensatz zwischen Ossi und Wessi nicht so verbissen zu sehen. Dazu war ich fast schon bereit, die Diskriminierung beim Mindestlohn (West 11,35 Euro pro Stunde, Ost 10,85 Euro pro Stunde) und die Fortschreibung des Berufsverbotes für Neubundesbürger entsprechend des „Radikalenerlasses“ zu vergessen.

Als ich mich aber in der Presse für den Erhalt von Wandbildern an Hochhäusern und in öffentlichen Institutionen aus der DDR-Zeit einsetzte, weil in Deutschland schon einmal „entartete“ Kunst samt Künstler entsorgt worden waren, wurde ich eines Besseren belehrt. Die klassenkämpferischen Bilder der „Staats- und Vorzeigekünstler“ der DDR in Neubrandenburg sind „realistisch entartet“ und somit suspekt. Sie beleidigen die Opfer der DDR-Diktatur (immerhin 0,25 % aller DDR-Bürger nach veröffentlichten Zahlen) und gehören somit weggesäubert.

Wer die etablierte moderne Kunst der BRD einschließlich der Graffiti-Bilder ablehnt, ist „neostalinistisch und linksextrem“, ließ man mich wissen. Wer darüber hinaus auch noch im „RotFuchs“ (der vom Verfassungsschutz in Sachsen beobachtet wird) eine Würdigung für den totgeschwiegenen DDR-Krebsforscher, Professor Stephan Tanneberger, schreibt, ist als „Nachfolger und Anhänger des Marxismus-Leninismus-Stalinismus-Maoismus und weiterer -ismen für die millionenfachen kommunistischen Morde verantwortlich“ (Leserbrief im „Blitz“, Neubrandenburg am 23/24.5.20) – ein klassisches Totschlagargument.

Dr. Machalett, Siedenbollentin

Zeigt uns das Virus. Wer nicht hört, muß fühlen? Glänzende Warenwelten vermitteln suggestiv den glücklich machenden, dazu meist billigen Konsum. Verdrängt wird die Basis dieses Wirtschaftssystems, die exzessive Ausbeutung von Mensch und Natur. Im Kontext zum gefährlichen Virus schaffen es die skandalösen, auf Maximalprofit angelegten Zustände in den Schlachtereien nun in den medialen Fokus. Es wäre Gelegenheit, dabei andere Bereiche wie z. B. Kleidungshersteller außerhalb der EU, die mit Hungerlöhnen und exorbitanter Umweltzerstörung unsere Dumpingpreise erst ermöglichen, ebenfalls zu hinterfragen.

Ist der hiesige „Wohlstand“ auch eine Folge westlicher Handelspolitik, die u. a. subventionierte Lebensmittel und Müll nach Afrika exportiert und Folgen (Flüchtlinge) ausblendet? Verschließen wir weiter die Augen und setzen noch politische Standards für die Betroffenen? Betrachten wir künftig manch „westliche Werte“ relativer und denken über unsere Sichtweisen und Verbraucherverhalten nach? Unsere Nachkommen werden es fordern.

Richard Jawurek, Markkleeberg

ELBE TAG

TORGAU 1945-2020 ★ 75. JAHRESTAG DER BEGEGNUNG

NEIN zu Kriegsmanövern!

STOPP DEFENDER 2020

ist zu Frieden, Entspannungspolitik und Abrüstung!

DEMONSTRATION AM

12:00 Uhr am Brückenkopf / Ostufer – Elbbrücke – Torgau Markt – Denkmal der Begegnung

VERSCHOBEN AUF DEN

3. 10. 2020

3. Oktober 2020

Kommt nach Torgau!

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger, Wolfgang Metzger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160 -238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout: Rüdiger Serinek

Herstellung: Druckerei Gottschalk

Internet: www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900
ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Martin Baraki
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobraua
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Bernd Gutte
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki
Uli Jeschke
Rudi Kurz

Dr. Kurt Laser
Prof. Dr. Anton Latzo
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Jobst-Heinrich Müller
Horst Neumann
Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)
Hans Schoenefeldt
Prof. Dr. Rolf Sieber
Peter Steiniger
Johann Weber
Theodor Weißborn
Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)
Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 -983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net
oder Heiner Brendel
Tel. 030 -654 45 94
Gerald Umlauf, Hans Ludwig u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030 -241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen: Jürgen Claußner
Postfach 52 02 23, 12592 Berlin
Tel. 030-427 27 66

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEBEXX

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.